D 2442 F

€15,-
BER 39751
Kult Fuh OB 6 Kr. 6

Wir haben schon versucht, das verkalkte Erbe des DISKUS aufzubrechen, aber dabei sind wir steckengeblieben. So geht's nicht mehr weiter. Wir haben es jetzt endlich satt, was unsere Leser- und Nicht-Leser wahrscheinlich schon in sprachloser Wut seit längerem satt haben. In einem entfremdeten Produktionsprozeß spucken wir unser verwissenschaftlichtes Kauderwelsch aus, ohne es ausreichend auf die konkreten Vorfälle zu beziehen, die für jeden mitteilbar sind. Es scheint in der Tat richtig zu sein, daß wir noch

Zerschlagt den DISKUS



ein Blatt für die Kulturwissenschaften gemacht haben, für das jeweils fortgeschrittenste politische Bewußtsein. Und von daher haben wir unsere Urteile gefällt, unsere Sprüche losgelassen und in die Gegend gefurzt.

Nicht nur unsere Leerformeln sind zu kritisieren, die natürlich in gewissem Sinne auch die Leerformeln der linken Studenten überhaupt sind, auch die Gestaltung der ganzen Nummer. Das reinliche weiße Papier verlieh dem verstorbenen DISKUS die gepflegte Distanz, der Umbruch strotzte vor feinsinniger Ästhetik, o wie schön, wenn er überhaupt gelang. Schon in der ästhetischen Vermittlung waren wir feine Pinkel, regten die Kenner an, den Kunstkonsum usw. Es fehlten die gewissermaßen proletarischen Elemente, das Vulgäre, die Formen der Vermittlung, die den Stoff aus seiner kostbaren Umgebung befreien. Zerstört diese Idylle des linken Schmuckkästleins! Obwohl wir einiges umgekrempelt haben, sind wir nach wie vor Produktionsautomaten, die mehr oder weniger isoliert arbeiten, in gewissen Zeitabständen mehrere Tausend Exemplare ausspucken und nach diesem überraschenden Bombardement wieder Manuskripte sammeln.

Die ganze heruntergeschmierte Nummer — und davon können wir uns kaum eine Vorstellung machen — muß dem armen Publikum eigentlich wie eine strenge, einschüchternde Richterin erscheinen, unter deren Zensur das absolute Gebot analytischer Verarbeitung gedieh. Elemente des Spontanen, Unvermittelten haben wir eigentlich erst seit ein paar Nummern (seit Nr. 5) eingeführt, aber sie sind bislang nur skurrile Zufallsprodukte neben den Buchstabendenkmälern, die wir Nummer für Nummer der Studentenbewegung setzen. Wir haben versucht, die ganze Nummer durchzustruktuieren, zu gliedern, einem Konzept zu unterwerfen. Und der DISKUS trat seinen lieben Lesern als übermächtige Totalität gegenüber, gegen die sie nicht ankamen. Wir haben selbst die Spontaneität unserer Leser erschlagen, die wir erst wecken wollten. Das bedeutet, daß wir mehr Unorganisiertes, Unvermitteltes in die Zeitung aufnehmen müssen. So wie die Erfahrung eines Streiks die Lektüre von 100 theoretischen Büchern ersetzen kann, so muß auch die einfache Beschreibung dessen, was passiert, eine größere Wirkung entfalten können als 20 theoretische Artikel über denselben Gegenstand. Und an diesen konkreten Vorfällen muß unsere Reflexion dann ansetzen. Der Alltag der politischen Opposition darf nicht mehr durch Themenstellungen und Reflexionen, die über ihn hinwegstürmen, befestigt und gutgeheißen werden.

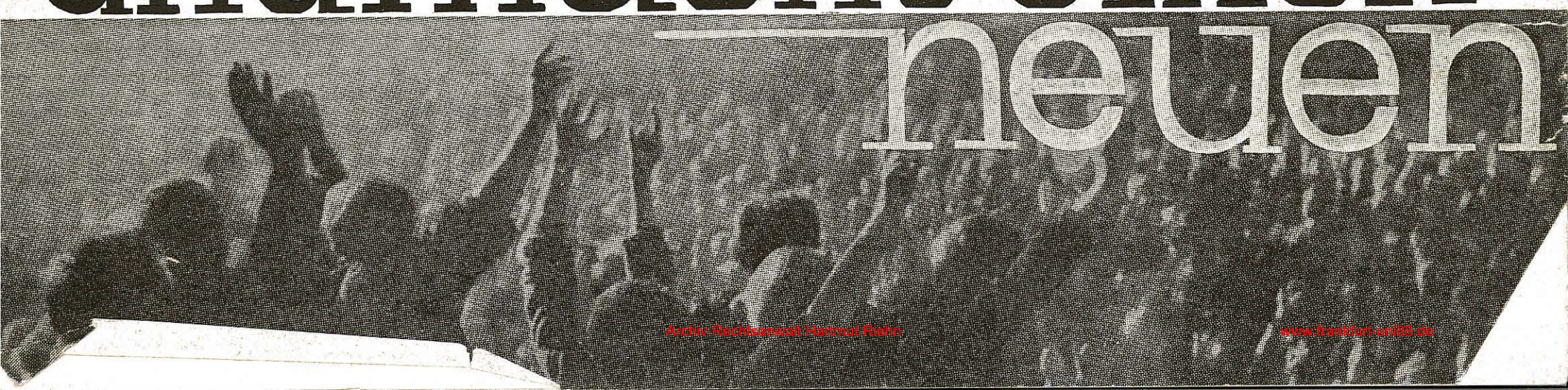
Wir wollen u. a. über die Arbeit der Basisgruppen, der politischen Organisationen, über Wohnheime, über Sozialpsychologie der Studenten usw. schreiben, also über die Erfahrungen, die wir bei der Organisation eines nicht-angepaßten Lebens machen.

Natürlich macht die größere Nähe zur politischen Basis auch eine andere Organisation der Redaktionsarbeit selbst, des Verhältnisses Redakteur—Autor, der Zeitung zum Leser und des Vertriebs notwendig. Und in diesem Prozeß stecken wir mitten drin. Das gilt für alle anderen studentischen Institutionen auch.

Wenn wir die Isolierung des DISKUS zu seinem Publikum durchbrechen wollen, müssen wir vorher die Isoliertheit der Arbeit einzelner Ressorts durchbrechen. Das ist geschehen. Wir müssen die Zeitung kooperativ planen und machen. Das ist in gewichtigen Ansätzen verwirklicht. Aber eine innerredaktionelle Kooperation allein nützt uns nicht viel. Das hat leicht Stagnation und die Reproduktion immerfort derselben Probleme zur Folge. Also sind wir dazu übergegangen, potentielle Autoren zu Redaktionssitzungen einzuladen, einfach auch Interessierte. Einzelne Themen sollen nicht mehr von einem einzelnen geschrieben werden, sondern von einem Autorenkollektiv. Wir sind mehr und mehr dazu übergegangen, selbst Arbeitsgruppen zu initiieren, die über einen bestimmten Themenkomplex arbeiten. Die Strukturen, die auf individueller Leistung beruhen, müssen wir Schritt für Schritt abbauen, um sie durch kooperative Produktion zu ersetzen.
Aber trotz allem wäre unser Gesichtsfeld, unser Kontakt zu unseren Lesern usw. immer noch gering. Deshalb stellen sich drei objektive Anforderungen an den DISKUS, die sämtlich auf die Durchbrechung unserer verdammten Isolierung zielen. Einmal müssen Herausgeber, wenn sie nicht bloßes Kantsches Ding an sich bleiben wollen, Kontakte mit den politischen Gruppierungen für Vertrieb und Redaktion des DISKUS fruchtbar machen. Der Vertrieb muß ferner vom Auslagesystem wegkommen, stattdessen politischen Verkauf organisieren, Kontaktleute überall, innerhalb und außerhalb von Institutionen finden, die nicht nur den Verkauf einer bestimmten Anzahl von Zeitungen übernehmen, sondern auch redaktionell arbeiten können, das heißt ihre spezifischen Alltags-Interessen formulieren können.
Die Redakteure müssen natürlich wie alle anderen „Spezialfunktionen" auch diese Probleme mit organisieren, aber ihre Hauptaufgabe besteht darin, eine politisch wirksame Zeitung zustandezukriegen. Wir haben vor, in einer Veranstaltung eine der nächsten Nummern zur Diskussion zu stellen, um die Vermittlungsprobleme auch mit dem sog. Publikum, also einer Unmenge brachliegender Produktivkräfte, diskutieren zu können.

Aber diese ganze Chose kann überhaupt nicht funktionieren, wenn die Bewegung nur vom DISKUS zur politischen Basis läuft und nicht umgekehrt auch. Wir können uns alle Beine abstrampeln und von guten Willen strotzen, das alles nützt nichts, wenn unsere politischen Leser den DISKUS nicht auch als ihr Instrument betrachten. Wie gesagt, dieses Bewußtsein haben wir bislang bei unseren Lesern nicht gerade gefördert, und ein guter Teil unserer eigenen Frustration hängt auch damit zusammen. Dieses uralte und uns überkommene Versäumnis können wir nur durch eine radikal demokratische Redaktions- und Verlagspraxis wieder wettmachen.

und macht einen neuen



Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Frankfurter Studentenzeitung · 18. Jg. · Nr. 8 · Dezember 1968
Preis 1,– DM · Studenten 50 Pfg.

Das deutsche Schülermagazin erschien Anfang November als neue Jugendzeitschrift des Bärmeier und Nikel-Verlags. Mit diesem Magazin ist der Verlag in die Marktlücke eingestiegen, die zwischen „Bravo", dem auf Volksschüler zugeschnittenen Blatt, und „konkret" bestand. Underground (UG) soll hauptsächlich Gymnasiasten, Realschüler und Höhere Berufsschüler ansprechen — die Verwendung lateinischer und englischer Wendungen zieht auch sprachlich eine der Schranken, die die Volksschüler von den „Nichtvolksschülern" trennt. Auf derselben Linie liegt der Bericht über die Jobsuche eines Mädchens mit mittlerer Reife, der zu dem unreflektierten Ergebnis kommt: „Abitur ist besser."

Was ist das für ein Verlag, der anscheinend die antiautoritären Schüler unterstützen will?

Dieser Verlag hat auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse, als eine Halle von Polizei umstellt war und selbst konservative Verleger ihre Stände schlossen, seinen Stand geöffnet gelassen, denn Bärmeier selbst, als SPD-Kandidat, konnte sich nicht gegen den Polizeieinsatz und damit gegen seine Partei stellen, die sich im Wahlkampf als stark und ordnungswahrend beweisen wollte. Hier aber wird ein Widerspruch sichtbar: ein Verleger, der einer herrschenden Partei angehört, scheint die antiautoritäre Schülerbewegung aktivieren zu wollen.

Zudem besteht bei dem kommerziellen Interesse, das der Verlag unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu verfolgen hat, die Gefahr — und die an der ersten Nummer bereits abzusehende Tendenz —, daß kommerzielle Interessen etwaige politische verdrängen. Underground arbeitet mit der gleichen Sprache und Aufmachung, die sich schon bei anderen „Jugendzeitschriften" als „erfolgreich" erwiesen haben. Beispiele sind dafür die von Twen stammenden Magazinseiten, Bravo-Zeichnungen sehr ähnliche Abbildungen und die unverkennbar von Bravo herrührenden Texte unter den Rubriken „PLEM PLEM, ZACK, TRA-RA, KLIMBIM — das gibt's in keiner deutschen Zeitschrift". Der Chefredakteur von UG ist übrigens ehemaliger Twen-Chef, wenn auch aus den Zeiten, in denen Twen noch gut gewesen sein soll . . .

Der zentrale Vorwurf, der UG zu machen ist, ist der, daß es ein unpolitisches und entpolitisierendes Blatt ist.

Exemplarisch kann das an dem Beispiel des Artikels über den Religionsunterricht aufgezeigt werden. Hier fehlt jede politische Analyse — der Austritt aus dem Religionsunterricht wird als eine Heldentat hingestellt, was vor allem in der Provinz dazu führt,

UNDERGROUND

daß man mit seinem Austritt seinen Mut beweisen will. Die Analyse der Funktion dieses Unterrichts an der Schule, die einem Austritt das politische Gewicht geben würde, unterbleibt. Diese Fixierung auf unpolitische Aktionen wird auch aus der Aufforderung ersichtlich, am Totensonntag Happenings auf Friedhöfen zu veranstalten. Berichte über diese und andere lustige Betriebsamkeiten sollen dann die nächste Nummer füllen helfen.

Einige Artikel weisen schon im Titel (SEX IST TERROR; MÄDCHEN, MÄDCHEN . . .) verblüffende Ähnlichkeit mit solchen von Quick und Revue auf. Diese Artikel, aber auch die zahlreichen Fragebogen sind nur für UG selbst nicht sinnlos, denn sie sollen 1. die nächste Ausgabe mitgestalten, 2. die Leser beschäftigen und 3. die Mitarbeit anregen. Damit wird UG zu einer Zeitschrift, die ähnlich konsumiert werden soll wie Bravo und Twen.

Die große Gefahr für die Schülerbewegung liegt aber darin, daß UG sich nicht nur emüht, die Schüler unpolitisch zu lassen, sondern auch bereits selbständige Schülergruppen zu verunselbständigen, „einzunehmen".

Eine weitere Gefahr für die politischen Schülergruppen liegt in der Verlagsabsicht, ein Informationsmonopol aufzubauen, in das die Schüler ihre Informationen und Berichte einbringen sollen, über deren Verwendung und Veröffentlichung schließlich nur Verlag und Redaktion entscheiden. Schüler sollen billige Informationsdienste und Mitarbeit leisten, ohne selber Kontrolle über die Weiterverwendung ihrer Arbeiten zu haben.

Underground unterstützt die Schülerbewegung nicht, sondern zerstört sie, denn diese kann sich nur weiterentwickeln und dauerhaft bestehen, wenn sie **von** Schülern selbst getragen und organisiert wird, nicht wenn sie **für** Schüler gemacht wird. Der Verlag nutzt die momentane Schwäche der Schülerbewegung, ihre gewisse Desorganisation aus; mit seiner finanziellen Stärke und seinen besseren Publikationsmöglichkeiten haben Bärmeier und Nikel den längeren Arm als das AUSS.

Aber Underground hat seine Schwäche: es ist auf Schülerinformationen und Mitarbeit angewiesen. Wie nötig es diese braucht, wird aus der Vorschau auf die nächste Nummer deutlich: von 9 angekündigten Artikeln basieren mindestens 6 auf dieser existenznotwendigen Mitwirkung.

Es ist klar, daß die Schüler, die im Underground mitarbeiten, gegen ihre eigentlichen Interessen und gegen die Emanzipation der Schüler arbeiten. Deshalb fordern die politischen Schülergruppen (AUSS, USSG) auf:

KEINE ZUSCHRIFTEN AN UNDERGROUND!
HUNGERT DAS INFORMATIONSMONOPOL AUS!

Angelika Henne

ZEIT

Der Soziologe Erwin Sch. hat soeben eine „Untersuchung über Deutschlands Neue Linke" vorgelegt (Zeit 8. Nov. 68). Darin behauptet er u. a., die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition dienten keinem konkreten Interesse, sondern seien so etwas wie Exhibitionismus und Onanie oder auch Kunstgewerbe. Sie hätten mit Politik nichts zu tun. Gegen solch eine Ignoranz ist jede Zeile verschwendet. Horkheimer hätte, als er noch jünger war, dem bundeswehrfinanzierten Sch. wohl folgende Sätze in die Fresse diktiert. „So bin ich dahinter gekommen, daß ein gut Teil der Diskussionen hauptsächlich aus der persönlichen Konkurrenz und Reklamesucht der akademischen Teilnehmer zu erklären ist. Sie wollen zeigen, wie gut sie für ihre Aufgabe geeignet sind, durch Erziehung zu verdunkelnden Denkmethoden und durch Aufbringung fernliegender Fragen von den wirklichen Problemen abzulenken. Daher kommt es in diesen Gesprächen auch viel mehr auf die bloße Routine, auf das „Niveau", als auf den Inhalt an. Häufig erscheint bereits die bloße Verwirrung und Vernebelung der Wirklichkeit durch konfuse Ausdrucksweise als verdienstvoll." (Heinrich Regius, Dämmerung, Zürich 1934, S. 16).

Wer sich an der Arbeit über die Sozialpsychologie der Studenten beteiligen will, möge bitte R. Roth, Tel. 23 16 37, anrufen oder dem Diskus schreiben.

Wer an seinem Arbeitsplatz oder auf politischen Veranstaltungen in allen Städten der BRD den DISKUS verkaufen will, möge Klaus von Büren, Tel. 52 40 60, anrufen.

Die Red.

SPIEGEL

Der Öffentlichkeitsapparat des SPIEGEL braucht seinen Fraß. Die Redakteure, die von oben herab schreiben, die unermüdlichen Verwurster von Informationen brauchen während des Schreibens nichts zu begreifen. Sie brauchen nur ihre Launen, ihre verdrängten lyrischen Primanerambitionen, den in ihrer Arbeit aufgestauten Zynismus, die Resignation, die aus ihrer Ohnmacht gegen den gewaltigen Nachrichtenapparat des SPIEGEL und aus ihrer Zwitterstellung stammt, nirgendwo und überall dabeizusein, überall Nase, Augen und Ohren aufzusperren, an einem Opfer auszulassen. Und diese Opfer sind alle, die sich politisch betätigen, vor allem aber linke Opposition. Der unpolitische Redakteur kann überhaupt nicht begreifen, daß Leute ernsthaft und radikal Politik machen könnten.

Für solche arme Schweine verwandelt sich zudem alle Politik, wenn sie nicht von verselbständigten Organisationsformen getragen wird in Chaos, Konzeptionslosigkeit, Zerfall und Anarchie. Für Organisation, für Menschen, die aus der Reibungslosigkeit von Vorständen, Resolutionen, Tagungskram mit vorgefertigten Referaten usw. ausbrechen wollen, haben sie nur noch ein offenes Maul, das sie nicht mehr zu kriegen, und Verachtung übrig.

„Einzelne, verlorene Haufen der Revolution — so stellt sich nun der Studentenverband dar, der für einen kurzen Augenblick deutscher Nachkriegsgeschichte die Avantgarde der Gesellschaft zu werden schien. Blinder Eifer ist übriggeblieben." Das heuchlerische Tremolo verdeckt nur mühsam den Triumph des Schreibers, aber auch seine Angst: was ist, wenn sich die „einzelnen Haufen" der Kontrolle entziehen? Was ist, wenn die „verlorenen Haufen" sich nicht verlieren?

Der „SPIEGEL", der die Polizei auf der Ebene des Wortes vertritt, verschweigt in seinem Bericht über die DK des SDS natürlich die reale neue Kooperation außerhalb der Großversammlung, er versucht qualitative Versuche der Basisorganisation zu zerstören, einmal in dem er sie verschweigt, zum anderen, in dem er ihre Anfänge schon mit Hilfe von Spitzeln usw. an die Öffentlichkeit zerrt. Die alte Masche liberaler counter-insurgency.

Der SDS als Gesamtverband wird, wenn man so will, noch halbwegs ernst genommen. Wenn man auch seinen Tod beklagt: er war ein achtenswerter Gegner. Aber die Frauen im SDS, die sich verzweifelt um eine neue emanzipierte Identität bemühen, für die hat er nur noch zynisches Geplärr übrig.

„Den SDS, der auf Emanzipation entschiedener hinauswill als jede andere politische Organisation, ereilen nun, in seinem politischen Erschöpfungszustand, auch noch die irrationalen Folgen dieses mehr privaten Strebens."

Statt weiterhin „tapfer ihre Frisuren vor die Wasserwerfer der Exekutive" zu halten, den „Genossen zu teach-in, sit-in, Demonstration und Liebe an die Hand" zu gehen, wagen es die Genossinnen, sich ins „brausende Politgeschwätz" zu mischen. Hier heischt der Schreiber nach der Zustimmung der Genossen: so geht es nicht, hier wird ja der Verband endgültig kaputt gemacht, wird ihm auch noch die letzte befestigende Harmonie der Geschlechter infrage gestellt. Aber auch diese gefährliche Klippe weiß der Schreiber sicher zu umschiffen. „Selbst ein Mädchen, das mit intimem Anliegen von außen kommt und den nächststehenden Artgenossinnen etwas zuflüstern will, findet nur mühsam Gehör. Was will Sie? Tampons! Hat eine vielleicht Tampons? Die roten Schwestern blicken verdrießlich über die Schulter und brauchen eine Weile, sich den da angezeigten Einbruch eines ebenfalls ungerechten Naturereignisses bewußt zu machen. Schweigend kramen sie dann im Täschchen."

Der SPIEGEL-Söldner, der alte Zeilenhengst hat seine voyereuristischen Bedürfnisse befriedigt. Er begreift nichts, sieht viel, verschafft dem Leser intimen Genuß: woher hat der SPIEGEL bloß seine Informationen? Die Ironisierung ist ädäquate Form, seine arbeitsbedingte Dummheit zu kaschieren. Argumente ersetzt er durch die Lyrik der Journaille. Über allem thront die Einsicht, die man dem Schreiber eingebläut hat, daß man nichts verändern kann. Wer es dennoch tut, wird als infantil, kindisch, als unernster Artist des Happenings dargestellt, oder er wird auf eine infame Weise an seine Naturschranken erinnert. Die monatliche Blutung, will der alte Voyeur genüßlich sagen, zeigt die natürlichen Schranken der Emanzipation. Frauen müssen sich der Natur unterwerfen (wie auch den Männern und den Modezeitschriften). Was darüber hinausgeht wird von der Bewußtseinspolizei des SPIEGEL mit den üblichen Mitteln des Gewerbes schon im Keim erstickt, er redet nicht darüber, weil sonst die Leute Gefahr laufen würden, etwas zu begreifen.

R. Roth, M. Steffen

SStsein in die fresse haut der liberalen progresse ihr blödes bewuß

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich. Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger. Redaktion: Rainer Roth, Hermann Lohaus, Eckhart Grünewald, József Wieszt, Elmar Stracke, Monika Steffen. Redaktionsgeschäftsführer: Hermann Lohaus. Verlagsleiter: Werner Fritzsche. Anzeigen: Werner Dömming. Vertrieb: Klaus von Büren. Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26–28, Telefon (0611) 7 98 31 88. Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion. Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968. Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen. Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen. Druck: G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main · Titel: Sylvia Gruner.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Kampf den Kino-Imperialisten und ihren linksopportunistischen Arschkriechern

In der außerparlamentarischen Opposition — wer zählt sich nicht alles dazu — ist oft und gern über Gegenöffentlichkeit und Gegenmilieu debattiert worden. Auch auf der letzten ihre Funktionslosigkeit demonstrierenden Delegiertenkonferenz des SDS sollte zum Beispiel mal über Filmarbeit und Verlagsprobleme gesprochen werden. Wenn sich aber ein politischer Verband in der außerparlamentarischen Opposition, der schon zur Basisarbeit übergegangen war, noch als Studentenverband aufführt, dann ist solche Diskussion dabei verfehlt — und sie fiel auch unter den Tisch. Nicht erst die Springeraktionen haben ein neues Verhältnis, nämlich Kampf gegen Hetzer und Händler des Nachrichtengewerbes hervorgebracht, sie haben es aber aktualisiert, wir sind vom Quatschen und Jammern, vom Verhandeln zum Handeln übergegangen. Wir haben den „ernsten Reformern" nicht zum Spaß gezeigt, daß wir sie auf ihrer Sparflamme sich selbst weiterschmoren lassen wollen. Aber unsere eigenen praktischen Konsequenzen sind meist ausgeblieben, Bewußtsein und Selbstkritik unserer Öffentlichkeit nicht umgesetzt worden. Voller Mißtrauen in die Scheinliberalität der Öffentlichkeit, wie sie sich brutal erwies bei dem Gequäke im Hessischen Rundfunk bei der Notstandsopposition, wo „eine nie dagewesene Zahl von Intellektuellen" sich gegenseitig gratulierte zu „Opposition", quatschen wir weiter, geben Interviews, reden unermüdlich weiter auf allen Foren und „entlarven", reden über die Basis, mit der wir reden sollten, viel zu lange schon sollten, statt zu hoffen, daß was hängen bleibt. Es ist doch unsinnig, den Bedürfnissen der Massenmedien entgegenzukommen, jeden in den Gruppen zum Besitzer von Meinungen zu stilisieren, statt den Bedürfnissen unserer möglichen und realen Verbündeten an der Basis und unseren eigenen Bedürfnissen nachzukommen. Es genügt nicht, bloß Bewußtsein zu haben vom Warencharakter im Meinungshandel und wenigstens Geld zu fordern für Reden, wenn wir all die Lügen, Verleumdungen, Verzerrungen einschließlich der wohlwollenden schon gar nicht mehr übersehen können. Wir können und wollen nicht irgendwas verbieten, aber wir können bewußt uns weigern, dem Haufen blödsinniger Interviewer und Diskussionsredner, die nur unsere Initiativen verkümmern lassen, Rechenschaft über unser Handeln zu geben.

Was wir können, ist anderes Verhalten zu den Manipulateuren, zu Zeitungen, Funk, Fernsehen, Verlagen und Film (und vor allem zur Organisation und Funktion unserer eigenen Blättchen).

Besonders der Film ist ein kaum erkanntes Mittel politischer Arbeit, eine radikale Veränderung dieses populärsten Manipulationsinstruments wäre ein überaus wichtiger Versuch. Produktion und Verteilung von uns selbst zu organisieren gegen diese mächtige Sparte, der am weitesten korrupten und kapitalisierten Zweig der Kulturindustrie.

Typisch für die Situation ist, daß die journalistische Verwertung eines Projekts, eines eng an die politische Arbeit angeschlossenen Films, die Arbeit fast kaputt gemacht hat, weil die kollektive Produktion während der nicht für die öffentliche, passive Konsumtion bestimmten politischen Arbeit schließlich von der Journaille ganz an sich gezogen werden sollte, ein Blatt die Organisation geradezu ganz an sich ziehen wollte, beschlagnahmen wollte. Das Beispiel ist, weil es sich um eine nichtöffentliche Arbeit dreht, nicht weiter jetzt und hier zu erläutern.

Es gibt inzwischen Versuche einer direkt an der Basis arbeitenden Filmproduktion. Revolutionäre in Frankreich haben bewiesen, daß man nicht zu schwätzen braucht von der Möglichkeit, in einer kapitalistischen Gesellschaft könne man keine „sozialistische", demokratisch organisierte Arbeit leisten; gerade in einer viel stärkeren Zwängen unterworfenen Manipulation in Sachen Film haben sich Oppositionelle dort anders bewiesen **(das gilt auch für Verlagsarbeit).**

In Berlin haben Genossen von der Filmakademie (siehe Bericht im nächsten DISKUS) der Dziga Wertov-Akademie (Ex Deutsche Film- und Fernseh-Akademie) kurze Streifen hergestellt und in die politische Diskussion und Aktion eingegriffen, mit Erfolg und großen Schwierigkeiten. Sie haben die Linksopportunisten, nicht immer elegant und graziös formulierend und agierend, dafür aber hart und kompromißlos angegriffen. Als bei einem der letzten großen Festivals der Film- und Ästhetik-Industriellen die Linksopportunisten meinten, die Studenten würden schon Krach schlagen und sie könnten dann auf dem Protest reiten, haben die Studenten nicht diskutiert, sondern mit treffender Begründung — laut vorgetragen — den Mauschlern Eier an den Kopf geworfen. Gegen den Einfluß bundesrepublikanischer und über das Filmförderungsgesetz mit ihnen verbündeter amerikanischer Kino-Imperialisten hilft nicht jammern in Regierungsvorzimmern. Auch die linken Lobbyisten wollen uns einreden, es stehe hinter den Türen, vor denen sie sich abstrampeln der reine Faschismus schon wieder; als die Opportunisten des an Fachidioten und Schleimscheißern besonders reichen Filmgewerbes von der Regierung ausgetrickst worden waren, resignierten sie erst mal, beispielhaft, nachdem sie vor lauter Furcht vor Rechtsdrall untätig geblieben waren zur Belebung einer breiten demokratischen Basis, der radikalen Opposition.

In dieser Situation einer Umstellung von „studentischer" Arbeit auf eine breitere politische Basis, ohne das eine Veränderung der Konsumtion in politisch selbständiges Handeln, in aktives Interesse zur Unabhängigkeit von Manipulationsinstrumenten, plumpst ein weiteres Filmprojekt, das erstmals in größerem Stil außerparlamentarische Opposition (besonders den SDS) aufnehmen will.

Jetzt aber kommen Leute von einem dieser Helden sozialdemokratischer „Opposition", von den Sozialdemokraten längst verraten, und von einem Helden der in der Filmidiotenlandschaft einer der Intelligentesten ist, eine wahre Ausnahme, jetzt kommen Leute mit Unterstützung von diesem Helden und seinem Institut für Filmgestaltung in Ulm und wollen unter anderem über den bösen radikalen SDS und seine Schwierigkeiten ein Filmchen machen. Und der Verband läßt sich das ankündigen und läßt sich aufnehmen, weil er solche Aktivität längst gewöhnt ist und läßt sich diskussionslos bis jetzt bieten, daß für ein solches Projekt, liebenswürdig lumpige paar Tausender rausgeworfen werden von den Unsummen, mit denen eine politisch organisatorisch andere Arbeit gemacht werden könnte und müßte und mit denen die Opportunisten, sprich Kluge vom Institut für Filmgestaltung und andere, gewöhnlich ihre Filmchen abdrehen und sich mit dem Großkapital arrangieren. Was haben wir von Filmern unter den Fittichen von Kluge zu erwarten? Was wollen die politisch erfahrenen Genossen eigentlich, die hier die außerparlamentarische Opposition verbraten? Kluges letztes Opus, Die Artisten in der Zirkuskuppel: ratlos, ist eine Zusammenfassung linker Melancholie. Das bißchen Geld von seinem Institut für das neue Filmprojekt ist eine Unverschämtheit angesichts dessen, was nötig und möglich wäre. Daß der SDS sich ein Arrangement bieten läßt, ist ein Witz, ein Arrangement mit Kluges linker Melancholie. Sie büßt, „der Großbourgeoisie gegenüber zusehends an Schlagkraft ein und verrät am Ende ihre Sehnsucht nach dem Mäzen in dem Stoßseufzer: ‚O gäbe es ein Dutzend Weise, mit sehr viel Geld.' . . . ‚Was findet die ‚geistige Elite', die an die Bestandaufnahme ihrer Gefühle herantritt, denn vor? Dies selbst etwa. Sie sind längst verramscht worden. . . . Kurz, dieser linke Radikalismus ist genau diejenige Haltung, der überhaupt keine politische Aktion mehr entspricht. Er steht links nicht von dieser oder jener Richtung, sondern ganz einfach links vom Möglichen überhaupt."

Das ist wohl auch das, was wir bestenfalls vom neuesten Verwertungsversuch in diesem Filmprojekt zu erwarten haben. Um einem bloßen Privatarrangement mit solchen Leuten zu entgehen, müssen ganz veränderte Produktionsverhältnisse angesetzt werden, das Projekt diskutiert werden, sein Sinn, seine Verbindungen zur politischen Arbeit besprochen werden. Nun stehen die Mitarbeiter an diesem Projekt zum Teil der politischen Arbeit nicht fern und zum anderen Teil dem Produktionsprozeß der Filmindustrie nicht fern, sie pflegen Melancholie und Trauerarbeit in ihr.

Bis jetzt gibt es nur Gemauschel. Hierbei, wo öffentliche Diskussion nötig wäre, kann wegen des blödsinnigen Gemauschels das Projekt auch nicht diskutiert werden. Und schlimmer, solch ein Filmprojekt muß eben die Ansätze denunzieren, die bescheidenen Versuche, die es gibt zur Produktions- und Verteilungsänderung, wo alles im Argen liegt. Arglosigkeit ist da nicht angebracht, wenn Linksopportunisten sich der Opposition auch mal verbünden, weil es da interessantes gibt. D. W.

Wenn ihr diese Nummer noch bis zum Ende lest, dann werdet ihr feststellen, wieviel Schwierigkeiten es macht den Diskus zu verändern.

Kruzitürkenkreuzdonnerwetternochdreimal!

Inwieweit haben die studentischen Repräsentationsinstanzen Konflikte mediatisiert, welche Funktion haben sie für die Politisierung der Studenten gehabt, inwieweit haben sie plebiszitäre Aktionen unterstützt? Wer sich dafür interessiert, über diese Fragen zu arbeiten, soll doch bitte zu einer der nächsten Redaktionssitzungen (s. Anschlag, Zi. 109, Studentenhaus, 1. Stock) kommen.

Wer über die Meinungsumfragen zum politischen Bewußtsein „unserer deutschen Jugend" arbeiten will oder wer sich dafür interessiert, die jüngste Literatur über Vietnam aufzuarbeiten, möge doch bitte zu einer der nächsten Redaktionssitzungen kommen (s. Anschlag, Zi. 109, Studentenhaus, 1. Stock). **Die Redaktion**

Redaktionsschluß der nächsten Nummer ist der 3. 1. 1969

Unterwühlt das Parlament

Für uns ist die Diskussion über das Studentenparlament insofern relevant, als wir klären müssen, was Linke denn in einem solchen repräsentativen Gremium zu suchen haben, und ob nicht eine Teilnahme an der Wahl sozialdemokratische Taktiererei sei. Das Argument, das aus bloßem Mißtrauen eine Teilnahme für taktisch und damit eh reformistisch hält, erledigt sich von selbst. Um auf den Kern zu kommen, muß man die Übertragung der Kritik am Parlament der bürgerlichen autoritären Leistungsgesellschaft auf das Studentenparlament diskutieren. Kernpunkte der Kritik sind die Verschleierung von Herrschaften, Nichtaustragen von Interessenantagonismen, Integrationsfunktion und Cliquenwechsel statt Klassenkampf politischer Gegner. Bei dem Vergleich läßt sich leicht feststellen, daß ein repräsentativ gewähltes Gremium wie das SP derzeit allerdings Antagonismen verschleiert, indem es so tut, als seien die Interessen der Studenten durch verbales Behandeln von Tagesordnungspunkten zu vertreten, als seien sie überhaupt zu v e r t r e t e n. Bloß Anträge zu verabschieden bleibt ohne Konsequenz und täuscht nur vor, damit sei es getan. Verhandlungspartner für uns gibt es nicht, Verhandlungen in irgendwelchen Kommissionen haben sich selbst ad absurdum geführt: Ergebnisse in Form akzeptabler Kompromisse gehen von vorhandener Macht aus und die liegt nicht bei uns, sondern bei denen, die uns immer häufiger freundlich einladen, doch mit ihnen zu diskutieren. Auch ist nicht zu leugnen, daß die Auseinandersetzung im Parlament tatsächlich eine unter verschiedenen Cliquen war.

Indes gilt es hier zu differenzieren: Da bei den meisten Linken im künftigen SP ein Konsens über die Notwendigkeit der Selbstorganisation der Studierenden besteht, betrachten sie das SP als lediglich unterstützendes Instrument für die Basisarbeit, das die Mittel der „Studentenschaft" auch für die realen Aufgaben an der Basis einsetzt.

Die organisatorische Struktur der Studentenvertretung ist in einer bestimmten politischen Situation unter zweifellos ambivalenten politischen Absichten entstanden und ihre Funktion verändert sich selbstverständlich bei einer Veränderung der politischen Bewegung. In einem Stadium größerer Politisierung wird dann die ursprünglich organisatorische Struktur zu einem Hemmschuh für die notwendige politische Praxis. Derzeit ist das Interesse der Herrschenden darauf gerichtet, die Ausbildung nützlicher Fachidioten zu effektivieren. Dem können die Studenten nur dann Widerstand entgegensetzen, wenn sie nicht nur eine freie Wissenschaft fordern, sondern zugleich versuchen, sie selbst emanzipatorisch zu betreiben. Das verändert notwendig die Form der studentischen Interessenvertretung. Der studentische Parlamentarismus geht von der überholten Trennung von „Fach" und „Politik" aus, er muß verändert werden.

Allerdings ist es unsinnig, einen teilweise gesprengten Rahmen vollends zu zerstören, solange die Notwendigkeit einer solchen Sprengung noch nicht massenhaft eingesehen worden ist. Ein Rätesystem als Organisationsform aller Studenten wäre noch verfrüht, da sich die Basisgruppen gerade erst konstituiert haben und die politische Arbeit mit dem Studium weder bei den Einzelnen noch erst recht bei den Kollektiven hinreichend vermittelt ist. Nur darauf zu warten wäre allerdings naiv. Emanzipatorische Selbstbestimmung und Umstrukturierung eines organisatorischen Rahmens sind gegenseitig vermittelt und bedingen einander.

Tendenziell wäre eine Reorganisation bereits im Rahmen der „studentischen Interessenvertretung" zu leisten. Es erübrigt sich weitgehend, Entschlüsse im Namen der Studentenschaft" zu verabschieden und in Pressemitteilungen zu veröffentlichen. Politische Diskussionen könnten in einem neuen Parlament von den Aktionen der Basisgruppen ausgehen und von diesen kontrolliert werden.

Zwar sind durch diese Vermittlungsstelle die Organisationsprobleme in der augenblicklichen Phase der Studentenbewegung nicht zu lösen, aber immerhin könnte sie hilfsweise Funktionen übernehmen.

In einem solchen Wahlkampf war es selbstverständlich, daß der SDS keinen Wahlkampf führte oder wie es in der FR hieß „schwieg und wählte". Ein solcher Wahlkampf, in dem sich politische Gruppen durch Waschmittelplakate und -Flugblätter scheinlegitimieren, ist allerdings schwachsinnig. Die Einsicht in die Notwendigkeit der praktischen Vermittlung von „Fach" und „Politik" führt konsequent zu dem Satz „unser Wahlkampf ist unsere politische Praxis an der Basis". Jedes weitere Flugblatt über das eine SDS-Flugblatt hinaus wäre überflüssig gewesen.

Die Tatsache einer Wahl zu einem repräsentativen Gremium wie das SP bedeutet eben nicht notwendig eine antiplebiszitäre Politik. In solchen Zusammenhängen muß sich Taktik legitimieren. Wer taktische Argumente als generelle diskutiert und füglich verwirft, betreibt Selbstbefriedigung. — MHW —

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Amerikanische

Wie Roger Countill (Guardian 12. Oct.) herausgefunden hat, ist die Aufreibung von Che Guevaras Guerillafocus mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Anwendung der von U.S.-Universitäten und Forschungslaboratorien entwickelten Überwachungsausrüstungen zurückzuführen. Die U.S. finanzierten eine Suchaktion mit Hilfe von Infrarotstrahlen, die die Wärmeausstrahlung von Objekten feststellen können. Flugzeuge, mit solchen Geräten ausgerüstet, können alle ungewöhnlichen Wärmequellen feststellen. Die U.S. Agency for International Development (AID) gab 1966 der Mark Hurd Aerial Survey, Inc., einen 100 000-Dollar-Auftrag, ein Gebiet von etwa 23500 qkm in Südbolivien mit Infrarotflächenaufnahmen zu kartographieren. Der Auftrag wurde im Sommer 1967 ausgeführt, auch im Rio-Grande-Tal, wo die Guerilleros sich aufhielten. Ches Guerillafocus wurde am 8. Oktober 1967 aufgerieben. Gefragt, ob selbst im relativ unbewohnten Dschungel auch nur ein paar Leute ausgemacht werden könnten, antwortete der Vizepräsident von Mark Hurd Aerial Survey, Inc., Dean Hansen: „Ja, sie könnten wirklich 'rausgepickt werden."

Stephan Leibfried

Die Verflechtung der „US-Wissensindustrie"[2]) mit dem politischen und ökonomischen Gesamtsystem soll hier am Beispiel der Sozialwissenschaften einmal näher skizziert werden:

In den ganzen Sozialwissenschaften dürfte die öffentliche Forschungsfinanzierung im Jahre 1968 ca. 259 Millionen Dollar betragen. Auf die Soziologie bezogen wurden 1961 ca. 30 % aller Arbeiten direkt von öffentlichen Instanzen subventioniert. Problemstellungen und Problembereiche werden durch die Mittelverteilung wesentlich bestimmt: auf diese Weise wird das in den systematischen Handlungswissenschaften wie der Soziologie schon vorgängig angelegte Erkenntnisinteresse an der technischen — und somit unpraktischen, d. h. keine Orientierungen über befriedigende Formen und Normen des Zusammenlebens vermittelnden — Verfügung über vergegenständlichte Prozesse immer genau dort aktualisiert, wo Kontrollwissen über die Manipulierbarkeit sozialen Verhaltens von öffentlichen Instanzen verlangt wird. Der Zweck und die Art der politischen Organisation der Forschungssteuerung machen auch die Erfüllung einer anderen Forderung unmöglich, die eine kritische Sozialwissenschaft stellen muß und die Habermas so umrissen hat:

„Eine kritische Sozialwissenschaft bemüht sich, zu prüfen, wann die theoretischen Aussagen invariante Gesetzmäßigkeiten des sozialen Handelns überhaupt und wann sie ideologisch festgefrorene, im Prinzip aber veränderliche Abhängigkeitsverhältnisse erfassen. Soweit das der Fall ist, rechnet die Ideologiekritik damit, daß die Information über Gesetzeszusammenhänge im Bewußtsein des Betroffenen selber einen Vorgang der Reflexion auslöst; dadurch kann die Stufe unreflektierten Bewußtseins, die zu den Ausgangsbedingungen solcher Gesetze gehört, verändert werden. Ein kritisch vermitteltes Gesetzeswissen kann auf diesem Weg das Gesetz selbst durch Reflexion zwar nicht außer Geltung, aber außer Anwendung setzen."[3])

Wenn aber das Interesse der öffentlichen Instanzen dahingeht, Gesetze in Anwendung zu halten, um die politische Effektivität des bestehenden bürokratischen Apparats zu gewährleisten und zu verbessern, so bleibt für eine reflektive Auflösung der durch die Sozialwissenschaft organisierten Gewalt kein Platz, bleibt eben die Veränderung ideologisch festgefrorener Abhängigkeitsverhältnisse säuberlich ausgespart.

Es folgt aus dieser Art der Forschungssteuerung zugleich eine notwendige Deformation der professionellen, wissenschaftlichen Öffentlichkeit, die selbst den Gang der Forschung diskursiv nicht mehr relevant beeinflussen, geschweige denn steuern kann. Stattdessen wird sie zum Appendix einer Forschungspolitik, die vorgängig von den im „military-industrial complex" organisierten Interessen festgesetzt wird. Indiz dafür mag sein, daß im Zeitraum von 1945—1966 die Anzahl der als subventioniert gekennzeichneten Arbeiten in der ‚American Sociological Review', der renommierten Fachzeitschrift der Soziologie in den USA, von 8 % auf 54 % gestiegen ist. Bei 34 % von diesen 54 % handelt es sich um Mittelvergabe durch öffentliche Instanzen. Hierbei ist noch die Dunkelziffer von solchen Arbeiten nicht berücksichtigt, die ihre finanzielle Abhängigkeit von gewissen öffentlichen Institutionen nicht offenlegen. —

sei es, daß die Wissenschaftler ihre Abhängigkeit nicht aufdecken wollen —

sei es, daß die Auftragsinstanz verboten hat, auf sie zu verweisen —

sei es, daß Arbeiten erscheinen, die Informationen aus solchen Auftragsarbeiten verwenden, die unmittelbar weder veröffentlicht, noch genannt werden dürfen.

Von dieser Dunkelziffer vermutet eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des Air Force Office of Scientific Research, Elisabeth T. Crawford, daß sie in Zukunft zunehmen wird:

Clark Kerrs[4]) Kennzeichnung der organisierten Wissenschaft als „Instrument für nationale Zwecke" läßt sich für die Soziologie auch in der Analyse ihrer Entwicklung im Rahmen der Gesellschaftsformation der USA ausweisen.

Sie gewann ihre prominente, praxisrelevante gegenwärtige Position mit dem Ausbau des „welfare-warfare" Staats seit dem New Deal, dem interventionistischen Krisenabwehrprogramm der dreißiger Jahre in den USA. Seit der dauerhaften Etablierung des Interventionsstaates zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise war die Erhebung und Organisation von Daten für die planende und regulierende Tätigkeit des Staates zum wesentlichen Gegenstand der Soziologie geworden. In den Jahren nach 1930 war auch eine ideologische Kohärenz zwischen den Sozialwissenschaftlern und den öffentlichen Bürokratien gewährleistet, —

sei es dadurch, daß die Sozialwissenschaftler sich positiv mit dem System identifizierten, einem System, welches sie im öffentlichen Bereich zur damaligen Zeit hauptsächlich im Rahmen des Ausbaues der „welfare" Funktion benötigte. —

oder sei es, daß sie nur positiv für das System wirkten, in dem sie eingekapselt in eine Wertfreiheitsideologie die ihnen angetragenen Aufgaben erfüllten, freilich eben ohne Identifizierung, denn von den Folgen ihres Handelns gedachten sie sich durch eine Haltung der Wertneutralität freizuzeichnen.

Diese damals eingerichtete Kohärenz wurde während und nach dem 2. Weltkrieg bei einer stärkeren Orientierung an der Rüstungsfunktion beibehalten, wenn auch mit einem veränderten Inhalt; zu zerbrechen droht sie aber erst jetzt, beginnend Anfang der sechziger Jahre: erste relevantere Kennzeichen dieses Wendepunkts Krise des Projekts Camelot und die damit verbundenen Auseinandersetzungen in der organisierten Wissenschaft. Hatte sich die Arbeit der Sozialwissenschaft in den dreißiger Jahren im wesentlichen auf die sozialen Binnenfunktionen des Systems, z. B. die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die Fürsorgeleistungen u. ä. konzentriert, so erfolgte mit und vor allem nach dem 2. Weltkrieg ein entscheidender Umschwung: in den Jahren ab 1952 bis 1960 war das US-Verteidigungsministerium der größte Finanzier soziologischer Forschungsarbeiten. Hier waren die Soziologen meist in Projekte der Waffenentwicklung mit integriert oder betrieben eigene Projekte zur Erhebung und Organisation von Daten für ein reibungsloses Funktionieren der Militärmaschine in den Ländern der Welt, die schon okupiert waren oder im Bereich der Möglichkeit zukünftiger Okkupation oder Intervention standen. Sie betrieben Programme im Rahmen der psychologischen Kriegsführung, beschäftigten sich mit Kriegs- und Friedensstrategien in der Auseinandersetzung der Blöcke und erarbeiteten Analysen der Gesellschaften potentieller Besatzungsländer. In diese Phase fallen auch die ersten Pentagon-finanzierten Programme der Erforschung von „Aufstandsverhinderung", also die ersten „counterinsurgency" oder „insurgency prophylaxis" Studien.

Die Soziologen selbst waren, soweit sie es nötig hatten, weil sie auf ihrer Wertfreiheit bestanden und eine subjektive Anpassung an das System — eine Identifizierung — nicht ohne größere Konflikte vollziehen konnten, einem Arsenal von Mechanismen ausgesetzt, das einerseits ihre Funktionalität für die Zwecke des „military industrial complex" nicht beeinträchtigte, andererseits ein für die Wissenschaftler persönlich entlastendes Wertfreiheitsklima garantierte: so waren die Themenstellungen nur scheinbar abstrakt und pure Wissenschaft indizierend, war die Tendenz zu bemerken, die primäre Funktion des Militärs — die Gewalt — zugunsten der Erforschung sekundärer Probleme zu verdrängen; so legitimierten sich die Auftragsarbeiten der Militärs als reine Spenden für die Beförderung der wissenschaftlichen Entwicklung und wurde die Forschung derart organisiert, daß die Forschungsarbeit nicht in Regierungsforschungsstellen, sondern von Universitätswissenschaftlern in Universitätsinstituten geleistet wurde; als institutionelle Formen der Arbeitsvergabe entwickelten sich damals die Vertragsforschung, desgleichen die zentrale Institutsforschung. In diesem Zeitraum wurden auch Front- oder Tarnorganisationen gegründet bzw. bestehende Organisationen entsprechend umgedreht, um die Zwecke der Forschungstätigkeit zu verschleiern. Elisabeth T. Crawford schreibt in ihrem offiziösen Bericht:

„In den meisten Fällen waren die Beziehungen (der betreffenden Wissenschaftler) zu den militärischen Planungsorganisationen, die sich mit den „counterinsurgency"-Problemen im Rahmen der Aktivitäten um die psychologische Kriegsführung befaßten, durch vermittelnde Instanzen besorgt worden und die Wissensproduzenten auf diesen Gebieten dürften die Leute nie getroffen haben, die man zu Recht ihre Auftraggeber hätte nennen können. All das gab den ‚pure science'-Rahmen ab, der mithalf, Dissonanzen zu neutralisieren."

Mitte der sechziger Jahre ergab sich eine erneute Umgewichtung von Schwerpunkten soziologischer Forschung: dieses Mal zugunsten der „welfare" Funktionen des Systems, zugunsten wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben also. Diese Verschiebung schlug sich in den stets steigenden Forschungsbudgets von innenpolitisch agierenden Instanzen, wie dem Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Soziales, dem Büro für die Verbesserung wirtschaftlicher Chancen u. a. nieder. Die Mittel für soziologische Forschung im Militärbudget sanken absolut wie relativ. Diese Neuorientierung sozialwissenschaftlicher „Datenverarbeitung" läßt sich eindeutig an dem Tatbestand festmachen, daß mit dem Zerfall des außenpolitischen Feindes, dem „bedrohenden" Block: UdSSR—China, der Horizont innenpolitischer Befriedigungsprobleme aufbrach, die bearbeitet werden mußten, um nicht durch weitere Vernachlässigung ernsthafte Krisen des gesamten Systems auf die manifeste Ebene zu treiben. Zur Bewältigung dieser neuen Krisenzentren wurden öffentliche Organisationen eingesetzt, die vermittels sozialwissenschaftlich fundierter Strategien Abhilfe zu schaffen hatten. Von den hier relevant werdenden öffentlichen Instanzen sind zu nennen:

Office of Economic Opportunity
Department of Health, Education and Welfare
Department of Transportation
Office of Manpower Policy, Education and Research
Administration on Aging
Office of Law Enforcement Assistance u.s.f.

Schon den Aufgabenstellungen, die sich in der Bezeichnung ausdrücken, ist anzusehen, daß es um die Konsolidierung einer Infrastruktur geht, von der der amerikanische Ökonom und Politiker John Kenneth Galbraith festgestellt hat, daß sie das öffentliche Elend darstelle, inmitten privaten Überflusses, der wiederum recht ungleich auf gewisse Schichten verteilt ist. Durch die Problematisierung der Infrastruktur der US-Gesellschaft konzentriert sich heute ein wesentlicher Teil sozialwissenschaftlicher Arbeit an diesem Punkte auf die Herausarbeitung manipulierbarer Variable, die in die Handlungsstrategien öffentlicher Instanzen eingehen können. Die im militärischen Bereich teilweise entbundenen Energien werden in den innenpolitischen Raum umgeleitet. Dabei sind aber von den privaten, außeruniversitären sozialwissenschaftlichen „Think Tanks", Denkfabriken also, wie die RAND Corporation, das Institute for Defense Analysis, die System Development Corporation usf. — keine überflüssig geworden. Auch eine Reduzierung dieser Institute, die vorher an den Problemen des Pentagon ausgerichtet waren, erwies sich als nicht nötig: diese Institute befassen sich jetzt auch mit den neuen Problemen der Infrastruktur und übertragen dabei ihre Erfahrungen auf militärischem Gebiet auf die anstehenden innenpolitischen Probleme: die unterdrückten Minoritäten und Repression ihres Aufstandes in den Städten, die Probleme der „slums" und „suburbs", der Elends- und Vorortsviertel, usf. Diese Institutionen sozialwissenschaftlicher Forschung, die aber nicht nur Sozialwissenschaft betreiben, sondern zugleich z. B. die Entwicklung von adäquaten Waffensystemen unterstützen, können nun direkt als Instrumente der internen Befriedigung fungieren, nachdem sie im Zuge der Verringerung militärisch orientierter sozialwissenschaftlicher Arbeit Teile ihrer Funktion verloren haben. Elisabeth T. Crawford stellt auch für diesen neuen Umschwung fest, daß die Methoden der „Isolierung der Forschungszonen von den politischen Verwertungshorizonten der Forschungsergebnisse weiterhin auch hier verwendet werden.

In diese Zeit des Umbruchs, der Orientierung der Sozialwissenschaften, speziell der Soziologie, an der „welfare" Funktion in absolut und relativ größerem Ausmaß als an der „warfare" Funktion, fällt auch die erst jetzt an Nachdruck gewinnende Diskussion um das Verhältnis von Sozialwissenschaft und Politik, um den Mißbrauch der Sozialwissenschaft und ethisch-moralische Normensysteme zu dessen Abwehr. Für die gesamte Universität, speziell ihre Ausbildungsfunktion, waren ähnliche Diskussionen schon in den vorhergehenden Jahren geführt worden und zwar wesentlich im Zusammenhang mit den Aktionen der amerikanischen „Studentenbewegung" in Berkeley und den anderen Universitätsstädten, die gegen eine „angepaßte Universität", Kerrs „Multiversität", zielten.

Ein auch heute noch weiterhin äußerst wichtiger, ja, zunehmend an Wichtigkeit gewinnender Komplex von militärisch orientierter soziologischer Forschung, die „counter-insurgency"- oder „insurgency-prophylaxis"-Arbeiten, die Forschungen also über Aufstandsverhinderung, die darauf abzielen, die Einflußsphäre der USA in Lateinamerika speziell und in der sonstigen Dritten Welt zu gewährleisten bzw. zu erweitern, ist mit der Aufdeckung des Projekts Camelot Anstoß geworden zu einer Diskussion über die Verfilzung sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitutionen mit dem „Verteidigungsapparat", der wegen seines offensiven Charakters diesen Namen schon nicht mehr zu Recht verdient.

Das Projekt Camelot wurde 1964 von der SORO, dem „Special Operations Research Office" der US-Armee initiiert: die SORO selbst ist eine Unterorganisation der American University in Washington — ein weiteres Beispiel für die organisatorische Verflechtung der Universitäten mit dem Verteidigungsapparat. Die Ziele des Forschungsprojekts, das von Soziologen u. a. Wissenschaftlern der Universitäten durchgeführt werden sollte, wurde von der Auftragsinstanz wie folgt umrissen:

„Erstens, eine Methode zu entwickeln, die es erlaubt, das Potential für innere Kriege in nationalen Gesellschaften zu bestimmen.

Zweitens, mit zunehmendem Wahrscheinlichkeitsgrad die Maßnahmen zu bestimmen, die eine Regierung ergreifen könnte, um Verhältnisse zu beseitigen, von denen angenommen werden kann, daß sie die Wahrscheinlichkeit eines inneren Krieges vergrößern,

und drittens, zu klären, ob es möglich ist, die charakteristischen Merkmale eines Erhebungs- und Bewertungssystems vorzuschreiben, um die für die Durchführung der beiden genannten Punkte wichtigen Informationen zu beschaffen und anzuwenden.

Das Projekt ist als eine drei- bis vierjährige Arbeit angelegt und soll mit jährlich eineinhalb Millionen Dollar finanziert werden. Es wird von der Armee und dem Verteidigungsministerium unterstützt und in Zusammenarbeit mit anderen Regierungsstellen durchgeführt werden."

So lauteten die einleitenden Passagen der Projektbeschreibung, die am 4. Dezember 1964 vom Direktor der SORO an die mitarbeitenden Wissenschaftler verschickt wurde.

In der Projektbeschreibung wird als Ziel die Aufstandsverhinderung in der Dritten Welt genannt, mit der die Armee beauftragt sei:

„Das Projekt Camelot ist das Ergebnis des Zusammenwirkens vieler Faktoren und Kräfte. Dazu gehört, daß man in den letzten Jahren der amerikanischen Armee eine wichtige Rolle innerhalb der gesamten Politik übertrug, die darin besteht, in den weniger entwickelten Ländern der Welt stetiges Wachstum und stetige Veränderung zu unterstützen."

Dieses Projekt soll der Armee bei ihrer Aufgabe des „nation building", der Erzeugung „stabiler Gesellschaften", behilflich sein und zu diesem Zwecke sollten hier „sozialwissenschaftliche Arbeitskräfte mobilisiert werden, um soziale Konflikte und Kontrollen zu studieren".

Das Projekt mußte in dieser Form hauptsächlich deshalb eingestellt werden, weil in Chile, einem Land, das ausgewertet werden sollte, dieses Projekt aufgedeckt und von der Presse und öffentlichen Organisationen als „interventionistisch", Ausfluß eines „wissenschaftlichen Imperialismus" usf. gekennzeichnet

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Sozialwissenschaft & Konterrevolution

wurde und damit das Projekt die Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten zu beeinträchtigen drohte.

Die Diskussion, die daran anschloß, ist in Auszügen in dem von Irving Louis Horowitz herausgegebenen Sammelband „The Rise and Fall of Projekt Camelot" enthalten.

Die Diskussion selbst zeichnet sich im wesentlichen dadurch aus, daß man zu analytischen Kategorien, die Einsicht in die Funktion sozialwissenschaftlicher Arbeit im Spätkapitalismus vermitteln könnten, noch kaum gefunden hat; das politische Problem der organisierten Sozialwissenschaft wird versubjektiviert und zur moralisch-ethischen Frage individueller Verantwortlichkeit verkürzt. Ähnlich dem anfänglichen Verhalten der Studentenbewegung in den USA oder einem großen Teil der älteren Begründungen für ein politisches Mandat der Universität bzw. der Studentenschaft in der Bundesrepublik, weicht man der Analyse der Gesellschaftsformation und der Wirkungsmöglichkeiten, die ein progressives Element in ihr haben könnte und wahrnehmen muß, aus, zieht sich auf moralisch-ethische Deklamationen zurück, die sich endlich doch als ein untauglischer Ansatz zu Erkenntnis und somit zu Veränderung des Erkannten herausstellen werden. Auf den offiziellen Kurs haben denn diese Diskussionen auch kaum Einfluß nehmen können, mit einer Ausnahme: man wird in Zukunft geschickter vorgehen bei der Einspannung von Soziologie und anderen Sozialwissenschaften in den politischen Apparat. So schreibt denn auch Horowitz in seinem einleitenden Bericht über Camelot:

„Das Ende von Camelot bedeutet weder das Ende des SORO noch das Ende von Forschungsstrategien ähnlich dem Projekt Camelot. In Wirklichkeit hat der vorzeitige Abbruch des Projekts weder eine Veränderung der intellektuellen Perspektive der Urheber des Projekts, noch seiner leitenden Mitarbeiter bewirkt."

Daß diese Programme nicht abgeschlossen sind, sondern wir erst am Anfang einer Phase stehen, In der „counterinsurgency"-Arbeiten soziologischer Art immer wichtiger werden, um Stabilisierungsstrategien für Regime aller Art, für die ein Interesse der USA besteht, zu entwerfen, haben weitere Entwicklungen gezeigt. In den USA sind im wesentlichen von Studentenzeitschriften, an vielen der wichtigsten Universitäten Forschungsprogramme, die mit oder nach Camelot in ähnliche Richtungen tendierten, aufgedeckt worden und zur Zielscheibe studentischer Aktionen gegen eine „Forschung im Dienste der Repression" geworden. Wenn das FBI nach neueren Verlautbarungen für diesen kommenden Winter heftigste studentische Aktionen in den Universitäten erwartet, so werden es Aktionen sein, die einen Schwerpunkt im Kampf gegen Forschungsvorhaben im Dienste der Unterdrückung der Unterschichten der Dritten Welt haben, und die dies verbinden mit dem Kampf gegen eine Universität, die unfähig ist, eine Anleitung zu praktischem Handeln anderer Art zu geben, als die, dem Bestehenden sich einzufügen und die auch dadurch ihrer Verschmelzung mit dem politisch-wirtschaftlichen System vollauf Rechnung trägt.

Aufgedeckt wurden Aspekte der vielfältigen Verflechtung der wissenschaftlichen Apparate in den Krieg der USA in Vietnam. Aufgedeckt wurden weiterhin die Teilnahme von Forschungsteams der Cornell University an thailändischen Antiguerilla-Aktionen; diese Teams hatten die Funktion, in Thailand „sowohl technologische als auch sozio-ökonomische Untersuchungen vorzunehmen, um die Effektivität verschiedener Alternativen für Antiguerilla-Methoden zu bewerten und entsprechende Empfehlungen zu geben".

Aufgedeckt wurde die Teilnahme der University of Michigan an einem ähnlichen thailändischen Projekt. Beide Universitäten sind in ein weltweites „counterinsurgency"-Projekt, betitelt AGILE, eingespannt, das von der Advanced Research Projekt Agency des Pentagon, der ARPA, koordiniert wird.

Dr. Herzfeld, Vorsitzer der ARPA, hat auf einem Hearing des US-Kongresses 1967 deutlich umrissen, worum es sich hier handelt, nämlich:

um „eine bahnbrechende neue Art der Behandlung von Aufständen, nämlich wie sie schon im Stadium ihrer Entstehung zu unterbinden sind. Das ist eindeutig ein entscheidendes militärisches Problem für die USA."

Ziel der Arbeiten seiner Organisation, sagte er, sei es, Aufstände zu unterbinden bzw. niederzuschlagen „wo immer sie auch (in der Dritten Welt) ausbrechen mögen".

Auch die entsprechenden Untersuchungen in Lateinamerika, die zum Projekt AGILE gehören, lassen sich ausmachen und laufen seit 1966; begonnen also kurze Zeit nach dem Zusammenbruch von Camelot. Sie werden ausgeführt z. B. vom Stanford Research Institut, einer Unterabteilung der Stanford University, von der Defense Research Corporation u. a. Organisationen. Sie behandeln u. a. auch die Probleme der Bewältigung städtischen Aufruhrs für diese unterentwickelten Länder, hygienisch eingekleidet in den Titel: „Forschung über städtisches Ungleichgewicht". Diese Forschungen können dann auch wieder Nutzanwendung finden im innenpolitischen Raum, zur Durchsetzung von Pazifikationsprogrammen gegen den Aufstand in den Ghettos. Es ist sicher nicht ohne Grund, daß man dieselben Organisationen, die an den außenpolitischen „counterinsurgency"-Programmen gegen Aufstand in der Dritten Welt beteiligt sind, auch innenpolitisch an den entsprechenden Projekten engagiert sieht.

Ithiel de Sola Pool, Sozialwissenschaftler am M.I.T., der bekannten Technischen Universität in Massachusetts, und Mitarbeiter bei mehreren Projekten zur Bekämpfung des städtischen Aufruhrs im Rahmen der Simulatics Corporation, hat die Instrumentalisierung der Sozialwissenschaften, die hier stellvertretend für andere Sparten wissenschaftlicher Arbeit stehen mögen, in eine negative Utopie gekleidet, für deren Realisierung er selbst plädiert:

„Sozialwissenschaftliche Forschung — einschließlich Gebietsstudien, Geschichte, Anthropologie, Soziologie, politische Wissenschaft und Statistik — stellen der Gemeinschaft der Nachrichtendienste, der „intelligence community", sowohl wichtige Basisdaten (inputs) als auch wichtige Informationen über analytische Methoden zur Verfügung. Der CIA sollte, wie sein Name sagt, die zentrale sozialwissenschaftliche Forschungsorganisation sein, um der Bundesregiegierung das Verstehen der Kultur und Gesellschaften der Welt zu ermöglichen. Ist man der Ansicht, daß Washington besser handeln könne, wenn es ein tieferes Verständnis der auf der Welt stattfindenden sozialen Prozesse hat, dann sollte man verlangen, daß der CIA unsere besten Sozialwissenschaftler anwirbt und mit ihnen Verträge schließt."

[1]) Die wichtigsten hier verwendeten Arbeiten sind:

(1) Clark Kerr, The Uses of the University, The Godkins Lectures at Harvard University 1963, Cambridge 1964.
(2) Irving L. Horowitz, (Hrsg.), The Rise and Fall of Projekt Camelot, Studies in the Relationship Between Social Science and Practical Politics, M.I.T. Press, Cambridge, Mass. 1967.
(3) Jürgen Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Beschreibung und Dokumente, Frankfurt 1968.
(4) Stephan Leibfried, Die angepaßte Universität, Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt 1968.
(5) Alvin M. Weinberg, Reflections on Big Science, M.I.T. Press, Cambridge, Mass. 1967.
(6) Roger Countill, Forschung im Dienst der Repression, in: atomzeitalter, Heft 3, März 1968, S. 154 ff.
(7) Gideon Sjoberg (Hrsg.), Ethics, Politics and Social Research, Schenkman Publishing Co. Inc., Cambridge, Mass. 1967.

In den von Horowitz und Sjoberg herausgegebenen Aufsatzsammlungen sind die relevantesten Beiträge die von Ithiel de Sola Pool, Johann Galtung und Jane Cassels Record.
Die in diesem Beitrag verwendeten Arbeiten von Elisabeth T. Crawford vom Bureau of Social Science Research vervielfältigt (1200 17th. Street N.W., Wash. D.C. 20036) und sind betitelt:

(1) The Social Sciences in International and Military Policy, October 1965 (Auftragsstudie für die Air Force).
(2) The Political Economics of Social Research, The Case of Sociology, March 1968 (geschrieben in Zusammenarbeit mit A. D. Bidermann).

Im übrigen wurden die Artikel und Meldungen in der Zeitschrift der US-amerikanischen Linken, Guardian (197 E. 4th. St., N.Y., N.Y. 10009), verarbeitet, z. B.

(1) Peter Henig, How 'pure' research serves imperialism, in: Guardian, 28. Sept. 1968, S. 18 und 24.
(2) Chart on counterinsurgency research, in: Guardian, 24. Aug. 1968 (Nachtrag dazu in: Guardian, 21.Sept. 1968, S. 9).
(3) Roger Countil, Defending the empire, in: Guardian, 21. Sept. 1968, S. 9.

[2]) Zur Ausbildungsseite vgl. Leibfried – oben 4) – auf S. 99 ff.
[3]) J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, in: Merkur 1965, S. 1139 ff. (hier: S. 1147).
[4]) wie Fußnote [2]), zur Funktion von Kerr (z. B. S. 100, Fußnote [8]) und Wiedergabe seiner Schriften in Auszügen, S. 99 ff.

Revolution und Profit

József Wieszt

Der Verlag S. Fischer erweitert seinen linken Markt. Dennoch erweist sich das vorliegende Bändchen als eine brauchbare Einführung in die Problematik: Revolutionäre Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt". Es enthält fünf Texte von Guevara und Castro sowie Aufsätze verschiedener Autoren über Ches Rolle innerhalb der lateinamerikanischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Die Dialektik von Unterentwicklung und Gewalt behandelt der Herausgeber in einem programmatischen Aufsatz. Unterentwicklung, davon geht er aus, bedingt grundsätzlich die gewaltsame Unterdrückung der Interessen der großen Mehrheit zugunsten einer kleinen, der herrschenden Minderheit, da die Produktion nicht zur Befriedigung aller Bedürfnisse ausreicht. Die heutige Unterentwicklung der dritten Welt ist aber ein künstlich aufrecht erhaltener Zustand, der zwar auch den jeweils herrschenden Cliquen, vor allem aber dem weltweiten kapitalistischen System dient. Die dritte Welt ist billiger Rohstofflieferant und Abnehmer von Industrieerzeugnissen zugleich, beides zugunsten überdurchschnittlicher Profite. Die Permanenz der Gewalt im Leben der unterdrückten Völker führt zu Resignation und schließlich zum Ausbruch „blinder Gewalt", die aber nicht zur Befreiung führt. Nur die „revolutionäre Gewalt", die die Überwindung der Gewalt überhaupt beinhaltet, kann die Gewalt der Unterdrücker beseitigen. Eine neue, freie Gesellschaft kann erst nach der Zerschlagung der kapitalistischen auf deren Trümmern entstehen. Die Revolution muß daher notwendig weltweit sein.

„Che Guevaras Rolle auf Cuba" untersucht Elena Hochmann. Dabei geht sie weniger auf seine Rolle als revolutionärer Kämpfer ein, vielmehr beschreibt sie Guevaras Tätigkeit auf Cuba nach dem 1. Januar 1959. Der entscheidende Schritt, der die Entwicklung Cubas nach der Revolution bestimmte, war der Eintritt der Guerilleros in die Verwaltung des Landes. So konnte im Sinne der Revolution in Permanenz ihre Erstarrung und Bürokratisierung verhindert und der Kontakt zu den Massen beibehalten werden, der allein den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ermöglicht. Nicht die starre Verwirklichung sozialistischer Doktrin, sondern der Aufbau einer „menschlichen Gesellschaft" ist das Ziel der Revolution.

Rafael Guitiérrez Girardot kritisiert in einer „polemischen Skizze" die von den Kapitalisten erfundene und von den Oligarchien gepredigte „Entwicklungsideologie", die „Theorie der friedlichen Revolution" für Lateinamerika. „Dieser Ideologie ist eigentümlich, daß sie die Bildung eines breiten Mittelstandes zur Bedingung des Fortschritts erklärt — einer Konsumentenschicht, die Güter verbrauchen soll, die Lateinamerika nicht produziert und ohne ausländische Privatinvestitionen auch nicht produzieren kann. Die Knechtschaft wird zum Konsumartikel. Um seinetwillen wird die friedliche Revolution der Mittelklasse durchgeführt, die man Evolution nennt. . . . Der wertfrei gemeinte ‚soziale Aufstieg' soll den Armen zum Reichen machen, der dann seine früheren Leidensgenossen unterdrückt, weil es eben dazugehört." Alle „Institute der Entwicklungshilfe zusammen" wären aber nicht in der Lage, „. . . aus der amerikanisch gebildeten und verstandenen Mittelklasse eine Klasse von verschwenderischen Baronen zu machen, wie sie sich selbst, idealistisch versteht. Die Frustration, die sich tatsächlich daraus ergibt, verwandelt die Evolution, die friedliche Revolution, in eine revolutionäre Halbheit des Mittelstandes, in Faschismus. . . . . deshalb Faschismus, weil sie nicht auf Veränderung, sondern auf die Konservierung der Eigentumsverhältnisse abzielt . . ."

Die „Theologie der Revolution", die Ansicht der katholischen Kirche, die Probleme Südamerikas ließen sich durch die Enteignung einiger Großgrundbesitzer und durch die Säkularisierung einiger Kirchengüter lösen hat nur ein wirkliches Ziel, die Verhinderung einer grundlegenden Veränderung der lateinamerikanischen Verhältnisse. „Wenn wir den Bauern Land geben, werden sie keine Kommunisten."

Die Gewerkschaftsführer und die Kommunisten Lateinamerikas reden von Koexistenz. „Keine Revolution darf sie stören. An das Lumpenproletariat möchten sie nur erinnert werden, wenn es als Druckmittel dient, das Heute zu verewigen. . . ."

„Im Namen der Weltrevolution . . . . haben die Kommunisten Lateinamerikas jeden Versuch mit dem Schimpfwort „kleinbürgerlich" belegt und hinterlistig bekämpft, der unternommen wurde, um die Weltrevolution als Lateinamerikanische Revolution zu machen. Sie warten noch heute darauf, daß alle Länder Lateinamerikas irgendwann in haargenau die gleiche Situation kommen, in der Rußland sich 1917 befand, damit die Weltrevolution in ihren Ländern sich selbst einstelle."

Die lateinamerikanischen und europäischen kommunistischen Parteien haben aufgehört, revolutionäre Parteien zu sein. Ein vorläufig letztes Beispiel dafür lieferte die KPF in der Mai-Revolution. In entscheidenden Situationen verhielten sich die Kommunisten objektiv konterrevolutionär.

Die Lateinamerikanische Revolution, so Girardot, ist vertagt worden. Die Kommunisten haben sie verraten. „Von Batista bis Peron reichen die Namen ihrer Verbündeten."

„Che Guevara (hat) politisch nicht gesiegt", aber er bleibt der Alptraum aller Unterdrücker, denn er beschwor die Einheit Lateinamerikas und „forderte die Lateinamerikaner zum ‚aufrechten Gang' heraus."

Den Einfluß Guevaras auf die Studentenbewegung in der Bundesrepublik untersucht Sven G. Papcke. Vom liberalen Protest aus Enttäuschung über die Mängel der Demokratie über die „große Verweigerung" bis zur „organisierten Verweigerung", d. h. zu organisierten Widerstand führt nach Papcke die Entwicklung der „Neuen Linken" in der Bundesrepublik. Diese letzte Phase, hervorgerufen vor allem durch die Brutalität, mit der die Machthaber auf den Studentenprotest reagierte und durch die Notwendigkeit des Widerstandes gegen die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates, wird von Papcke in seiner Funktion verkannt. Nicht eine „Verschwörertheorie" liegt dem aktiven Widerstand zugrunde, wie er meint, sondern die Einsicht, daß dem organisierten Kampf, den Staat und Unternehmer gegen die Interessen der Abhängigen führen, nur durch organisierten Widerstand begegnet werden kann.

Als Teilnehmer an den Auseinandersetzungen der letzten Jahre argumentiert Papcke wie ein liberaler Außenstehender, wenn er sagt: „. .Die Hoffnung auf eine Selbstkorrektur unserer Demokratie brach zusammen und das kritische Bewußtsein der Neuen Linken verdichtete sich . . . zu Neurosen eines oppositionellen Hunnensturms gegen das System, das Establishment . ." Papcke trägt mit seinem Beitrag nicht als Revolutionär zu der notwendigen Kritik einer revolutionären Bewegung bei, vielmehr lamentiert er über seine enttäuschten Hoffnungen. Er beteiligt sich kritiklos an der Literarisierung der Revolution, die von kapitalistischen Verlagen aus Profitinteresse mit Nachdruck betrieben wird.

Guevara hat in der Tat, wie Papcke sagt, den Linken wieder in Erinnerung gebracht, daß die Revolution nur im Weltmaßstab Erfolg haben kann und daß der Kapitalismus in den Metropolländern nicht in Ruhe gelassen werden darf. Es ist aber völlig verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, wir hätten „Kampfformen der Guerilleros übernommen" und „Taktiken der Dritten Welt . . . importiert". Von hier ist es nicht mehr weit zu den Behauptungen der Herrschenden, die Demonstranten und nicht die Staatsgewalt wende terroristische Methoden an.

Ebenso wie Papcke Ches Rolle im revolutionären Befreiungskampf Lateinamerikas verkennt, mißinterpretiert er auch die Aktionen von Arbeitern, Studenten und Schülern in den letzten Jahren. Ein Guerillero ist eben kein Christus im Urwald, kein Robin Hood Lateinamerikas, der „aufbricht, um die Hungernden und Beladenen zu erlösen" (Papcke). Ches Tod war kein „Opfertod", wie der Autor uns einreden will. Che wollte keine Stellvertreterrevolution machen. Er hat immer wieder betont, daß der Kampf der Guerilleros nichts vermag ohne den Befreiungskampf des Volkes.

Che Guevara und die Revolution
Hrg.: Heinz Rudolf Sonntag
Originalausgabe, Fischer-Bücherei. Okt. 1968

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Laßt Tausend

Dieser Bericht über die Basisgruppen hat den Fehler, daß wir nicht die Erfahrungen von allen Basisgruppen verarbeitet haben. Das liegt daran, daß sich manche erst vor kurzer Zeit konstituiert haben, aber auch daran, daß wir von einigen Gruppen keine Berichte bekommen haben.

Die Konstituierung der Basisgruppen ging teils von begrenzt hochschulpolitischen Konflikten aus, teils aus der abstrakten Einsicht, daß nur durch eine Basisarbeit die politische Bewegung organisatorische Stabilität bekommen könne.

So war es bei den Historikern ein Konflikt mit Kluke über die Bestimmung eines Seminarthemas und über die Diskussion im Seminar, die zur Gründung der Basisgruppen führte, Bei den Anglisten und Slavisten entstanden die Basisgruppen aus Reformkommissionen, die wegen der Einführung einer Zwischenprüfung von den Fachschaftsversammlungen gebildet worden waren. Bei den Juristen, Medizinern und Germanisten bestanden zunächst wissenschaftskritische und forschungssoziologische Arbeitskreise, die sich erst seit dem vorigen oder erst in diesem Semester als praktisch-politische Gruppen gebildet haben.

Andererseits konstituierten sich die Basisgruppen Philosophie und Soziologie erst in diesem Semester aus der Erfahrung, daß nach den großen Aktionen und der sich ausbreitenden Desorganisation und Apathie eine Organisierung der Bewegung nicht einfach in weiteren Aktionen, wie z. B. die auf der Buchmesse, erreicht werden kann.

Das Selbstverständnis wird unmittelbar durch die Ziele bestimmt, die eine Demokratisierung der Universität voraussetzt: Demokratisierung der Institute, Abbau autoritärer Kommunikationsstrukturen in Seminaren und Vorlesungen, Umorganisation des Studiums, und wissenschaftskritische Reflexion der wissenschaftlichen Methoden und der Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft. Vor allem über die Konflikte, die sich an die wissenschaftskritische Reflexion anknüpfen, kann die Basispolitik gesamtgesellschaftlich vermittelt werden.

Implizit soll diese Politik zu einer Politisierung weiterer Studenten und gleichzeitig zu einer plebiszitären Organisation der studentischen Interessen führen, die auch die Bewegung insgesamt stabilisieren soll. Weiter soll durch eine kollektive Organisation des Studiums und die Politisierung des Studiums die Trennung zwischen Studium und Politik aufgehoben werden. Denn solange Studium und Politik getrennte Bereiche sind, besteht immer die Möglichkeit eines privatistischen Rückzugs. Andererseits gefährdet die Isolierung der einzelnen im Studium deren stabile Integration in die politische Bewegung.

Organisatorisch konstituierten sich die Basisgruppen als egalitär-plebiszitäre Organisationen, in einem deutlichen Gegensatz zu den Fachschaften. So tagte z. B. die Reformkommission der Anglisten, aus der dann die Basisgruppe Anglistik hervorging, schon von Anfang an öffentlich.

Einmal führten die Verhandlungen der Fachschaften mit den Professoren fast notwendig zu einer reformistischen Politik. Zudem war ihre Arbeit so fern von der Basis und den realen Interessen der Studenten, daß diese auch für die Fachschaftsarbeit kein Interesse entwickeln konnten. So waren die Fachschaftsversammlungen nur äußerst spärlich besucht. So war die Fachschaft ohne Massenbasis erst recht unfähig, ihre Forderungen durchzusetzen. Eine Kommission, die die Fachschaft Historiker gebildet hatte, zerfiel nach einigen Sitzungen. Die Fachschaft Soziologie stellte ein dickes Paper über die Reorganisation des Studiums zusammen, ohne daß darüber wirklich öffentlich diskutiert worden wäre, und ohne daß die Forderungen in Aktionen umgesetzt, geschweige denn realisiert worden wären. Als repräsentative Körperschaften dienten sie nur der Entpolitisierung. Eine studentische Basis zu organisieren waren sie nicht im Stande. Die Reformkommissionen der Anglisten und Slavisten radikalisierten sich in ihren Aktionen in ihrem fortschreitenden Selbstverständigungsprozeß, wie auch durch die Notstandsstreiks an der Universität.



„In allen Betrachtungen Kaehlers ist immer wieder erschütternd die Überwältigung durch das Geschehen zu spüren, die Haltung eines Mannes, dem Historie nicht nur ein kühles Messen und Verstehen abgeschlossener Entwicklungskräfte ist, sondern der auch die Vergangenheit als ein hic et nunc genau wie jeden Tag der Gegenwart erlebt, als eine Art Gegenüberstellung mit einem dunklen Schicksal, das mit menschlichen Maßstäben allein nicht zu bewältigen und zu begreifen, sondern demütig hinzunehmen ist, zugleich aber mit der stets erneuerten Aufforderung, dabei doch immer die wahre Menschlichkeit in allen Strudeln zu behaupten."

PAUL KLUKE
Historische Zeitschrift Bd. 197,
München 1963 p. 409
Rezension von Siegfried Kaehler,
Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jh.
Göttingen 1961

Die Aktionen der Basisgruppen hatten da den größten Erfolg, wo die Professoren autoritär reagieren. So hatte Kluke (Historiker)
im vorigen Semester die studentischen Forderungen nach einem Seminar über den bürgerlichen Widerstand im Faschismus, grundsätzlich angenommen. Aber schon in den Semesterferien hatte er ein neues Konzept in der üblichen objektivistischen und personalisierenden Manier der bürgerlichen Historiker herausgegeben. In der ersten Sitzung lehnte er auf den Protest der Studenten deren Konzept als unwissenschaftlich ab, untersagte eine Diskussion über die Methode der Geschichtswissenschaft. Er erklärte es sei Terror, sein Seminar zu kritisieren und Öffentlichkeit herzustellen. Er lehnte eine Abstimmung über die Frage, ob über Methode diskutiert werden solle unter dem scheinheiligen Vorwand ab, über Wissenschaft lasse sich nicht abstimmen. Ein Wissenschaftler, der sich ständig selbst befrage, brauche der Umwelt keine Antwort zu geben, da sein ‚bestes Wissen und Gewissen' genüge. Die Abgabe der Diskussionsleitung an einen Studenten sei mit seinem Beamteneid nicht vereinbar. Die Studenten, denen das nicht passe, sollten sein Seminar verlassen. Als diese darauf antworteten, sie seien auf einen Schein angewiesen und insofern abhängig, sagte er nur: „Jawohl, Sie sind abhängig, dann haben Sie auch die wissenschaftliche Erkenntnis anzunehmen, die ich Ihnen biete." Zur Verdeutlichung seines Anspruches setzte er sich zum Schluß nur noch auf das Rednerpult, auf den Tisch und baumelte mit den Beinen.

Ähnlich autoritär reagierte Rammelmeyer (Slavist) auf eine Wandzeitung,
in der die Basisgruppe über den Boykott einer Sprachprüfung berichtete und ankündigte, über ‚Slavistik und Faschismus' zu arbeiten: Er verbot den Studenten die Seminarräume und ebenso, einen Einführungsabend für Erstsemester im Seminar abzuhalten. „Ich lasse mir keine Basisgruppe oktroyieren", war seine Erklärung. Auf die Forderung, auch die Strukturalismus-Diskussion mit zu reflektieren, meinte er nur: „Man kann nicht einfach Experimente machen, ohne zu wissen, was herauskommt." Den Seminarschlüssel verweigerte er den Studenten mit der einfachen Begründung: „Ich will es nicht."

Die Hysterie, die in diesen Maßnahmen ihren Ausdruck fand, ist zwar verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die beiden Ordinarien für Slavistik in schöner Kollegialität das Marburger Manifest unterschrieben und auch sonst nie ein Hehl aus ihrer konservativen Haltung gemacht hatten — überraschend war sie dennoch. Die Basisgruppe sah sich gezwungen, ihre Kritik mehr auf diese Herren zu zentrieren, als sie es sonst getan hätte, um zunächst das Autoritätsverhältnis, das unmittelbar Produkt des professoralen Patriarchalismus ist, den Studenten einsichtig zu machen, und nur sekundär klar zu machen, welche autoritären Strukturen durch die Organisation der Institution Universität und ihren gesellschaftlichen Kontext bedingt sind. Das hieß aber, die Akzente falsch setzen. Eine personalistische Kritik erwies sich schon deshalb als notwendig, weil bei einer von der Basisgruppe in der Hauptvorlesung erzwungenen Diskussion die Studenten das seigneurale Auftreten Professor Rammelmeyers durch die Identifikation mit der ihnen dadurch zugeteilten Rolle des Untertanen beantworteten und nach einiger Zeit ihre Vorlesung verlangten. Trotzdem ließ die bis heute antiautoritäre Strategie der Basisgruppe die Zahl ihrer Mitglieder auf ca. 20 % der Gesamtzahl der Studenten am Slav. Sem. (ca. 150) anwachsen.

Dagegen erschwerte nicht zuletzt der liberale Charakter der Anglistikprofessoren eine erfolgreiche Politisierung,
dazu kommt, daß auch die Aktionen und Forderungen der Basisgruppe nicht radikal genug waren. So erstellte die Gruppe zunächst ein Papier über die Verbesserungen der Studienbedingungen, in dem sie die Abschaffung des professoralen Monologs und der sinnlosen Referatsvorträge forderten. Ein Student sollte jeweils im Seminar die Diskussion leiten. Arbeitsgruppen und Professor sollten jeweils in Thesen die Ergebnisse ihrer Arbeit in die Seminardiskussion einbringen. In Tutorien sollten den Erstsemestern der Zugang erleichtert werden. Da die Professoren meist eine Diskussion zuließen und auch der Forderung nach dem studentischen Diskussionsleiter stattgaben, kam es kaum zu größeren Konflikten. Liberal-pluralistisch konnten die studentischen Forderungen nach einem Institutsrat und Drittelparität als bloße Meinungsverschiedenheit abgewehrt werden. Es bedurfte deshalb auch großer Mühe, einen technokratischen Reformentwurf der Assistenten abzuwehren. Da sich zudem nur wenige Studenten an der Diskussion beteiligen, besteht immer die Gefahr, daß die Aktionen der Gruppe durch reformistische Zugeständnisse abgefangen werden. Offenbar produziert auch die Basisgruppe bisher zu wenige und zu schwache Konflikte, um diese Gefahr abzuwehren.

Die Aktionen der philosophischen Basisgruppe im Habermas-Seminar
zielte zunächst auf autoritäre Strukturen im Seminar, die schon von sich aus eine Verständigung der Teilnehmer über ihre Interessen verhindert, weiter versuchte die Basisgruppe eine alternative Konzeption des Seminars zu begründen. Da sowieso die meisten Studenten im Seminar politisiert sind, konnte es nur darum gehen, daß sich das Thema und die Diskussion den Interessen (im weitesten Sinne) der Teilnehmer anpaßte. Eine Schwierigkeit besteht vor allem darin, die Diskussion über Erkenntnistheorie mit den individuellen Bedürfnissen zu vermitteln, da vielen Teilnehmern vor allem denen, die nicht im Hauptfach Philosophie studieren, Vorkenntnisse fehlen, und sie auch nicht ihren eigenen Reflexionsprozeß soweit voran getrieben haben, daß sich eine so abstrakte Reflexion organisch daran anschließen könnte. Offenbar liegt es an diesen Schwierigkeiten, daß eine allgemeine Diskussion im Seminar nicht entstanden ist.

Bei der Aktion in der Einführungsvorlesung von Erler (Jura) beruhte der Erfolg auch auf dem antiautoritären Charakter der Aktion,
die sich hier nicht nur auf den Ordinarius, sondern sogleich durch die Solidarisierung der Fakultät mit ihrem professoralen Kollegen gegen die ganze Fakultät richte. So erklärte Erler, er bestimme Umfang und Art der Vorlesung, er sei Herr der Vorlesung, er dulde keine Wortmeldungen außer von Erstsemestern. Zudem machte er eine Kritik der Vorlesung, die auch den Erstsemestern einleuchtete, durch schwachsinnige Phrasen (der Amtsrichter ist wie ein kleiner König" u. a. m.) sehr leicht. Als daraufhin Mitglieder der Fachschaft sich meldeten, reagierte er nur noch mit dem Ruf „Gehen Sie raus!" Als dem nicht Folge geleistet wurde, trat E. theatralisch vom Katheder und verließ die Vorlesung. Nach diesem Konflikt legte dann die Basisgruppe ein Alternativkonzept für die Vorlesung vor, das die juristische Wissenschaft methodisch reflektierte und davon bestimmt war, wie durch eine juristische Ausbildung die Möglichkeit geschaffen werden könnte, daß die Justiz nicht formalistisch, autoritär die Interessen der Herrschenden durchsetzt. Die meisten Studenten stimmten zwar diesem Konzept zu, jedoch gelang es Erler doch in der nächsten Sitzung, die Vorlesung wieder an sich zu reißen, da offenbar von der Basisgruppe niemand mehr gekommen war und die anderen Studenten gegen Erler, der sich nun auf Druck der Fakultät auch ein Konzept für seine Vorlesung verschafft hatte, sich nicht durchsetzen konnten. Es gelang nicht mehr, den Studenten die relativ abstrakte Diskussion über den qualitativen Unterschied eines rechtshistorischen und eines politisch-soziologischen Ansatzes zu vermitteln und die Konsumentenhaltung praktisch zu zerstören.

Da die meisten Basisgruppen sich erst seit relativ kurzer Zeit konstituiert haben, können nur allgemein einige Probleme angedeutet werden. Einmal besteht die Gefahr, daß die Gruppen autoritäre Strukturen reproduzieren, was leicht die ganze Aktivität der Gruppe hemmen kann. Dieses Problem kann noch durch die Unterschiede im Grad des theoretischen Wissens und der politischen Erfahrungen verschärft werden. Besonders bei den Basisgruppen der Historiker und Anglisten sind bis zu dreiviertel der Teilnehmer Erstsemester.

Ein wesentliches Problem besteht darin, wie die Aktionen, die sich zunächst auf einzelne Lehrveranstaltungen oder gegen die Professoren einer Fakultät richten, auch konkret gesamtgesellschaftlich vermittelt werden können.
Vielleicht könnte sich das ergeben durch eine Analyse der Funktion der zukünftigen ausgebildeten Lehrer, Ärzte, Techniker und Naturwissenschaftler. Unter Umständen könnten sich dabei Kooperationen mit diesen Berufsgruppen ergeben, also etwa mit dem sozialistischen Lehrerbund. Andererseits besteht in einigen Fakultäten die Möglichkeit, die Justizkampagne in die Hochschule hineinzutragen. So kann man in der juristischen Fachschaft z. B. die Forderungen nach einer Reorganisation des Studiums und der Wissenschaft unmittelbar von den politischen Prozessen ausgehend begründen. Andererseits könnten aber auch Historiker, Soziologen und Politologen Seminare über Politische Justiz fordern und so die Justizkampagne mit konkreten Forderungen nach Mitbestimmung über die Seminarthemen verbinden.

Der Rat der Basisgruppen, der mittwochs abends um 20 Uhr im Kolbheim, Beethovenplatz 4, tagt, soll die Kommunikation unter den Basisgruppen herstellen und die Probleme der Basisarbeit diskutieren.

W. Besier, J. Blanken, Kl. Krugmann, E. Sinnewald, H. Lohaus, W. Schöneberger, E. Stracke, M. Wolf, M. Walter, G. Oberndörfer

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Antiautoritäre Mobilisierung ⟷ Basisarbeit

Viele der Schwierigkeiten, die sich den Basisgruppen stellen, hängen mit dem antiautoritären Charakter der politischen Bewegung zusammen.

Die Arbeit in den Basisgruppen erfordert zunächst eine relativ regelmäßige Teilnahme an den Diskussionen, ein **stabiles, kontinuierliches Engagement.** Konsumtive Verhaltensweisen müssen in erheblichem Maße abgebaut werden. Demgegenüber hatte die ganze Bewegung wesentlich einen Revoltencharakter: es gelang ihr nur **temporär** zu großen Aktionen ein „Klima" der **Mobilisierung** zu schaffen, das es den einzelnen ermöglichte, sich von ihrer internalisierten Leistungszwängen zu befreien und ihre Isolierung zu überwinden.

Weiter richtet sich die Arbeit der Basisgruppen auf ein ganz begrenztes Ziel: in einem Studienzweig über hochschulpolitische oder womöglich über explizit gesamtgesellschaftliche Konflikte (Klassenjustiz) weitere Studenten zu politisieren. Demgegenüber hatten die großen Aktionen sowohl in der Hochschule das große sit-in zur Konzilssitzung wie die Springer- und Notstandsaktionen und erst recht die Vietnamdemonstrationen etwas **abstrakt negatorisches.** Das zeigt sich auch daran, welchen Stellenwert die marcusianische Formel von der „Großen Verweigerung" hatte. Natürlich sind auch die Konflikte der Universität gesamtgesellschaftlich vermittelt, nur richten sich hier die Aktionen nie so direkt gegen das gesamte System. Deshalb ist auch nirgendwo die Gefahr, sich vom System vereinnahmen zu lassen, so groß wie hier (vor allem wo sogar schon die Kultusministerien reformistische Lösungen durchsetzen wollen).

Zudem erfordert die Arbeit in den Basisgruppen intensive **wissenschaftstheoretische Arbeit,** die die Studenten in ihrem Studium noch zusätzlich belastet. Die Studenten treten nicht in der Masse von Mitdemonstranten gegen eine Polizei an, sondern, wenn nicht sogar als Einzelne, so doch nur als kleine Gruppe einem Professor, der zumeist doch einen großen Wissensvorsprung hat, gegenüber, vor dem sie sich argumentativ legitimieren müssen. Das bedeutet einen erheblich größeren Realitäts- und Leistungsdruck. Demgegenüber erlauben die großen Aktionen gerade eine Befreiung von dem Druck, den internalisierte Leistungszwänge ausüben; waren bis zu den großen Aktionen die Repressionen der Realität mehr oder weniger geschluckt worden und hatten die Aggressionen sich allenfalls ein einer begrifflichen Schärfe in theoretischen Arbeitskreisen gegen die Herrschenden gewandt, so war gerade das Neue an den Aktionen, daß sie in ihrer Aggressivität eine **temporäre Entlastung** ermöglichten.

Kurz, die Arbeit in den Basisgruppen verlangt ein Maß an **Ich-Stärke** und -Stabilität, Realitätstüchtigkeit, die die Stabilität der antiautoritären Haltung, die radikalen revolutionären Ansprüche selbst gefährdet. Wie die Untersuchungen über den autoritären Charakter und die über die Veränderungen im Sozialisationsprozeß gezeigt haben, wird es für die Individuen immer schwerer, ein kritisches, starkes Ich auszubilden. Vielmehr übernehmen gesellschaftliche Gruppen unmittelbar die Steuerung des Individuums, das sich an seinen definierten sozialen Rollen und konventionellen Verhaltensnormen relativ äußerlich stabilisiert. Die **autoritäre Organisierung** der einzelnen in den Bildungs- und Produktionsinstitutionen ist die Bedingung für deren intellektuelle und körperliche Leistungsfähigkeit.

Wird aber durch eine politische Bewegung gerade dieser autoritäre Stabilisierungsmechanismus durchschaut, und hebt sie diese Zwänge wenn auch nur partiell und temporär auf, — wird sie **antiautoritär** —, so ergibt sich daraus ein **Konflikt,** in dessen Verarbeitung sich erst langsam ein stabiles Ich aufbaut. In diesem Konflikt müssen die Studenten einerseits immer wieder eine Integration in die autoritären Rollenschemata abwehren, andererseits müssen sie sich aber auf die Realität beziehen, um ein Ich aufzubauen und so ihre neue Identität zu begründen.

Einerseits können sich in den Basisgruppen in solidarischer Arbeit auch psysisch integrieren und Ich-Stärke in den Aktionen der Gruppe entwickeln, andererseits stellen aber die Schwierigkeiten, die durch die Basisgruppen überwunden werden sollen, Barrieren und Probleme dar, die die Basisarbeit eminent belasten.

Dieser Konflikt wirkt sich auch auf die politisch-strategische Bestimmung der Basisgruppen aus. Häufig bestimmt die **Befürchtung einer reformistischen Politik** die Diskussion, und durchaus nicht immer ohne Berechtigung. Sicherlich ist es revolutionär, die Basis an der Hochschule in noch nicht so weit politisierten Fachschaften zu verbreitern, aber unter der Hand gerät die Politik, die sich so begrenzt definiert, selbst in die Beschränkung.

Andererseits muß die Basisgruppe sich auf die Realität einlassen. Sie kann nur die Konflikte politisieren, die aus den Verhältnissen an der Hochschule hervorgehen. Es ist nicht möglich, die Schärfe der gesamtgesellschaftlichen Konflikte, wie sie die Notstandsstreiks kennzeichneten, in der Hochschule zu reproduzieren. Insofern ist jede Hochschulpolitik ein taktischer Rückzug. Aber würde man versuchen im Rahmen einer größeren Kampagne z. B. der Justizkampagne entsprechende Organisationen zu schaffen, so könnte damit doch nicht das Problem der **Trennung des Studiums von der politischen Arbeit** behoben werden. Diese Trennung war aber bisher ein entscheidendes Hindernis für eine kontinuierlich politische Arbeit. Solange die Einzelnen in ihrem Studium isoliert sind, sind sie relativ aussichtslos diesen Repressionen ausgeliefert. Das müßte aber ihren Konflikt und die Schwierigkeiten, einer stabilen psychischen Integration noch verschärfen.

Aber diese Schwierigkeiten beweisen zugleich die Notwendigkeit der Basisgruppen.

Hermann Lohaus

Kollektive Organisation gegen private Neurose

Zur Abwehr neurotischer Reaktionen

Der Protest der antiautoritären Bewegung erhält seine Radikalität von der ‚neuen Sensibilität' her, die die Studenten, Schüler und jungen Arbeiter entwickelt haben. Sie lehnen die Entschädigungen, die ihnen das System für die entfremdete Arbeit und die verstärkte psychische Repression und Manipulation anbietet, ab. Mit der Ablehnung des Systems selbst verschwinden aber alle Möglichkeiten, sich zu ‚arrangieren'. Da sie aber das System nicht unmittelbar revolutionieren können, bedingt ihre ‚neue Sensibilität' einen objektiv neurotisierenden Konflikt (R. Reiche: Verteidigung der neuen Sensibilität in: Die Linke antwortet Habermas): Einmal nehmen die ‚neuen Sensiblen' auch an ihren eigenen Bedürfnissen jene vom herrschenden Realitätsprinzip herstammenden Deformationen wahr, ohne daß sie sie aufheben könnten. Zum anderen erlaubt ihnen auch ihr Leben in den Institutionen Universität, Schule und Betrieb eine Überschreitung des alten Realitätsprinzips nicht. Zum dritten leiden sie an der ‚Ausschaltung praktischer Fragen' (Habermas), d. h. an der Reduktion gesellschaftlicher Konflikte auf herrschaftstechnische Probleme. Je schärfer sie die Inhumanität von Unterdrückung und Manipulation erkennen, desto mehr müssen sie unter Inhumanität leiden. Diesen Konflikt könnten sie nur auf zwei Arten auflösen: entweder sie integrieren sich wieder. Dann müßten sie ihre Einsichten und die Ansätze ihrer neuesten Identität aufgeben. Oder sie projizieren ihr individuelles Problem auf die politische Ebene, indem sie den hoffnungslosen Versuch unternehmen, gleichsam im Handstreich ihre Intentionen zu realisieren. Damit aber würden sie den Realitätskontakt verlieren und in eine privatistische Politik ableiten. Ihnen bleibt offenbar nur übrig, diesen Konflikt auszuhalten.

Dazu sind die einzelnen aber nicht permanent in der Lage. Allenfalls in den kollektiven Organisationsformen, in der Solidarität mit ihren Genossen könne sie jene Ich-Stärke entwickeln, die ihnen die Möglichkeit gibt, diesen Konflikt ohne neurotische Lösungsversuche zu ertragen. Da aber die einzelnen doch die größte Zeit isoliert in den Institutionen arbeiten, sich den Konkurrenzprinzipien immer wieder anpassen müssen und auch die autoritären Strukturen nie auflösen können, muß ihre antiautoritäre Haltung permanent Schuldgefühle erzeugen, die aber wiederum nicht bewußt werden dürfen, da sie die neue Identität gefährden würden. Ganz offen treten diese Schuldgefühle bei den liberalen Studenten zutage, deren Identifikation mit der antiautoritären Bewegung immer wieder infrage gestellt ist: noch unglücklicher schwanken sie zwischen Identifikation und Distanzierung hin und her.

Diese Schuldgefühle scheinen sich bei den antiautoritären Studenten in Form von heimlichen Selbstbestrafungsaktionen durchzusetzen. Untersuchungen von Kenniston[1]), F. Wyatt[2]) und P. C. Kuiper[3]) (die sich allerdings auf amerikanische Verhältnisse beziehen, die aber vermutlich insofern nicht sonderlich von den hiesigen abweichen) haben bei den linken Studenten überaus häufig eine bestimmte Art von Depressivität, Unlustgefühle, wie auch ein oft nicht zielkontrolliertes Agieren sowie fehlende stabile Objektbeziehungen festgestellt.

Dabei scheint das Agieren die Funktion zu haben, Schuldgefühle zu verdrängen, die sich dabei aber am Ende doch in Form von Unlust über die Erfolglosigkeit als Selbstbestrafungstendenzen durchsetzen. Aktionen werden so geplant, daß sie schief gehen müssen. Sehr aggressive Aktionen stabilisieren zwar die antiautoritäre Haltung indem sie gerade die Schuldgefühle abwehren helfen, aber häufig setzen sich diese doch hinterrücks bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei als masochistische Selbstbestrafung durch. Oder Genossen arbeiten in so vielen Basisgruppen mit und gehen in so viele Übungen und Vorlesungen, daß sie sich dadurch selbst jeden Erfolg sabotieren.

Kuiper beschreibt ein Selbstbestrafungsmechanismus an dem Beispiel einer Wiedergutmachungsaktion eines Studenten bei seinen Eltern. Das Schuldgefühl ist so manifest geworden, daß der Student sich entschließt, seine ‚Untaten' an den Eltern ‚wieder gut zu machen'. Seine alten autoritären Bindungen waren offenbar noch nicht abgearbeitet. Mit seinem antiautoritären Verhalten hatte er sich aber immer mehr dazu in Widerspruch gesetzt, und die daraus entstehenden Schuldgefühle bringen ihn schließlich dazu, nach Hause zu fahren. Da aber kehrt sich die Situation um: seine Bemühungen um die Eltern gefährden zunehmend seine neue antiautoritäre Identität und seine Gruppenidentität als politisch bewußter Student. Er wird zunehmend aggressiver um sich nicht anpassen zu müssen. Die Situation wird immer gespannter und endet mit einem Krach, in dem der Student seine neue Identität erhält. Zunächst wehrte er aggressiv seine Schuldgefühle ab, die sich dann wiederum nachher hinterrücks als Selbstbestrafung in Selbstvorwürfen über sein aggressives Verhalten den Eltern gegenüber durchsetzen.

Ebenso können Unlustgefühle, Arbeitsschwierigkeiten, depressive Stimmungen, Resultate solcher Selbstbestrafungstendenzen sein. Dabei kann obiger Konflikt zwischen der ‚neuen Sensibilität' und dem alten Realitätsprinzip noch verschärft werden durch die individuellen Verhältnisse. Da nämlich, wo die Erziehung noch relativ autoritär war, ist es für den einzelnen noch schwerer, seine alten autoritären Bindungen abzuarbeiten. Die Schuldgefühle werden so noch verschärft.

Zwei politische Konsequenzen lassen sich daraus ableiten: Da der objektive Konflikt zwischen der ‚neuen Sensibilität' und dem alten Realitätsprinzip nicht aufhebbar ist, bleibt nur die Möglichkeit, in der kollektiven Organisation der politischen Praxis wie auch des Studiums und des Privatlebens in Basisgruppen, Kommunen oder Wohngemeinschaften die psychische Integration und damit die Ich-Stärke zu entwickeln, die dazu nötig ist, den Konflikt ohne neurotische Lösungsversuche auszuhalten. Andererseits kann auch die Lösung der privaten Konflikte der einzelnen mit ihren Eltern obigen grundlegenden Widerspruch etwas entschärfen und damit auch die Gefahr einer privatistischen Politik vermindern.

[1]) Kenniston, Kenneth: „The Sources of Student Dissent". J. Soc. Issues 23, 1967.
[2]) Wyatt, Frederick: Motive der Rebellion. Psyche, XXII. Jhrg., Heft 8, Aug. 1968.
[3]) Kuiper, P. C.: Abwehrformen neurotischer Schuldgefühle in der Gegenwart. Psyche, XXII. Jhrg., Heft 9–11, Sept. – Nov. 1968.

Basisgruppen blüh'n

Imhoff geht um

Das Seminar lief seinen gewohnten Gang: Verlesung des Protokolls der letzten Stunde. Die Studenten konsumierten, der Lehrer macht Bemerkungen.

Da geht die Tür auf, Imhoff und jemand, den er als seinen Assistenten bezeichnet, erscheinen. Imhoff hat ein Problem: „Schmidt, ich habe eine Frage an Dich." Schmidt (Dr. phil.) schnappt nach Luft und wird blaß. „Zunächst einmal, seit wann duzen wir uns denn, Herr Imhoff?" Dieser: „Schmidt, ich möchte Dich fragen, warum Du die abstrakte Kontinuität des Seminars aufrechterhältst . . ." Er wird unterbrochen: (Schmidt) „Aber die Kontinuität ist dann sehr konkret, wir erscheinen jeden Montag hier." Imhoff: Schmidt, ich möchte Dich fragen . . ." So geht das eine Weile weiter. Schmidt durchläuft alle Phasen einer autoritären Reaktion — er fordert Imhoff auf, den Saal zu verlassen, er weigert sich, mit ihm zu diskutieren, er macht die Tür auf, er kommt zurück, er wehrt sich seiner Haut, er findet keine Argumente mehr, er fordert Abstimmung über die Entfernung von Imhoff, da niemand abstimmt, holt er nicht die Polizei, sondern verläßt sein Seminar.

Imhoff redet von seiner Emanzipation, er bittet um Geld, da solche Aktionen ihn hindern, sein Brot zu verdienen, er läßt seinen „Doktorhut" herumgehen. Nur 2 Pfennige werden gespendet. Der Assistent von Imhoff stellt die entscheidenden Fragen: Wer hat eigentlich schon mit Schmidt über die Berechtigung eines solchen Seminars über Comte diskutiert? Macht nicht allein schon die traditionelle Form des Seminars neue Inhalte, z. B. die Emanzipation der Teilnehmenden unmöglich?"

Nachdem Imhoff und sein Assistent auch gegangen sind, beginnt im Seminar eine Diskussion über das Seminar. All die Fragen eines traditionellen Seminarbetriebs und seiner Folgen werden plötzlich diskutiert. Inwieweit übt Schmidt Herrschaft aus, wird eigentlich etwas anderes vermittelt, als Herrschaftswissen, wo liegen die studentischen Interessen, was interessiert uns eigentlich an Comte, warum diskutieren die Studenten wenig oder überhaupt nicht, wie können wir unsere Ängste überwinden, welche organisatorischen Veränderungen des Seminarbetriebes sind dafür erforderlich usw.

Die antiautoritären Studenten bedurften der Autorität von Imhoff, um ihre autoritären Schranken zu überwinden. Sie einigen sich, ihre Interessen zu formulieren — in mehreren Arbeitsgruppen — und in der folgenden Stunde im Seminar zu diskutieren. Sie wollen Vorschläge für eine Neuorganisation des Seminars vorlegen, sie wollen auf keinen Fall so weiter machen wie bisher.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

5 Thesen und eine Schlußfolgerung zur DKP

Der Opportunismus ist unser Hauptfeind (Lenin)

Reimut Reiche

WIR, KATHOLISCHE PRIESTER,
delegiert zum Kulturkongreß von Havanna, sind überzeugt:
daß der Imperialismus gegenwärtig und besonders in der Dritten Welt einen Faktor der Entmenschlichung darstellt, welcher die Fundamente der persönlichen Würde zerstört, wider die freie Entwicklung der Kultur verstößt, die echten Formen der menschlichen Entwicklung hemmt und täglich schärfere und bedrückendere Zustände der Unterentwicklung hervorruft;

daß trotz der Gegensätze, die zwischen Christentum und Marxismus über die Deutung des Menschen und der Welt bestehen, es der Marxismus ist, der die zutreffendste wissenschaftliche Analyse für die revolutionäre Aktion der Massen liefert;
daß der christliche Glaube Liebe einschließt, die sich in wirksamem Dienst an allen Menschen und jedem einzelnen unter ihnen ausdrückt;

I.

Mit der Gründung der DKP haben die Kommunisten (KPD) in der Bundesrepublik eine ihrer wesentlichen politischen Positionen aufgegeben, nämlich den Kampf für eine demokratische Auslegung des Grundgesetzes.

Die illegale KPD hat sich in der Periode von 1956 bis 1968 vornehmlich oder fast ausschließlich damit beschäftigt, Grundgesetzpositionen der Bundesrepublik defensiv und auf vorparlamentarische Weise wahren zu wollen: sie hat sich nicht nur taktisch, sondern auch inhaltlich in den Ostermarsch aufgelöst; sie hat das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 nicht nur taktisch unterstützt, sondern, wo immer möglich, DGB-Kabinettspolitik auf unterer und mittlerer Ebene mitgemacht; sie hat sich als pazifistisch-pluralistischer Bremser gegen die militante Entwicklung der Studentenbewegung betätigt; sie war der bei weitem reformistischste Faktor in der Anti-Notstands-Koalition und ein Vorkämpfer für jede Kuratorien-Politik. Wie immer man diese politische Rolle beurteilen mag, — bis zur völlig überraschenden und auch in den KPD-Zellen und den Zentren der außerparlamentarischen Opposition völlig undiskutierten Neukonstituierung der DKP hat die KPD wenigstens den Anschein zu erwecken vermocht, sie trete konsequent und entschlossen für das Grundgesetz ein. Noch im Mai 1967 hat ein führender KPD-Funktionär erklärt — und die Mitglieder des Wiederzulassungsausschusses der KPD wiederholen den zweiten Teil dieses Satzes heute noch: „Wir haben Gründe, die unseres Erachtens gegen eine Neugründung und für die Wiederzulassung der KPD im Original sprechen."[1]) Der Hauptgrund für diese Position war: Nicht die KPD, sondern ihr Verbot ist illegal. Ein offensiv geführter Kampf für die Position wäre mit einem revolutionären Standpunkt generell vereinbar gewesen, wenn auch die KPD diesen Kampf niemals wirklich aufgenommen hat.

Mit der Gründung der DKP haben die Führer der KPD genau das getan, was sie laut der ursprünglichen Politik des von ihnen ins Leben gerufenen Wiederzulassungsausschusses nicht tun wollten und was nach ihrer damaligen Einsicht die unweigerliche Folge einer Neugründung wäre: „uns an die Leine der westdeutschen Regierungspolitik legen zu lassen."[2])

II.

Mit der Gründung der DKP haben die Kommunisten (KPD) der Bundesrepublik und ihre in der Emigration lebenden Führer der Bundesrepublik zur rechten Zeit den besten Dienst erwiesen. Die Herrschenden der BRD wären ganz schön dumm, wenn sie sie verbieten würden.

Mit unübertrefflicher Klarheit und ebensolchem Zynismus hat die FAZ diese Heldentat der KP so beurteilt: Es liegt zwar auf der Hand, daß die DKP eine Nachfolgeorganisation der KPD ist; sie gibt sich auch nicht die geringste Mühe dies zu verbergen. Also müßte sie nach geltendem Recht verboten und aufgelöst werden. Das wäre aber politisch äußerst unklug. Denn niemand kann der Bundesregierung besser als die DKP zwei Aufgaben abnehmen, an der die Bundesregierung bislang gescheitert ist: 1. nachzuweisen, daß sie nicht nur rechtsradikale, sondern auch linksradikale Parteien toleriert und also der Vorwurf entfällt, sie begünstige das Wiedererstarken des Nazismus; 2. die Auseinandersetzung mit der militanten anti-parlamentarischen Linken zu führen. Die FAZ schreibt:

„Die schwere außenpolitische Hypothek, die auf der Bundesrepublik seit dem Erscheinen der NPD lastete, wird durch das Hinzutreten der DKP jedenfalls etwas erleichtert. Aber der innenpolitische Gewinn, den das Wiedererstehen einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei für die Bundesrepublik abwirft, könnte sogar noch weit größer sein. ... Am nützlichsten macht sie sich nämlich, indem sie den staatstragenden Parteien die politische Schmutzarbeit abnimmt oder wenigstens erleichtert, sich mit den anarchistischen und antiparlamentarischen Kräften der sogenannten ‚Neuen Linken', mit dem virulenten ‚linken Faschismus', auseinanderzusetzen. Das Erschrecken der kommunistischen Führer über den Gestank im politischen Sumpfgelände links von der Sozialdemokratie, das sie trockenlegen müssen, wenn sie eine ‚Massenbasis' auch nur von zwei oder drei Prozent der Wählerstimmen erlangen wollen, ist bereits deutlich geworden. Man sollte ihnen die aufreibende Sisyphusarbeit . . . nicht durch den Rückgriff auf das Parteiverbot von 1956 ersparen."[3])
Dazu heißt es in der Gründungserklärung der DKP in stiller Einfalt: „Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein."[4])

III.

Die DKP ist eine echte bundesrepublikanische Partei pluralistisch-autoritärer Prägung.

Daß die Partei pluralistisch in ihrer Konzeption ist, beweist unter anderem ihre Stellung zum Parlament und zur NPD und ihre nicht nur taktische, sondern als langfristig konzipierte Identifizierung mit dem DGB-Grundsatzprogramm („soziale Gerechtigkeit", „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", „Mitbestimmung" usw.).

Mit der „streng wissenschaftlichen" ‚marxistisch-leninistischen' Analyse der Struktur internationaler Beziehungen erhebt die Theorie der friedlichen Koexistenz nicht nur den Anspruch, die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik zu liefern, sondern auch die Bedingungen des Kampfes der internationalen kommunistischen Bewegung zu analysieren und damit die Prinzipien einer Revolutionsstrategie für die revolutionären Bewegungen außerhalb des sozialistischen Lagers zu formulieren.

Das Unterfangen, eine Interessengleichheit darzustellen und gemeinsame Ziele zu proklamieren, bleibt einseitig; den sowjetischen Interessen und den Zielen sowjetischer Politik werden die Oppositionsbewegungen angegliedert und damit integriert in den analytischen Kontext, den die Sowjetunion unter den Bedingungen der Großmachtpolitik erstellt. Für die revolutionären Bewegungen gelten jedoch andere Kriterien. Diese können mit den — wie immer variierten — Mitteln der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht erfaßt werden. Der Begriff des „internationalen Klassenkampfes", wie ihn die Sowjetunion machtpolitisch, d. h. mit Kategorien staatlicher Politik vertritt, läßt sich nicht in Einklang bringen mit den Bedingungen des Klassenkampfes, der aufgrund sozialer Antagonismen ausbricht.

Die friedliche Koexistenz soll für die sozialistischen Staaten selbst die wirtschaftliche Entwicklung im Innern und damit die dauernde Stärkung des ‚sozialistischen Lagers' ermöglichen.

Den kolonialrevolutionären Bewegungen der ‚Dritten Welt' soll die friedliche Koexistenz die günstigste Ausgangsposition ihres Emanzipationskampfes bieten: „Um die Aufgaben ihrer nationalen Wiedergeburt zu lösen, mit dem fluchwürdigen Erbe der imperialistischen Herrschaft Schluß zu machen, die erforderlichen sozialen Umgestaltungen durchzuführen und das Lebensniveau ihrer Völker zu heben, brauchen diese Völker Frieden"[1]).

Und schließlich soll die friedliche Koexistenz die Grundlage einer Strategie in den kapitalistischen Staaten sein, die die ‚Volksmassen' zur Änderung des bestehenden Herrschaftssystems mobilisiert: „Die Gefahr eines thermonuklearen Krieges hat in den kapitalistischen Ländern eine in der Geschichte bisher nie dagewesene Massenkoalition der friedliebenden Kräfte herbeigeführt, die sich das Ziel setzt, die Menschheit vor der Kriegskatastrophe zu retten. Die Hauptkraft dieser Koalition ist die internationale Arbeiterklasse . . ."[2]).

Die Schwierigkeiten der Koexistenztheorie werden hier deutlich: während die sowjetmarxistische Theorie auf der einen Seite als politische Struktur der kapitalistischen Länder die völlige Verschmelzung von ökonomisch und politisch Herrschenden zum ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus' beschreiben will, in dem politische Entscheidungen im Interesse einer sozial bestimmbaren Minorität der Gesellschaft ergehen,

Natürlich fordert die DKP die Auflösung der NPD nach Artikel 139 des Grundgesetzes. Es entsteht aber der makabre Eindruck, als wolle die DKP die dadurch entstehende Wählerlücke der mit SPD, CDU und FDP Unzufriedenen füllen. Schließlich will sie im Schlußsatz ihrer Gründungserklärung nicht mehr und nicht weniger als „im Geist von Marx, Engels und Lenin das politische Leben in der Bundesrepublik bereichern und der Tätigkeit der sozialistischen und demokratischen Kräfte in unserem Lande Auftrieb geben".[5]) Über diese Bereicherung werden sich Marx, Engels, Lenin und Kiesinger bestimmt freuen.

Die DKP hält auch den verschämt ausgesprochenen Gedanken des DGB-Grundsatzprogramms an eine Möglichkeit zur Sozialisierung der Grundstoffindustrie für „aktuell und zeitgemäß" und für den besten Weg zur Realisierung dieses Gedankens die „Mitbestimmung der Arbeitenden in Betrieben, Unternehmen und Staat".[6]) Obwohl die Kommunisten die Abneigung der Arbeiter und Angestellten in der BRD gegen abstrakte Mitbestimmungsforderungen kennenzulernen zwanzig Jahre lang Gelegenheit hatten, fiel der DKP zu ihrer ersten lokalen Aktion in Frankfurt nichts besseres ein, als noch einmal die Arbeiter und Angestellten eines Betriebes — der Adler-Werke — mit den Phrasen der Gewerkschaftsbürokratie anzuöden: „Nur durch starke und entschlossene Gewerkschaften und echte Mitbestimmung sind sichere Arbeitsplätze und steigende Löhne und Gehälter zu erreichen."[7])

In einem repräsentativen Interview, das die DKP gewissermaßen sich selbst gab („tatsachen" gegen Werner Groß vom Landesausschuß Nordrhein-Westfalen der DKP) und in dem es um die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der DKP geht, behauptet diese von sich, daß sie konsequent gewerkschaftliche Forderungen vertritt". Wenn das alles wäre, was sie tut, wäre es reichlich schlimm; aber die DKP ist noch viel schlimmer: Sie vertritt noch nicht einmal konsequent gewerkschaftliche Forderungen! Werner Groß hat in diesem Interview den feinen Satz geprägt: „Die Arbeitenden haben das Recht auf einen kräftigen Schluck aus der Gewinnpulle."[8])

Nach Möglichkeiten befragt, wie dieser Schluck zu erobern sei, fällt ihm nichts besseres ein, als innerhalb der geltenden Lohn- und Gehaltstarife Sonderabkommen zu erzwingen. Das Wort Streik kommt in dem ganzen Interview nicht einmal vor. — Es ist die Frage, ob das Lenin'sche Konzept der Trennung von Avantgarde und Masse, von Kaderpartei und tradeunionistischen Massenorganisationen heute noch beanspruchen kann, ein unseren Kampfbedingungen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen entsprechendes Organisationsmodell zu liefern. Sicher aber ist, daß das sich anbiedernde Auflösen in den Gewerkschaftsapparat, zu dem sich die DKP bekennt und den die Kommunisten in der Illegalität vielfach betrieben haben, keinerlei revolutionäre Anknüpfungspunkte mehr birgt.

Daß die Partei unübertrefflich autoritär aufgezogen wurde, zeigte spätestens die Organisation der Gründungsversammlung. Die Delegierten (delegiert von wem? hatten die Wahl zwischen ebensovielen vorbestellten Entwürfen von offenen Briefen „an die Arbeiterklasse der Bundesrepublik" wie vorbestellten Mittagessen, nämlich genau zwei Möglichkeiten: einmal mit, einmal ohne Suppe, einmal mit, einmal ohne „wir leben in einem Land mit einer fleißigen, tüchtigen Bevölkerung"[9]). So lief auch der Gründungskongreß ab wie ein gut organisiertes aber langweiliges Essen aus der Tiefkühltruhe.

Die DKP gerät aber mit ihrem autoritären Opportunismus in einen strukturellen und absolut unlösbaren Konflikt. Sie will zugleich drei Herren vasallentreu dienen: erstens den Richtlinien der Parteitage der KPdSU und dem „Ansehen" der DDR, zweitens dem DGB-Programm (und sogar der offiziellen DGB-Politik) und drittens den zu Fetisch erhobenen „antimonopolistischen Volksmassen", der „überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten, Bauern, freischaffenden Künstler, kleinen Gewerbetreibenden, Vertreter des Geisteslebens, der Studenten und vor allem der Jugend". So nimmt sie einerseits zu allen Fragen der Auseinandersetzung im sozialistischen Lager eine ebenso harte wie hohle prosowjetische Linie ein Typ CSSR: „Auch in unserer Stellung zu den Ereignissen in der CSSR lassen wir uns von internationalistischen Prinzipien leiten. Wir sind der Meinung, daß in der CSSR eine ernste Gefahr ... Das militärische Eingreifen der fünf sozialistischen Länder galt ausschließlich der Beseitigung dieser Gefahren. ... Wir begrüßen die in Moskau getroffenen Vereinbarungen zwischen den Führungen der KPdSU und der KPTsch." Und kein Wort mehr. Damit können sie es ihren anderen beiden Herren nicht recht machen. Weil die DKP andererseits, getrieben von den Richtlinien, die die KPdSU für die KPs der westlichen Länder aufzustellen beliebt, dem DGB in den Arsch kriecht, kann sie es den „Werktätigen etc." wieder nicht recht machen. Für alle kämpfenden Gewerkschafter ist die DGB-Politik der DKP ein Hemmschuh und die politisch Apathischen kann man mit DGB-Parolen zu recht nicht mobilisieren. Die autoritär-opportunistische Befolgung des DGB-Kurses geht schließlich so weit, daß die DKP in der Frage des Hochschulkampfes einen objektiv konterrevolutionären Standpunkt einnehmen muß: Sie tritt ein für einfache „Mitbestimmung in den Hochschulen und Schulen". Zwar glaubt die DKP, im Gegensatz zu Rüegg, Schütte, Frings und Springer noch: „Der Kampf um Mitbestimmung kann zur Einschränkung der Macht der Monopole führen."[10]) Darauf kann man nur sagen: Kann sein, muß nicht sein.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Sie fand die Sache von Anfang an sehr reizvoll

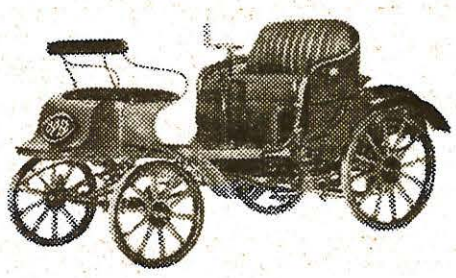
Die Sache mit dem COMBI-SPAREN. Reizvoll an dieser neuen Sparform ist der Sparbonus. Nach Ablauf von fünf Jahren gewähren wir ein Investmentpapier, dessen Wert mindestens 1 % der während der Laufzeit des COMBI-Sparvertrags erbrachten Sparleistung entspricht. Mit anderen Worten: bei uns können Sie jetzt mehr bekommen als nur Zinsen. Natürlich hat sie das COMBI-SPAREN MIT COMMERZBANK-SPARBONUS gleich mit dem prämienbegünstigten Sparen und mit den Vorteilen des 312 DM-Gesetzes gekoppelt. Das können Sie bei Abschluß eines neuen Vertrags auch. Fragen Sie unsere COMBI-Fachberater!



COMMERZBANK
... eine Bank, die ihre Kunden kennt

in der Nähe der Uni:
Zweigstelle Bockenheim
Gräfstraße 85

1898



stieg der Nähmaschinenfabrikant Opel mit diesem „System Lutzmann"-Wagen in das aufblühende Kraftfahrzeuggeschäft ein. Mit enormer Geschwindigkeit rollte man in das zwanzigste Jahrhundert. Allerdings mehrten sich auch die Auguren, die in der Kraftdroschke den Untergang von Zivilisation und Menschheit sahen. Nun haben es zwar beide überstanden, aber die Motorisierung wurde zu einem Problem ganz anderer Art. Zur Lösung dieses Problems muß eine gute Fahrschule heute unbedingt beitragen.

FAHRSCHULE POHL
6 Frankfurt a. M. · 1 Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 779140
Die Fahrschule der Studenten

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

tricontinental

Die theoretische Zeitschrift der Trikontinentale im Trikont Verlag · Eine Zeitschrift mit aktuellen Informationen über den revolutionären Befreiungskampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas

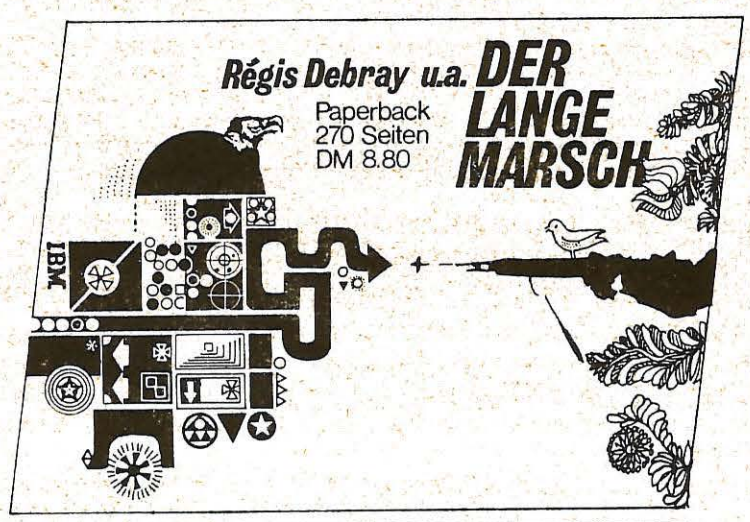
im Dezemberheft:

Ernesto Che Guevara, Arbeitsanweisung für Kader in städtischen Gebieten · Phil Hutchins, Che Guevara und die Afroamerikaner Amilcar Cabral, Zum Widerstand entschlossen · A. C. Fratti, Guatemala-Dogma und Revolution · Makoto Oda, Beheiren — eine Bewegung für die Aktion · Alex La Guma, Kultur und Apartheid in Südafrika

erscheint alle zwei Monate
Einzelheft DM 5,80
Halbjahresabonnement DM 14,–
Jahresabonnement DM 27,–

Trikont Verlag
8 München 31, Josephsburgstraße 16

***Ernesto 'Che' Guevara* TAGEBUCH** ca. DM 4.–



Régis Debray DM 6.–
Revolution in der Revolution?

Ho Chi Minh ca. DM 4.–
Gegen die amerikanische Aggression

Le Chau DM 5.50
Bauernrevolution in Süd-Vietnam

Che Guevara DM 4.40
Partisanenkrieg · eine Methode
Mensch u. Sozialismus auf Cuba

Mao Tse Tung DM 8.80
Gesammelte Werke Band 1

St. Carmichael, H. Rap Brown, Daniel Guerin u.a. ca. DM 4.–
NOW · Der schwarze Aufstand

Vo Nguyen Giap DM 7.80
Volkskrieg · Volksarmee

trikont verlag
8 München 31
Josephsburgstr. 16

politische buchhandlung 292151

revolutionäre schriften & klassische philosophie
psychologie & soziologie
zeitschriften & poster
alle wichtigen reihen & bücher aus der ddr
Filmliteratur

libresso

bücher · espresso · treffpunkt · am opernplatz 10

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Hochschul

Verfehlt, im einzelnen verdienstvoll, auf lange Sicht aber ineffizient ist die Arbeit von Beratungsstellen, die in der Mehrheit ihrer Klienten nur Probleme, Situationsreaktionen oder Lebens- oder Sexualkonflikte sehen und sich mit Intimaufklärung oder mit Aufklärung über Techniken des Arbeitens und des Kontakts begnügen. Sicher wird auch das für einen bestimmten Teil der Studenten das richtige Vorgehen sein, reicht aber weder als psychiatrische noch als soziologische Basis hochschulpsychiatrischer Tätigkeit. Hier wird vielmehr eine diagnostische Formalisierung und eine Oberflächenanpassung betrieben, die weder die individuellen noch die hochschulstrukturellen Besonderheiten noch deren Zusammenwirken in den Blick bekommt.

Das leitet über zur Frage der Therapie, bei der sich die eben aufgezeigten Probleme wiederholen. Bleibt man bei einer der aus der Klinik gewohnten Neurosentheorien, wird man sich in den meisten Fällen darauf beschränken, die Durchführung einer langfristigen, mehr oder weniger analytisch orientierten Psychotherapie zu empfehlen. Dies geschieht in der Tat heute in einigen Universitäten und ist damit verbunden, daß man innerhalb der betreffenden psychiatrischen Klinik eine Studentensprechstunde einrichtet, deren Existenz nicht weiter bekannt gemacht wird. So bekommt man neben Psychosen dann auch wirklich im allgemeinen nur schwere Neurosen zu sehen, denen gegenüber dieses therapeutische Vorgehen adäquat sein mag. Dies ist jedoch mit dem Nachteil verbunden, daß man Kriterien der „Schwere" in einem Gebiet kaum aufstellen kann, in dem man die ganze Streuungsbreite der möglichen Störungen nicht kennt; auch wächst mit dem Leidensdruck nicht unbedingt die Informationsaktivität der Studenten; und die eigentlichen hochschulpsychiatrischen Probleme können von diesem „Fluchtpunkt" aus kaum unverzerrt gesehen werden, werden daher auch oft genug als irrelevant gegenüber der Kindheit der Patienten ignoriert.

Das andere Extrem bilden die Einrichtungen, die vom Prinzip der individualpsychologischen Beratung ausgehen, wohl auch durch die Initiative des jeweiligen psychologischen Instituts entstehen. Hier wird man zwar einen größeren Teil der gemeinten Studenten zu Gesicht bekommen, wird sich aber überwiegend auf die unmittelbare Problemaufklärung beschränken müssen, wobei die Gefahr besteht, daß man eine momentane, aber langfristig folgenlose Anpassung an eben das System erreicht, das zum Teil die Störungen hervorgerufen hat; im übrigen bleibt nur die weiterleitende Funktion.

Eine „hochschulpsychiatrische Beratungsstelle", die diesen Titel verdient, muß jedoch zunächst einmal die Möglichkeit der beiden typisierten Extreme umgreifen, ohne den ihnen immanenten Gefahren zu verfallen. Das sagt aber noch wenig über die Anforderungen, denen eine dort betriebene Therapie genügen muß. Gegenwärtig wird an mehreren Hochschulen vornehmlich Gruppenpsychotherapie durchgeführt. Diese wird jedoch kaum der Grundtypus der hier notwendigen Therapie bleiben können. Die sie praktizierenden Ärzte führen selbst als Motiv für ihre Wahl die finanzielle bzw. zeitliche Zwangslage an, in der sie sich dem Andrang der Studenten gegenüber befinden. Auch wird man schwerer gestörten Studenten mit solchem Vorgehen nicht gerecht werden. Schließlich wird man gerade in der Hochschule hinsichtlich langfristiger Erfolgschancen vorsichtig sein müssen; denn Gruppentherapie, definiert als zusätzliches „Kontaktangebot", bietet unmittelbare persönliche bzw. nur über das personale Attribut der Gestörtheit vermittelte Beziehungen an, die sich im Bereich der Hochschule selbst schnell als artifiziell erweisen können, zumal wenn die Kontaktstörung der Klienten aus dem Fehlen eines sachlichen Gegenstandes, eines absorbierten Interesses resultiert. Daher auch in den USA die Tendenz, Gruppen nur noch über ein zu lösendes sachliches Problem zusammenzustellen.

Man wird wohl nicht umhin kommen, eine Grundform der hochschulpsychiatrischen Therapie zu entwickeln, die sich an der amerikanischen „short-term psychotherapy" zu orientieren hat. Die Gefahren, die sich daraus für die Therapie in den USA ergeben, suchten wir herauszustellen: die Methode kann zum bloßen Anpassungsinstrument für Individuen werden, die nicht krank genug sind, um das Abzielen auf eine rein funktionale Anpassung gerechtfertigt erscheinen zu lassen; zudem verführt die dabei notwendig aktivere Rolle des Therapeuten in dieser Methode nur zu leicht dazu, sie mit unkontrollierbaren persönlichen Meinungen und Ideologien aufzufüllen. Wenn in der deutschen Hochschulpsychiatrie diese Gefahren vermieden werden sollen, ist zusätzliche Forschungsarbeit zu leisten, d. h. Fragen wie den folgenden nachzugehen: Wie kann der i. e. S. psychoanalytische Aspekt, der insbesondere die Selbständigkeit des Patienten zu erhalten bzw. wiederherzustellen sucht, auch unter den restriktiveren Bedingungen der „short therapy" zum Tragen kommen? Wie muß die spezifisch hochschulpsychiatrische Form der Anpassung beschaffen sein? Wie kann die aktivere Rolle des Therapeuten von der Beliebigkeit individueller Vorstellungen über psychische Führung (Psychagogik) befreit und von den Anforderungen der Situation her definiert werden?

Zur Beantwortung solcher Fragen hat die Hochschulpsychiatrie m. E. vor allem zwei Wege zu gehen, die ich in ihren Grundzügen zu skizzieren versucht habe: die theoretische Vermittlung mit der Soziologie der Hochschule und ihrer Reformbestrebungen und die methodische Einschränkung der psychiatrischen Theoretisierung bei der Beobachtung und Beurteilung der Einzelfälle.

Das Wissen um die vielfältigen, aber doch spezifischen Faktoren, die Struktur und Verlauf von Störungen in der Hochschule prägen, spielt bei der Definition therapeutischer Ziele eine nicht minder große Rolle wie bei der Diagnostik. Wenn man verstanden hat, daß nicht so sehr die Überforderung durch Ideale oder durch die Menge des Stoffs, nicht Isoliertheit und Individualismus und nicht affektive Labilisierung die Hauptprobleme der Studenten kennzeichnen, wird vielleicht deutlich werden, welche von den gewohnten Behandlungsschemata abweichenden Wege die Therapie zumindest mitberücksichtigen muß: Es wird dann mehr als anderswo darauf ankommen, die Studenten auf die ihnen angemessene intellektuelle Bewältigung von Problemen zurückzubringen; man wird der Fraktionierung des Denkens entgegenzuwirken haben, die eine technologische von einer wertenden Rationalität bei Gegenständen trennt, die dies von sich aus nicht gestatten; man wird spezifische didaktische Kenntnisse einzusetzen haben, um die Materialität eines Faches in seiner Bedeutung für Studium, Beruf und Leben sichtbar werden zu lassen und um vom Objekt absorbiertes Interesse freisetzen zu können; und man wird Sinnhorizonte für intellektuelles, gesellschaftliches und politisches Handeln vermitteln müssen, wenn es richtig ist, daß man davon ausgehen muß, daß die gegenwärtige und möglicherweise noch **eher die zukünftige Hochschulsituation vor allem das Bedürfnis nach Handeln, nach aktiver Verwirklichung frustriert und daß sie über die Formen der Übersetzung von Wissen in Praxis in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung im unklaren läßt.**

Solche Abweichungen vom klinischen Vorgehen und die Reflexion über sie sind der Tribut, den der Psychiater dafür zu zahlen hat, daß er in „Verdünnungszonen" arbeitet, und zwar in den spezifischen der Hochschule. Die aktivere Rolle des Therapeuten kann nur definiert, aber auch legitimiert werden vom Wissen um die Ziele der Universität her, von der kritisch-soziologischen und didaktischen Kenntnis der Arbeit der Studenten und von der psychiatrischen Reflexion der Möglichkeiten ihrer individuell oder hochschulbedingten Störbarkeit. Wenn schon das therapeutische Ziel als Anpassung definiert werden soll, dann Anpassung an die Hochschule als der „Institution der Kritik". Nur in diesem Zusammenhang kann es richtig sein, wenn ein bereits praktisch erfahrener Hochschulpsychiater sein therapeutisches Ziel als Erziehung „zu einem leichten Grad von Rebellion" definiert.

Diese und ähnliche Überlegungen müssen sich auch auf bestimmte Aspekte der Organisation einer hochschulpsychiatrischen Beratungsstelle auswirken. Unter den gegenwärtigen Reformbestrebungen ist unbedingt eine möglichst autonome Stellung in der Universität für sie anzustreben, d. h. etwa die unmittelbare Abhängigkeit vom Rektorat. Denn die Verschulung, die Einführung verschiedener Zwangsmaßnahmen und die Ausdehnung des nicht-akademischen Bereichs wird wie in den USA zu einer beträchtlichen Verselbständigung der Administration führen. Damit wächst — nach den amerikanischen Erfahrungen — ihre Neigung, sich bei schwierigen Entscheidungen durch Zuziehung wissenschaftlicher Autorität zu entlasten. Vermutlich wird der Psychiater dann nicht selten zur gutachterlichen Äußerung, z. B. in strittigen Fällen der Zwangsexmatrikulation oder der Eignung zum Studium aufgefordert werden. Er wird dann auch hier sich in der schwierigen Kunst des Gutachters zu üben haben, stets nur die Fragen zu beantworten, die er wirklich beurteilen kann. Diese kritische Haltung ist in Sonderheit bei allen die Prognose berührenden Fragen geboten.

In der Frage der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen ist — neben dem allgemein-medizinischen Gesundheitsdienst — gerade nach den hier vorgetragenen Ansichten vor allem die **Studien- und Berufsberatung zu nennen. Engste Kooperation, die sogar als institutionelle Zusammenlegung vorstellbar ist, könnte namentlich dann fruchtbar sein, wenn diese Beratungsstelle personell und finanziell** in die Lage versetzt würde, ihren gegenwärtigen Formalismus (Aufklärung über Vorlesungsverzeichnis und Semesterzahlen) zu überwinden, und statt dessen auf die Motivation des Lernens und auf didaktisch vermittelnde Prozesse zwischen Forschung und Praxis eingehen könnte.

Während die diagnostischen, therapeutischen und wissenschaftlichen Funktionen des Psychologen ziemlich einsichtig sind, ist die Situation des soziologischen Drittels des Themas problematisch. Aus folgenden Gründen wird hier für die hauptamtliche Mitarbeit eines in Hochschul- bzw. Bildungsfragen kompetenten Soziologen plädiert, wie dies auch das Göttinger Modell anstrebt. Während der Psychiater in den USA sich nach seiner Ausbildung mehr oder weniger als Sozialwissenschaftler verstehen darf, kann davon in der Bundesrepublik keine Rede sein. Es wird ihm daher in aller Regel unmöglich sein, allein zu einer auch für die Hochschule fruchtbaren Praxis und zur hochschulpsychiatrischen Theoretisierung dieses neuen Arbeitsgebiets zu kommen. Die volle Hilfe eines in der genannten Richtung spezialisierten Soziologen dagegen würde dies nicht nur ermöglichen, sondern auch einen Vorteil gegenüber den USA darstellen können, d. h. die Gefahr der unkritischen Funktionalisierung der Hochschulpsychiatrie verringern. Zudem ist die forschungsmethodische Ausbildung, an der es dem Psychiater meist mangelt, beim Soziologen den hier vorliegenden Aufgaben angemessener als beim Psychologen, was natürlich im Einzelfall auch einmal umgekehrt sein kann. Wie weit der Soziologe in der Lage sein wird, auch die vielfältigen Funktionen eines „psychiatric social worker" (s. dort) wahrzunehmen, hängt mehr von seiner Persönlichkeit ab. Es mag sein, daß eine Soziologin eher dazu in der Lage wäre, auch (gruppen-) therapeutisch tätig werden könnte, doch sind das unkontrollierte Vermutungen. In diesem Zusammenhang ist auch an die Tätigkeit einer Sozialarbeiterin zu denken, gerade im Hinblick auf die allzu leicht vernachlässigten Beziehungen zwischen psychischen und „banalen" materiellen Schwierigkeiten. Erfolgreiche Versuche in dieser Richtung — freilich bei noch isolierter Arbeitsweise — haben bereits stattgefunden. Ganz unentbehrlich dürfte die Mitarbeit eines Soziologen aber sein, wenn — und das ist eine allgemein akzeptierte, aber doch zunächst sehr problematische Voraussetzung — der Psychiater aufgefordert wird bzw. von sich aus dem Anspruch verantwortlich entsprechen will, die Hochschule bzw. die wissenschaftliche Arbeitsweise als solche zu untersuchen, auf ihre Ziele zu befragen und sie im Sinne eines den Grundbedürfnissen des Menschen angemessenen Verhältnisses von funktionaler und funktionsunabhängiger Rationalität zu verändern; d. h. wenn er, gestützt auf die wissenschaftliche Auswertung der studentischen Störungen, zahlreiche Aspekte der Studien- und Hochschulreform zu beurteilen und zu beeinflussen vermag.

Es sollte als Ergebnis der mitgeteilten Fakten und Überlegungen dieser Untersuchung einleuchten, daß sowohl der Soziologe als auch der Psychiater nur in enger und dauerhafter Kooperation in der Lage sind, diesen Aufgaben kritisch und in gegenseitiger Durchdringung der Ansätze gerecht zu werden. Auf diesem Wege kann auf der einen Seite die Hochschul- und Wissenschaftsforschung entscheidend gefördert werden; auf der anderen Seite kann ein wichtiger Beitrag zur Frage der Möglichkeiten und Grenzen einer soziologischen Fundierung der Psychiatrie geleistet werden.

Im Wintersemester 1964/65 wurde an der FU Berlin vom AStA eine „Psychotherapeutische Beratungsstelle" eingerichtet, die von den Studenten finanziert, z. T. auch organisatorisch getragen wird. Die Universitätsadministration und der Berliner Senat geben weder materielle noch ideelle Unterstützung, da die Beratungsstelle nicht die Gewähr bietet, die neurotischen Studenten an die Ursachen ihrer Neurose wieder anzupassen.

In der Zeit vom 15. Oktober 1964 bis zum 30. September 1967 meldeten sich 1105 Studierende bei der Beratung an, von denen 279 (25 %) aus Terminnot nicht berücksichtigt werden konnten. Von 747 diagnostizierten Studenten litten 80 % an Neurosen, deren Hauptsymptome Kontaktstörungen zum anderen Geschlecht, Depressionen, Arbeitsstörungen, Selbstmordphantasien usw. waren.

Die 50minütigen Beratungsstunden, höchstens 4, werden dem Arzt mit 30,— DM pro Stunde vom AStA vergütet. Nach der Beratung wird eine Diagnose gestellt, wenn die Konflikte nicht aktuell zu lösen sind, und der Student wird entweder in eine Gruppen- oder in eine Einzeltherapie vermittelt. Die Gruppentherapie kostet für jeden der etwa 10 Teilnehmer an einer wöchentlich zweistündigen Sitzung 15,— DM. Dieser Betrag kann von der Krankenkasse teilweise erstattet werden.

Die Mehrzahl der Beratenen war weder von Eltern noch von Lehrern über Sexualität aufgeklärt worden. Häufig waren unter den Erkrankten soziale Aufsteiger, d. h. Kinder aus Arbeiterfamilien.

Wegen der wachsenden Beanspruchung der Beratungen soll die Psychotherapeutische Beratungsstelle personell ausgeweitet werden (vgl. H. Bacia, Hochschulpsychiatrie In: Vorgänge 8—9' 68 S. 323—325).

Wir bitten um Berichte über die Erfahrungen, die ihr mit den psychotherapeutischen Beratungsstellen in Frankfurt gemacht habt.

Die Redaktion

Psychiatrie

Fortsetzung von Nr. 7 und Schluß

Klaus Dörner

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Gewerkschaftliche

Es ist sicher nicht zufällig, daß in Deutschland die Gewerkschaften die „Mitbestimmung" zu ihrer hauptsächlichen Forderung immer dann erheben, wenn das kapitalistische System mehr oder weniger offensichtlich nur noch durch solche wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen und institutionellen „Reformen" erhalten und stabilisiert werden kann, die die Klassenkonflikte verschärfen und zu Lasten der Rechte und des Lebensstandards der Arbeiter gehen.

Der deutsche Kapitalismus konnte den Ersten Weltkrieg nur führen auf der Grundlage verschärfter ökonomischer Ausbeutung der Arbeiter, der Einschränkung ihrer Rechte und immer umfassenderer Unterdrückungsmaßnahmen durch den autoritären Herrschaftsapparat der Monarchie. Die Gewerkschaften sanktionierten diese Maßnahmen, übernahmen Funktionen bei der Organisation der Kriegswirtschaft und bemühten sich darum, den Verzicht auf Lohnforderungen und Streiks gegenüber ihren Mitgliedern durchzusetzen. In Form der Schlichtungsausschüsse, die Lohnstreitigkeiten beilegen sollten, und von mehreren branchenspezifischen Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern entstanden die ersten Institutionen, in denen die Gewerkschaften bei der Festlegung einer für die Arbeiter ungünstigen Tarif- und Sozialpolitik mitbestimmen durften.
Die Arbeiter zogen aus der Tatsache, daß ihre Organisationen ihre unmittelbaren Interessen nicht mehr vertraten, praktische Konsequenzen. Bereits im zweiten Kriegsjahr kam es zu betrieblichen Streiks gegen Militarisierung der Arbeit und Lohnstopp. Die Gewerkschaften lehnten die Streiks ab und versuchten, sie zu verhindern. In den Betrieben entstanden jedoch Organe der Interessenvertretung, die die Widerstandsaktionen auch gegen den Willen der Gewerkschaften organisierten: von den Belegschaften gewählte Vertrauensleute, bzw. Obleute.
Die von den Vertrauensleuten geführte Massenstreikbewegung und die Meuterei der Soldaten verbanden sich im Herbst 1918 in der spontanen Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die von Anfang an politische Ziele verfolgten.
Die politische Rätebewegung entsprach dem Bewußtseinsstand einer Minderheit der Arbeiterklasse, die sich in den politischen Gruppierungen links von der Sozialdemokratie organisiert hatte. Aber auch dieser Minderheit, und in viel größerem Maße der Mehrheit der Arbeiter, die sich spontan den Räten anschlossen, fehlten die Erfahrungen langer und sich verschärfender wirtschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen, in denen sich eine breite Schicht von Kadern hätte herausbilden können, die in der labilen Situation der politischen Doppelherrschaft den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat und die Sozialdemokratie konsequent geführt hätten. Bei einem solchen politischen Kräfteverhältnis konnten die Arbeiter- und Soldatenräte relativ schnell von der Masse der Arbeiter isoliert und von der sozialdemokratischen Reichsregierung gewaltsam aufgelöst werden.

Diese politische Vorentscheidung war jedoch nicht gleichbedeutend mit der völligen Desorganisation der Arbeiterklasse. Parallel zur politischen Rätebewegung hatte sich mit den Betriebsräten ebenfalls eine Form der Doppelherrschaft herausgebildet, die nicht so leicht vom staatlichen Herrschaftsapparat beseitigt werden konnte, da die Organisationsform der Betriebsräte und die von diesen ausgeübten Funktionen dem unmittelbaren Interessenbewußtsein der Arbeiter entsprachen und von ihnen in ihrer Mehrheit getragen wurden.

Die jederzeit abwählbaren und allein vom Vertrauen der Belegschaften abhängigen Betriebsräte machten den Unternehmern, obwohl



das Privateigentum gesetzlich garantiert war, das Recht der privaten Verfügung über die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte faktisch streitig. Die Unternehmer wurden anerkannt als Träger der Funktionen technischer Leitung und kaufmännischer Disposition, jedoch begründete die Ausübung solcher Funktionen nicht mehr das Recht, Befehle zu erteilen und Gehorsam zu erzwingen. Auf Grund der bestehenden Machtverhältnisse auf betrieblicher Ebene verfügten die Betriebsräte über eine so starke Stellung, daß sie in allen personellen und sozialen Angelegenheiten, in Fragen der Arbeitsorganisation und Lohnfindung und bei der Festlegung der Produktionsziele Kontrollfunktionen ausüben, mitentscheiden und wenn nötig den Willen der Belegschaft mit dem Mittel des Streiks durchsetzen konnten.
Den Willen, diese Ziele zu erreichen, demonstrierten die Arbeiter in großen regionalen Streikbewegungen.
Die Gewerkschaftsführungen lehnten die Rätebewegung zuerst ab, sahen sich aber bald gezwungen, an die von ihr gestellten Forderungen anzuknüpfen, wollten sie nicht die Kontrolle über ihre Mitglieder verlieren. Die in der Folgezeit von den Gewerkschaften mit den Unternehmern getroffenen Abmachungen und die von ihnen beeinflußte Gesetzgebung wurden erstmals mit den Begriffen soziale Demokratie" und „Mitbestimmung" in Verbindung gebracht. Der erste „Erfolg" der Gewerkschaftspolitik war das Zustandekommen der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft" mit den Arbeitgeberverbänden.

Dafür erklärten sich die Gewerkschaften bereit, bei der „Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens" tatkräftig mitzuhelfen, indem sie im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für eine ordnungsgemäße Demobilmachung, Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung und die Schlichtung von Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten sorgen wollten.

Für die Gewerkschaften bedeutete die paritätische Besetzung der Arbeitsgemeinschaft die offizielle Anerkennung der Organisation. Die Unternehmerverbände waren zu diesem Zugeständnis bereit, weil die Gewerkschaften deren Eigentumsrechte nicht infrage stellten und so zum Bundesgenossen bei der Abwehr von Sozialisierungsbestrebungen wurden.

In den auf dem Gewerkschaftstag von 1919 beschlossenen Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte werden deren faktische Rechte uminterpretiert in ein „Mitbestimmungsrecht", das sie dadurch ausüben, daß sie „in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchführen". Inhaltlich ist dieses Mitbestimmungsrecht reduziert auf die Funktion, für die Anwendung tarifvertraglicher Bestimmungen zu sorgen und bei der Entscheidung von Personalfragen mitzuwirken. Die Leitung der Produktion und die Gestaltung der Arbeitsorganisation werden als natürliche Funktion den „Betriebsleitern" zugewiesen. Diese Vorstellungen sind in die Formulierung des Art. 165 der Weimarer Reichsverfassung eingegangen („Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken").

Die in ihr vorgesehenen Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterräte und die Bildung eines Reichswirtschaftsrats gaben der Gewerkschaftspolitik gleichsam die verfassungsmäßige Sanktion. Das Betriebsrätegesetz von 1920 schließlich schränkte die Rechte der Betriebsräte soweit ein, daß sie faktisch nur noch die Funktion des Schutzes der Belegschaft in Personal- und Sozialfragen ausüben konnten, wobei sie sich überdies in Streitfällen den verbindlichen Schiedssprüchen von Schlichtungsstellen unterwerfen mußten. Alle anderen „Mitwirkungsrechte" blieben fiktiv.

Nachdem die Errichtung der demokratischen Republik und die gesetzliche Domestizierung der Betriebsräte mit dazu beigetragen hat, die politische Macht der Unternehmer wieder zu errichten, besorgte es die von der Reichsregierung in Gang gebrachte Inflation, die Lasten des verlorenen Krieges und der auf ihn folgenden allgemeinen Wirtschafts- und Umstellungskrise der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum aufzubürden. Die wirtschaftliche Macht der Produktionsmittelbesitzer wurde durch die Geldentwertung wiederhergestellt und gestärkt.

Damit hatten sich die Machtverhältnisse gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit entscheidend verändert; und die Gewerkschaften bekamen es zu spüren: sie mußten kampflos hinnehmen, daß die „Erfolge" ihrer Politik rückgängig gemacht wurden: 1923 wurde der 8-Stunden-Tag durch Gesetz wieder aufgehoben; 1924 traten die Unternehmerverbände aus der Zentralen Arbeitsgemeinschaft aus; der Reichswirtschaftsrat hatte nie die ihm zugedachten Funktionen erfüllt.

Es ist interessant, wie die Gewerkschaften, nachdem sie mit der Praktizierung der zentralen „Mitbestimmung" eine derartige Niederlage erlitten hatten, den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Inflation interpretierten. Obwohl sie durch ihre eigene Politik gerade dazu beigetragen hatten, daß es den herrschenden Schichten gelingen konnte, eine politische und ökonomische Krise des kapitalistischen Systems ohne Einschränkung ihrer Herrschaftsposition zu überwinden und die Kosten dieser Krise von den Arbeitern tragen zu lassen, obwohl sie also durch ihr Stillhalten die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen hatten, deuteten die Gewerkschaften die an die Krise sich anschließende Prosperität als eine säkulare Stabilisierung des Kapitalismus selbst.

Die Institution der Betriebsräte und die Übernahme von Funktionen durch Gewerkschaftsvertreter in wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften (z. B. Reichskohlerat), Versicherungsanstalten, Arbeits- und Sozialgerichten und in Gremien wie dem Reichswirtschaftsrat (der formell ein Mitspracherecht bei der Formulierung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik hatte) wurden im Verständnis der Gewerkschaften interpretiert als schrittweise Verwirklichung der „Wirtschaftsdemokratie", als sachte Transformation des kapitalistischen Systems, das ohnehin, wie sie sagten, schon seine Krisenanfälligkeit überwunden hatte.

Daß es sich bei diesem Programm auch darum handelte, das Versagen gewerkschaftlicher Politik vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, geht aus einer Rede des Gewerkschaftsführers Tarnow aus dem Jahre 1925 hervor: „Jeder von uns weiß nun, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man jahrelang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen . . . Es ist schon notwendig zu fragen, ob das so bleiben muß, ob wir nicht in unsere Arbeiterbewegung und ganz besonders in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die die Massen glauben können, ein Ideal! — Die Wirtschaftsdemokratie!" (Rotes Gewerkschaftsbuch S. 22)

Die fatale Funktion dieses „Ideals" wird um so deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es den Gewerkschaften auch während der Prosperitätsphase von 1924—1929 trotz kleinerer tarifpolitischer Erfolge nicht gelang, eine beträchtliche Arbeitslosenquote und Umstellungen und Lohneinbußen in Folge von Rationalisierungsmaßnahmen zu verhindern, und daß ihre „Erfolge" nicht so sehr Resultat ihrer eigenen Machtstellung als vielmehr der günstigen ökonomischen Situation waren.
Indem die Gewerkschaften den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie zur zentralen Forderung

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn
www.frankfurt-uni68.de

erhoben, wurde nicht sogleich offenbar, daß der Spielraum für Lohnerhöhungen und Sozialreformen im weiteren Verlauf der ökonomischen Entwicklung zunehmend eingeengt wurde und die Gewerkschaften sich dem anpaßten.

Durch ihre politische Programmatik von den konkreten Konflikten ablenkend und durch die Apathie der Mitglieder geschwächt, konzentrierten sich die Gewerkschaften nicht auf die politischen Auseinandersetzungen, die in der voraussehbaren ökonomischen Krise geführt werden mußten. Sie konnten es daher nicht verhindern, daß im Verlauf der Weltwirtschaftskrise alle sozialpolitischen Reformen annulliert wurden, die Lebensbedingungen der Arbeiter sich in bisher unvorstellbarer Weise verschlechterten und bald darauf die Organisation selbst zerschlagen wurde.

II.

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems, am Ende des Zweiten Weltkriegs, organisierten sich die Arbeiter auf Betriebsebene, indem sie Betriebsräte wählten, und auf lokaler Ebene, indem sie unabhängige Gewerkschaften bildeten. Sie bauten die zerstörten Betriebe wieder auf und brachten die Produktion in Gang, soweit dies angesichts der Rohstoffknappheit und der Produktionsverbote der Besatzungsmächte möglich war. Die Belegschaftsvertreter leiteten faktisch die Produktion, denn die Unternehmer verfügten über kein Sanktionsinstrument, das ihre private Befehlsgewalt hätte garantieren können.

In zum Teil durch Streiks erzwungenen Betriebsvereinbarungen wurden die Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte abgesichert.

Solange die Besatzungspolitik der westlichen Alliierten sich an den Intentionen des Morgenthauplans orientierte, konnte es den Anschein haben, als sei sie gegen die kapitalistische Ordnung gerichtet; doch die Folgen der Demontagen und Industriepläne trafen in erster Linie die Arbeiter. Während der ersten drei Nachkriegsjahre verschlechterte sich die Versorgungslage fortwährend. Die Belegschaften organisierten Hungerstreiks und Demonstrationen und forderten eine Revision der Politik der Besatzungsbehörden. Jedoch die Führungen der mittlerweile überregional konstituierten Gewerkschaften versuchten die Streiks zu verhindern und ermahnten zur Ruhe und Ordnung, damit Produktion und Aufbauarbeit nicht gestört würden. Sie wollten ihre Position in den verschiedensten Gremien, in denen sie Sitz und Stimme erhalten hatten und in denen sie mit deutschen und alliierten Verwaltungsstellen zusammenarbeiteten, nicht durch eine unkontrollierte Bewegung der Arbeiterschaft gefährden lassen.

Im Rahmen der anfänglichen Sozialisierungs- und Entflechtungspläne für die Montanindustrie übertrug die englische Besatzungsmacht den Gewerkschaften Funktionen in ihrer Kontrollbehörde und in der deutschen Treuhandverwaltung, um so den Widerstand der deutschen Unternehmer leichter überwinden zu können. In den einzelnen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie erhielten gewählte Belegschaftsvertreter und die Gewerkschaften folgende Mitbestimmungsrechte: 5 von 11 Aufsichtsratssitzen (der 11. Sitz sollte von einem Unabhängigen besetzt werden); die Position eines Arbeitsdirektors im Vorstand; Einengung der Funktion der Betriebsräte auf Mitsprache in personellen und sozialen Fragen. Durch diese Regelung wurden vor allem die bereits bestehenden, weitergehenden Rechte der Betriebsräte eingeschränkt. Das war von den Alliierten wohl auch beabsichtigt, denn die Betriebsräte forderten die gesetzliche Absicherung der von ihnen bereits ausgeübten Kontrollfunktionen. Nach dem Bericht des Leiters der britischen Kontrollbehörde für die Montanindustrie (NGISC) verlangten die Betriebsräte damals „sehr weitgehende, oft anarchistische und unausführbare Zugeständnisse" (zit. bei Hirsch-Welser S. 85).

Die Gewerkschaften hingegen hatten von den Alliierten jene Mitwirkungsrechte erhalten, die s i e mit der „Demokratisierung der Wirtschaft" identifizierten. In der Folgezeit konzentrierte sich die Gewerkschaftspolitik darauf, die Mitbestimmungsrechte über den Montanbereich hinaus auszudehnen. Durch die zuerst von den Alliierten erzwungene, dann freiwillig geübte

Mitbestimmung

Otto Rost

Zurückhaltung bei Lohnforderungen trugen die Gewerkschaften dazu bei, daß die Unternehmer, wie nach dem Ersten Weltkrieg, ihre wirtschaftlichen Machtstellungen schnell zurückgewinnen konnten. Wie sehr sich die Verhältnisse gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit geändert hatten, mußten die Gewerkschaften erfahren, als im Jahre 1950 auf Grund eines alliierten Gesetzes die Konzerne der Montanindustrie entflochten und die neu gebildeten Unternehmen deutschem Gesellschaftsrecht unterworfen werden sollten.

Der Einfluß der Unternehmerverbände auf Parteien und Bundesregierung war bereits so stark, daß der deutsche Gesetzentwurf für diese Umwandlung die in der Eisen- und Stahlindustrie bestehenden Mitbestimmungseinrichtungen nicht mehr vorsah. Während die Gewerkschaften noch daran dachten, diese Einrichtungen auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen, ging es nur noch darum, bestehende Positionen zu verteidigen. Diese defensive Aktion war die letzte Auseinandersetzung, die die Gewerkschaften zu ihren Gunsten entscheiden konnten.

Im Hinblick auf die gegenwärtig vom DGB geführte Kampagne zur Ausweitung der Montanmitbestimmung ist es notwendig, die mit dieser Institution gemachten Erfahrungen zu kennen. Der dem Vorstand angehörende Arbeitsdirektor übt eine Arbeitgeberfunktion aus; meist ist er für das Sozial- und Personalwesen zuständig. Fragen der Arbeitsorganisation, Arbeitsplatzbewertung und Akkordfestsetzung werden jedoch überwiegend vom technischen Ressort entschieden, sind also seinem Einfluß entzogen. Im Gesamtvorstand des Unternehmens befindet sich der Arbeitsdirektor stets in der Minderheit. Damit ist bereits vorgezeichnet, wie gering sein Einfluß auf die Unternehmenspolitik ist. In den Aufsichtsräten herrscht häufig Uneinigkeit zwischen den betrieblichen und den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen „Arbeitnehmervertretern". Diese sind vor allem in den Ausschüssen des Aufsichtsrats für Sozial- und Personalfragen tätig, während die Vertreter der „Anteilseigner" in den technischen und Finanzausschüssen dominieren, in denen die Unternehmenspolitik festgelegt wird.

Der Erfolg dieser „Mitbestimmungsfunktionen" auf Unternehmensebene läßt sich daran ablesen, daß sie nicht verhindern konnten, daß in der Montanindustrie (am kurzfristigen Profitinteresse orientierte) Fehlinvestitionen vorgenommen wurden, Überkapazitäten entstanden und die Kosten der daraus resultierenden Anpassungskrisen sozialisiert wurden; daß vor allem die Stahlindustrie über

Organisierte Selbsttätigkeit statt Repräsentation

Die von den Gewerkschaften geforderte „Mitbestimmung" führt nicht zu einer Emanzipation der Arbeiter und Angestellten, da nicht sie selbst, sondern ihnen meist völlig unbekannte „Arbeitnehmervertreter" gemeinsam mit den Unternehmensleitungen über ihre Geschicke bestimmen. Entgegen dieser gewerkschaftlichen „Mitbestimmung" zeigt die Betriebspraxis unmittelbar nach den beiden Weltkriegen, wie sich Arbeiter und Angestellte eine Mitbestimmung vorstellen. Eine Mitbestimmung, die den Interessen der Beschäftigten dienen wollte, hätte an die Tradition der damaligen Betriebsräte anzuschließen. Die Voraussetzungen dafür sind heute durchaus vorhanden.
Immer häufiger zeigt sich in den Betrieben, daß die bestehende kapitalistische Arbeitsorganisation allein nicht mehr in der Lage ist, einen reibungslosen Produktionsablauf zu garantieren. Vor allem bei der Einführung neuer Maschinensysteme und Fertigungsmethoden wirken sich die Anweisungen der Betriebshierarchie oft eher hemmend als fördernd für den Produktionsgang aus. Hier kommt der Selbsttätigkeit der Arbeiter eine entscheidende Rolle für die Aufrechterhaltung der Produktion zu. Es bilden sich informelle Gruppen, die die Arbeitsorganisation teilweise selbst in die Hand nehmen. Diese Gruppen sind nicht etwa von außen in die Betriebe hineingebracht worden, sondern sind Produkt der kapitalistischen Produktion selber. Sie arbeiten heute noch zum größeren Nutzen der Unternehmer — das Beispiel einer Automobilfabrik in Coventry zeigt, daß diese Gruppen, wird ihnen die Arbeitsorganisation völlig überlassen, eine erhebliche Produktivitätssteigerung erzielen.
An die Arbeit solcher Gruppen könnte eine betriebliche Mitbestimmung anschließen, an die Interessen der Arbeiter im Betrieb, nicht an die von Gewerkschaftsbürokratien. Die Arbeit dieser informellen Gruppen führt in den meisten Betrieben zu Konflikten mit der bestehenden Betriebshierarchie, die ihre Machtstellung bedroht sieht.

An diese Konflikte schließen sich Fragen über Kontrollbefugnisse am Arbeitsplatz an.
Als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen und Unternehmensentscheidungen, die im Rahmen von strukturellen Anpassungen gefällt werden, kommt es immer zu Konflikten über Lohnfindung, Festsetzung der Akkorde und Arbeitsplatzbewertung. All diese Fragen betreffen unmittelbar die Interessen der Arbeiter und sind die wichtigsten Ansatzpunkte für die Organisierung des Widerstandes gegen die bestehenden Produktionsverhältnisse, denn hier wollen die Arbeiter mit- bzw. selbst bestimmen. Es gilt, die Arbeit informeller Gruppen nicht nur zur Produktivitätssteigerung von den Unternehmern ausnutzen zu lassen, sondern diese Gruppen zu befähigen, konsequent die direkte Interessenvertretung am Arbeitsplatz durchzuführen, d. h. die Machtposition, die sie und die Arbeiter überhaupt durch ihre Stellung im Produktionsprozeß faktisch in den Betrieben innehaben, zu erkennen, zu erweitern und im Kampf gegen die Unternehmer und gegen den kapitalistischen Zweck einzusetzen.
Betriebliche Streiks in den Jahren der Rezession zeigen, daß ein Großteil der Arbeiter und Angestellten spontane Kämpfe um ihre unmittelbaren Interessen der Arbeiter führt, wenn die Unternehmer das Lohn- und Sozialgefüge angreifen. Solche Kämpfe konsequent durchgeführt, können sehr leicht Kontrollfragen aufwerfen, die den Produktionsablauf insgesamt, die Unternehmensleitung, Produktionsprogramme und die Investitionspolitik betreffen. „Das ist nicht so utopisch, wie es scheinen mag. Anfang der fünfziger Jahre gab es bei den Fiat-Werken einen Generalstreik gegen die Herstellung eines neuen Luxus-Automodells und für die Produktion von Traktoren, Nutzfahrzeugen, und billigen Personenwagen." (Gorz)
Nur in solchen Kämpfen, die um Fragen geführt werden, die die Stellung der Arbeiter insgesamt im Betrieb betreffen, können sie das Bewußtsein erhalten, daß eine Mitbestimmung und Selbstbestimmung auf der Betriebs- und Konzernebene möglich und notwendig ist.
Die spontanen Aktionen, die Arbeiter und Angestellte während der Rezession in den vergangenen Jahren zur Wahrnehmung ihrer Interessen oft auch im Gegensatz zu ihren Gewerkschaften führten, gingen über Defensivstreiks kaum hinaus. Zur Ausweitung ihrer Macht in den Betrieben sind Offensivaktionen erforderlich, die sich auch in einer konjunkturell günstigen Situation infolge der Arbeitskräfteknappheit organisieren ließen. Sollen diese Aktionen mehr als einen Augenblickserfolg einbringen, können sie sich nicht auf Lohnfragen beschränken, sondern müssen die angeschnittenen Kontrollfragen miteinbeziehen.
Es gibt zur Zeit in den Betrieben keine Organisation, die solche Streiks organisieren könnte. Es ist die Aufgabe von Betriebsbasisgruppen, auf lange Sicht solche Aktionen mit vorzubereiten. Diese Gruppen, in denen die aktivsten Teile der Belegschaft mit fortschrittlichen Gewerkschaftsfunktionären und Studenten zusammenarbeiten, können betriebsspezifische Konflikte und die Unzufriedenheit der Arbeiter mit betrieblichen Regelungen artikulieren und die Vertretung konkreter Interessen der Belegschaften vorantreiben. Je nach der Situation des Betriebes können die Basisgruppen in Zusammenarbeit mit Vertrauensleuten Aktionsformen entwickeln und Organisationsformen schaffen, die geeignet sind, die Interessen der Belegschaft durchzusetzen und ihre Kontrollbefugnisse schrittweise auszuweiten. Solche Organisationsformen könnten Belegschaftsgremien sein, die — gesetzlich nicht vorgesehen — sich nur auf das Vertrauen der Belegschaft stützen könnten, dieser jederzeit verantwortlich und somit jederzeit abwählbar wären. Nur in Kämpfen um ihre eigenen Interessen und durch die damit verbundenen Erfolgserlebnisse können die Arbeiter ein richtiges Bewußtsein ihrer Lage gewinnen und Erfahrungen sammeln, die sie befähigen, weitergehende Auseinandersetzungen betrieblicher und schließlich überbetrieblicher Art zu führen. Nur im Verlauf von solch langwierigen Kämpfen und Lernprozessen wird es möglich sein, eine effektive Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiter in den Betrieben zu erreichen, und eine Gegenmacht der Arbeiter aufzubauen, die sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaftsbürokraten fürchten müssen, weil sie tendenziell beide Gruppen überflüssig macht. Aus solchen Kämpfen würde auch ein Teil der Kader für politische Organisationen hervorgehen, die eine der jeweiligen Situation in den Betrieben angemessene überbetriebliche Politik führen und im entscheidenden Augenblick helfen könnte, das elementare Bedürfnis der Arbeiter und aller Abhängigen nach Selbstbestimmung zu realisieren.

József Wieszt

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Individualisierung des Klassenkonflikts

Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main, 1968, 9,— DM.

Nach Agnolis Aufsatz über die Transformation der Demokratie (vgl. DISKUS Nr. 4/68 S. 6) nimmt nun auch Reiche „Mechanismen, Techniken und Entwicklungsrichtungen in der Sicherung der gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Herrschaft" zum Gegenstande eines Buches (S. 97). Untersuchte Agnoli Parlamentarismus und Parteiensystem als institutionelle Steuerungsmittel der Integration, so beschränkte Reiche die repressive Entsublimierung, also die Freilassung von Triebenergien in Verbindung mit einer neuen Charakterstruktur (S. 138 f.) Beide präzisieren und erweitern damit auf bestimmten Gebieten die zentrale Fragestellung Marcuses nach der Basis, den Formen und den Mitteln der Integration in eine „eindimensionale Gesellschaft", der Eindämmung des Klassenkampfs.

Nur am Rande untersucht Reiche die materiellen Ursprünge der sexuellen Frustration und Entsublimierung im Arbeits- und Produktionsprozeß, die den veränderten Manipulationstechniken zugrundeliegen. Er geht kurz auf den Zusammenhang zwischen Arbeitszwang und versauter sexueller Empfindungsfähigkeit ein und auf die Veränderung des klassischen analen Chrakters, (der sich durch das kapitalistische Gebot des Konsumverzichts begründete) durch die ökonomische Notwendigkeit zu unbedingtem Konsum. Die Zurückgebliebenheit des heutigen sexuellen Verhaltens hinter einem genitalen Charakter, „der durch die Momente der Triebbeherrschung wie der Triebbejahung, der Leistungsfähigkeit wie der vollen Lustfähigkeit, der Aktivität und Disziplin wie der Hingabe und Spontanität fähig ist" (S. 74), ist sein wesentliches sexualwissenschaftliches Thema. Den heute herrschenden Sexualcharakter bezeichnet R. als „den Charakter der genitalen Fassade" (S. 75). Das bedeutet: zwanghafte Erfüllung genitaler Normen ohne psychisch genitales Fundament. Oder genauer, weil die Individuen zu reifen, stabilen Objektbeziehungen nicht in der Lage sind, fetischisieren sie die Objekte des Konsums (auch des sexuellen), sind zugleich gleichgültig ihnen gegenüber und ängstlich, sie zu verlieren.

„Die real existierende Unzufriedenheit wird verdeckt durch ein nicht nur vordergründiges System von vorgeblichen Befriedigungen, hier durch gesteigerten und noch zu steigernden Konsum, dort durch endgültig nie erreichbare Sexualobjekte. Die Erweiterung der scheinbar möglichen Befriedigung durch bis ins Unendliche gesteigerte Scheinbedürfnisse schafft den für diese Gesellschaft zentralen Zusammenhang von Leistungszwängen (der Orientierung an größerer Befriedigung) und dem damit einhergehenden typischen Frustrationsschicksal des an die Vorlust gefesselten Perversen, den es zu immer neuen Leistungen treibt." (S. 69)

Weil die Sozialisationsfunktion der Familie geschwächt ist, die Kinder sich an den schwachen Eltern psychisch nicht mehr abarbeiten können, geraten sie in die Fänge außerfamiliärer Sozialisationsinstanzen, die die Individuen in einem infantilen Verhältnis an sich fesseln. Sie halten das Individuum in „endloser Pubertät", d. h. „in einer unglücklichen Spannung der Objektsuche und einer tendenziell unbefriedigenden Sexualspannung" (S. 84). Der Lockerung der Objektbeziehungen entspricht konstitutionelle Ich-Schwäche, permanente Vorlust, die durch die prägenitalen Appelle von Mode, Zeitschriften, Reklame, Film den Stoff bekommt. Am Gruppen-Sex, dem Dating weist R. die Unfähigkeit zur sexuellen Befriedigung nach, die durch genitales Protzen verdeckt wird. Wie Triebbedürfnisse einerseits ein bißchen freigelassen, andererseits aber auf die alten Schranken stoßen (Ehe, Abtreibung), zeigt R. in einem anderen Kapitel über schichtenspezifische Manipulation der Sexualität am Beispiel von TWEN (Mittelschicht) und BRAVO (Unterschicht). Er löst den marcusischen Begriff der repressiven Sublimierung soziologisch auf: „Je tiefer die soziale Schicht ist, desto rigider sind auch die Normen der sozialen und sexuellen Anpassung, die erreicht werden soll. Je höher die soziale Schicht, desto größer wird der von den Manipulatoren eingeplante und von der sozialen Herrschaft zugestandene Spielraum der individuellen Abweichung und der Scheinfreiheiten." (S. 58)

Der Autor zieht aus seinen analytischen Einsichten darüber hinaus Schlußfolgerungen für die Möglichkeiten des Klassenkampfes, d. h. psychologisch, der Abwehr der repressiven Entsublimierung. Das System der Scheinbefriedigungen macht den direkten Angriff auf repressive Instanzen schwer, und erleichtert es, Klassenkonflikte auf individuellen Leistungswettbewerb zurückzuschrauben. Die Trennung von rebellierender „Avantgarde" und der beherrschten Klasse wird „tendenziell absolut" (S. 16), weil die phychisch notwendigen Formen der jugendlichen Rebellion (Spontaneität, Triebfreiheit usw.) von der restriktiven Trieborganisation der Arbeiter nicht verstanden werden können. Das kollektive Ich-Ideal, das die Schüler- und Studentenbewegung herausbildet, kann zudem von den Arbeitern nicht übernommen werden, die sich der kollektiven Auflösung der Ich-Qualitäten nicht mehr politisch entgegenstemmen, keine Gegenkultur mehr aufbauen können.

Reiches Buch ist ein Anfang einer neuen Qualität wissenschaftlicher Arbeit, die durch die Erfahrungen der Außerparlamentarischen Opposition geprägt ist. Sie ist prinzipiell ausgezeichnet durch die Auflösung der reinen Wissenschaftlichkeit. Lebendige Heterogenität ist die Folge. So untersucht Reiche mit dem gleichen Ernst die Kommune I, die frühkindliche Sozialisation und die Lösung des Ödipuskomplexes, die Springerblätter TWEN und Bravo die Schwächen abstrakt antiautoritären Verhaltens und die Sozialisation bei den Dogon in Westafrika. U. a. deshalb kann Reiche Marcuses doch arg akademisch-philosophische Untersuchung der eindimensionalen Gesellschaft mit soziologischen, historischen und politisch-praktischen Präzisierungen durchbrechen.

Die Unbefangenheit gegenüber dem Stoff, soweit er für sachliche, d. h. notwendig politische Fragestellungen wichtig ist, ist die große Stärke dieses Buches, macht seine Lebendigkeit und seine Lesbarkeit aus. Rainer Roth

---

Die besondere anti-autoritäre Tradition der Surrealisten ist hier nur zu erwähnen. Im Mai '68 konnten die Surrealisten mit weniger Vorbehalten als je zuvor an der revolutionären Bewegung teilnehmen, sich weitgehend identifizieren, aus ihrem Kunstghetto sich herauswagen. Ihre alte Forderung: Nehmt Eure Wünsche für Wirklichkeit wurde aufgenommen, ihr alter Witz gegen die ewigen Pragmatiker und Apologeten „realistischer" Politik „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!" wurde plötzlich aktuell. Surrealisten schrieben kein neues Manifest, es wäre sowieso überholt gewesen, aber sie veröffentlichten einige witzige Texte, wie zum Beispiel „Porträt des Feindes". Die Anspielung auf den angeblich sozialkritischen Poeten Anatol France, den „Realisten", geht zurück auf eine der ersten Aktionen der Surrealisten bei der Beerdigung des Schriftstellers: sie verteilten zum Entsetzen des Bürgertums und der kommunistischen Partei kurze Schriften mit Beschimpfungen und Verhöhnungen des „Kadavers", den Popanz der öffentlichen poetischen Würde. Den „realistischen" Opportunismus der KP meint die Anspielung auf „Marchais", einen KP-Manager, rechte Hand des Bosses der KP.

Portrait des Feindes

Skizziert, mit Gesamtansichten, in Totale, von fern, aus der Nähe, von vorn, in Halbtotale, im Profil, von hinten, liegend, sitzend, kniend, unbeweglich, beweglich, von außen, von innen.

Der Realismus, das ist die Okkupation der gesamten Realität durch die verordnete Realität allein.

General de Gaulle, Präsident der französischen Republik: bürgerlicher, militärischer, anti-republikanischer und französischer Präsidenten-Realist. Realistischer Oberchef der Real-Polizei, realistischer Organisator von Real-Unterdrükkung, realistischer Beschützer des gefährdeten Kapitals, realistischer Aufteiler des Profites mittels Partizipation in einen realen Teil für den Kapitalismus und einen eingebildeten Teil für die Arbeiter.

Die Französische Kommunistische Partei und ihre Filialen. Realistische Apparate, die den wirklichen Kommunisten an der Basis unterdrücken.

Alle politischen Parteien, alle Gewerkschaften, Real-Institutionen, die von der Furcht vor einer bewußtseinserweiternden Imagination getrieben werden und von der Furcht vor einem Verlangen, das die Realität verändert.

Der Wahl-Realismus, der den revolutionären Elan einfriert und die Stimme des Volkes in Parlamentsrede verdreht.

Der Mehrheits-Realismus, das heißt, die Minder-Realität der entfremdeten Massen.

Der Kultur-Realismus, tote Gedanken mit lebendigen vermischt, unter dem Banner der Vaterländer, im Rahmen der Bildungsfolklore und innerhalb der Intellektuellenkaste, die sie herablassend über die mass-media verbreitet.

Der Seh-Realismus, Realismus des déjà-vu.

Die Kollaboration der Klassen, offen oder verborgen, aber realistisch.

Der Realismus des Hungernden, der die Anordnungen realistischer Verantwortlicher abzuwarten weiß. Die Realität des Hungers, der keine Geduld hat.

Der realistische Willen zu realistischen Reformen gegen die reale Erfordernis von Revolution.

Der Realismus des taktischen Entgegenkommens.

Der objektive Realismus in der Information.

Der Realismus in der Zusammenarbeit mit den ewigen Denunzianten und Verrätern unter Mißachtung der geschichtlichen Wirklichkeit.

Der Realismus eines aktiven Blödsinns, der dem Volk einen passiven, unheilbaren Blödsinn zuschiebt, den es nun einmal realistisch zu kultivieren gilt. Niemand hat meines Wissens nach im Artikel von Marchais, rechte Hand des KPF-Chefs, — wir werden nicht sobald darauf verzichten, seinen Verdiensten entsprechend die Reklametrommel lauter und lauter zu rühren — auf die Exhumierung des realistischen Schwachkopfes Anatole France hingewiesen, der umständehalber Herbert Marcuse als Gegenpol aufgebaut wurde.

Der Realismus der Autorität. Des Vaters, des Chefs, des Patrons, des Ordinarius, des Geistlichen.

Der Realismus der Hierarchie. Des Vorarbeiters, des mittleren Angestellten, des Apparatschiks, des Unteroffiziers.

Der Realismus im Handel.
Der Realismus im Fortschritt.
Der Realismus in der Strafmaßnahme.
Der Realismus im Unpolitischen.
Der Realismus des Verdienstes.
Der Realismus des Lakaientums.
Der Realismus des Bürgersinns.

Alles, was realistisch ist, ist altersschwach. Alles, was altersschwach ist, ist realistisch.

Am 3. Mai 1968 wurde der Realismus zum Tode verurteilt. Das Ziel der heute, in den Stand der Realität gesetzten Revolution ist die Abschaffung des Realismus.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

Revolutionierung der Literatur

Der Verlag Wagenbach hat noch für 1968 ein Jahrbuch für Literatur herausgebracht. Es ist schon oft besprochen worden, und man hat seine politischen Argumentationen als originell teilweise herausgeputzt. Was dieses Bändchen, das gar nicht originell sein will, weil es einfach auch schon gedruckte Texte zugänglich machen will, es ihm damit um Information und nicht um literarische Neuigkeit, sondern Verbreitung von Texten geht. Trotzdem ist es eine recht trockene Versammlung von Schriftstücken, die deutlich machen, daß wilde Reden und Sympathie für die außerparlamentarische Opposition nicht über die Notwendigkeit einer besseren Interessenvertretung wegsehen können, nämlich nach der Buchmesse, zumal in Verlagen, in Autorenkollektiven, in Zeitschriften, damit nicht immer nur Schriftsteller weiterorakeln unter bloßem Einsatz ihres literarischen Marktwertes. Die Literatur kann nicht eine unmittelbare politische Rolle spielen und direkte Unterstützung von Schriftstellern, wie sie während der Mai-Revolution geschah, zum Beispiel Hilfe bei der Initiative zur Gründung von Werkszeitungen, Mitarbeit in Basisgruppen, Auflösung von Sprachbarrieren, das ist eine mühselige Sache. Um aber von Klagen wegzukommen, wie Uwe Johnson sie noch im Tintenfisch formulierte: „Die guten Leute sollen das Maul halten. Sollen sie gut sein zu ihren Kindern, auch fremden, zu ihren Katzen, auch fremden; sollen sie aufhören zu reden von einem Gutsein, zu dessen Unmöglichkeit sie beitragen." Das gilt wohl auch von Schriftstellern. Kunst und Literatur — die Pinscher sind unvergessen —, haben lange in Deutschland Ersatz gespielt, versuchten sich in Öffentlichkeit, radikaldemokratisch. Es ist Unsinn, literarische und künstlerische Tätigkeit als puren Rausch, als Rauschmittel abzutun, das ist nur schlechtes Gewissen und mangelnde Initiative, wie sie in einer Beschwerde von literarischen außerparlamentarischen Intellektuellen herauskam bei einem Oppositionsgespräch in Nürnberg. Und Peter Rühmkorf verteidigt Erich Fried hilflos übertreibend, wenn er vorstellt, es habe Zeiten gegeben, in denen der störrige und freiheitssüchtige Geist bezähmt wurde durch das Treiben von schönen Künsten und sonstigen lustigen Dingen. Die Schriftsteller trauen sich nicht recht heran an Organisationen, eigene zumal, die sie mit revolutionären Zielen, mit Veränderung ihrer eigenen Praxis aufbrechen könnten. Man muß nicht Banause sein, um als Blabla die These abzutun, man solle kompromißlos den Schwierigkeitsgrad seiner Künste erhöhen oder umgekehrt vertreten, alles sei so einfach zu machen wie Erich Fried es in seinen Gedichten verzweifelt versucht.

Der Verlag Wagenbach hat diesen Ersatz politischer Rhetorik auch publiziert. Erich Fried hat viel Mut für seine greulichen Kalauer aufgebracht, und wenn jemand schrieb, er sei zum Idol von Studentenzeitungen aufgestiegen, dann ist das eine elende Sympathie, mit der man Literatur, Politik und Erich Fried großes Unrecht tut.

Eine ganz andere Form „politischer" Rhetorik veröffentlichte Wagenbach in seinen kleinen Quartheften, den Band von Wolf Biermann, Mit Marx- und Engelszungen. Die idiotische Politik von DDR-Funktionären hat Biermann zu einem allzu beliebten Klageobjekt im Westen werden lassen. Da diese Lieder gebraucht werden können und nicht mißmutig auf die Schrotthaufen alter pathetischer Strophen geschaut werden muß, wir nicht so ernst und asketisch tun sollten, nicht uns aus den Schuhen stoßen sollten vor Geistreichelei und ästhetischem Leistungszwang, sind diese Liedchen ohne moralischen Beigeschmack „Lieder der Ermutigung".

Wir können immer noch mit mancher Literatur lernen, uns besser zu artikulieren. Die Apologie von Literatur und Kunst ist nicht die Apologie dieser Gesellschaft, die sich Artisten als „Rauschmittel" hält.

Im Verlag Wagenbach erscheint eine neue Reihe „Rotbücher" dieses Jahr, das ist nur eine kleine verlegerische, und zunächst nicht mehr, Konsequenz, mindestens zur Diskussion wieder Texte zugänglich zu machen, darunter Texte, die auch zur Produktionsveränderung bei Schriftsteller beitragen sollten . . . wie Mao, Über Praxis und Widerspruch / W. Gottschalch, Parlamentarische und Rätedemokratie, Paul Baran u. a. Intellektuelle und Sozialismus usw. w.

RÖMER KLISCHEE OFFSET
Vom grafischen Entwurf bis zur fertigen Druckplatte
RÖMER-KLISCHEEANSTALT GMBH
FRANKFURT/MAIN
MAINZER LANDSTR. 216
23 46 72
25 29 14

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Widerstand gegen Bürgerkriegspolizei

Ende Oktober 1968 wurde bekannt, daß am 4. November ein Ehrengerichtsverfahren gegen den Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler stattfinden sollte mit dem Ziel, ein sofort wirksames Berufsverbot gegen ihn zu verhängen. Anlaß war allein Mahlers Teilnahme an einer Anti-Springer-Demonstration am Gründonnerstag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke.

Der Grund dafür war folgender: Mahler suchte bei der Verteidigung seiner Mandanten nicht nach Gesetzeslücken, sondern identifizierte sich mit den Vorstellungen und Zielen der Angeklagten und bestand darauf, deren politische Argumentation in den Gerichtssaal zu tragen.

Zur Vorbereitung einer Aufklärungskampagne gegen das Verfahren bildeten sich spontan Arbeitsgruppen. Bis zum Verhandlungstag wurden täglich tausende von Flugblättern an den Hochschulen und in der Stadt verteilt. Drei Tage vorher fand in der Technischen Universität eine Veranstaltung statt, auf der alle Anwesenden beschlossen, mit einer Demonstration den Prozeß zu verhindern. Das Gerichtsgebäude sollte besetzt werden.

Am 4. 11. versammelten sich morgens etwa 1000 Demonstranten in der Nähe des Gerichtsgebäudes. Gegen 8.45 Uhr bildeten sie einen Demonstrationszug, der auf das von starken Polizeikräften und Sperrgittern abgesicherte Gebäude zulief. Kurz vor der Absperrung bildete man Ketten und stürmte im Laufschritt vorwärts. Dabei warfen Demonstranten Farbeier und Knallkörper in Richtung der Absperrung. Den ersten Reihen gelang es sofort, einige Sperrgitter wegzuräumen. Darauf ging die Polizei ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Knüppeln vor und drängte die Demonstranten zurück; trotz der Verwirrung, die dadurch zunächst hervorgerufen wurde, liefen einige Demonstrationsteilnehmer am Wasserwerfer vorbei erneut auf die Polizeiabsperrung zu. In diesem Augenblick warf die Polizei mehrere Tränengasbomben. Es war das erste Mal, daß von der Berliner Polizei Tränengas gegen Demonstranten eingesetzt wurde; das Mittel war in dieser Situation völlig unangemessen, da höchstens 30 Leute am Wasserwerfer vorbeigelaufen waren und praktisch gegen die hinter den Gittern postierte Polizeiübermacht keine Möglichkeit hatte, die Absperrung zu überwinden. Die Demonstranten zogen sich bei Einsatz des Tränengases zunächst fluchtartig zurück. Zum selben Zeitpunkt fuhr auf einer ca. 50 m entfernten Querstraße ein mit Steinen beladener Lastzug vorbei. Als er infolge des starken Verkehrs anhalten mußte (die Polizei behauptete später, er sei von Demonstranten angehalten worden, stellte es aber einige Tage danach richtig), kletterten mehrere Demonstranten auf den Wagen und begannen, vereinzelt Steine auf die Polizei zu werfen. Darauf setzte die Polizei eine Reiterstaffel ein, die die Demonstranten mit großer Brutalität zersprengte, indem sie im Galopp in die Menge ritt.

Nach etwa einer Viertelstunde hatten sich die Demonstranten wieder am Ausgangspunkt gesammelt, wo diskutiert wurde, was weiterhin zu tun sei. Man beschloß, von einer anderen Seite, dem Tegeler Weg her (in dem auch der Haupteingang des Gerichts liegt), einen Durchbruch durch die Absperrung zu versuchen, um in das Gericht zu gelangen. Dreißig bis fünfzig Meter vor den Gittern hielten die Demonstranten an und begannen, massiert Steine und andere Gegenstände gegen die Polizei zu werfen. Die Polizisten öffneten daraufhin die Gitter und trieben die Menge unter heftigem Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln zurück. Die Demonstranten stellten beim Rückzug zahlreiche Pkws quer auf die Straße und konnten so die vordringenden Polizisten und Wasserwerfer teilweise aufhalten. Etwa 200 m vom Landgericht entfernt entspann sich auf einem Platz ein etwa halbstündiger Kampf zwischen den Demonstranten und drei Wasserwerfern. Im weiteren Verlauf zogen sich die Demonstranten auf und hinter die nahegelegene Schloßbrücke zurück. Die Polizei versuchte mehrmals unter erneutem heftigen Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas die Brücke zu stürmen, wurde aber durch einen Hagel von Steinen und die ausnahmslos zurückgeworfenen Tränengasbomben immer wieder zurückgeschlagen. Einigen Demonstranten gelang es auch, einen Wasserwerfer zu erklettern und den Strahl auf die Polizei zu richten. Ein weiterer Wasserwerfer konnte zum Teil zerstört werden.

Gegen 11 Uhr begaben sich die Demonstranten, entsprechend einem Beschluß, der auf der vorbereitenden Veranstaltung gefaßt worden war, zum größten Teil zur TU, während etwa 100 von ihnen zurückblieben, um die Polizei am sofortigen Nachsetzen zu hindern. Das gelang auch.

Die Teilnehmer der Demonstration setzten sich überwiegend aus Studenten, Schülern, Jungarbeitern und Lehrlingen und einer kleinen Gruppe sogenannter Rocker zusammen.

Die Militanz unserer Aktion, also das massenhafte Werfen von Steinen gegen die Bürgerkriegsarmee Polizei, hat klar gemacht, daß wir uns nicht mehr einfach auseinandertreiben und zusammenschlagen lassen. Wir haben am Montag ganz bewußt deutlich gemacht, daß wir nicht länger bereit sind, der Gewalt in unserer Gesellschaft ohnmächtig zuzusehen und sie duldsam zu erleiden.

Diese Gewalt, mit der sich das kapitalistische Herrschaftssystem der BRD aufrechtzuhalten versucht, erleben wir ständig auf den Fluren der Verwaltungsbürokratien, in der Erziehung zur Anpassung, in der Ausbeutung am Arbeitsplatz, und nicht zuletzt in den Gerichtssälen der Justiz.

Wir meinen, daß wir durch den Widerstand, den wir am Montag geleistet haben, zum ersten Mal seit Jahren das allgemeine Gefühl der Ohnmacht gegenüber der staatlichen Herrschaft durchbrochen haben. Es gibt Anzeichen dafür — und wir sind dabei, diese genauer zu untersuchen —, daß besonders die Arbeiter, die die Ausbeutung und Entmündigung täglich und in viel stärkerem Maße als wir am Arbeitsplatz erfahren, beginnen, uns ernst zu nehmen — daß sie nicht mehr sagen, ihr erreicht sowieso nichts, ihr seid viel zu feige, ihr wollt doch später auf den Direktorposten sitzen und über uns verfügen, sondern daß sie uns respektieren, weil wir gezeigt haben, daß wir für unsere Interessen und Ziele tatsächlich kämpfen.

Dabei ist die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der Polizei am Montag nur Teil des Kampfes gegen die Justiz, der wiederum nur ein Teil des Kampfes gegen Gewalt und Unterdrückung in unserer Gesellschaft ist. Wir werden im Kampf gegen die Justiz dazu übergehen, in die Gerichtssäle zu gehen und die „erhabene Autorität" von Staatsanwälten und Richtern zu zerstören. Wir werden Ermittlungen anstellen über die politische Vergangenheit dieser Leute, und wir werden innerhalb der Universität die Frage aufwerfen, ob wir es länger dulden, daß in der juristischen Fakultät diejenigen produziert werden, die von den Herrschenden eingesetzt werden, um dieses morsche Gesellschaftssystem aufrechtzuerhalten.

Zentraler Ermittlungsausschuß bei den Asta der TU und FU — Justizkampagne

Fortsetzung von S. 13

ein gut eingespieltes System oligopolitischer Preisfixierung verfügt, die Entflechtungsmaßnahmen im Laufe der 50er und 60er Jahre durch Unternehmenszusammenschlüsse rückgängig gemacht und im letzten Jahr schließlich vier große Syndikate gebildet wurden (Stahlkontore).

Da Arbeitsdirektor und auch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sich vorwiegend mit Sozial- und Personalfragen beschäftigen, ist anzunehmen, daß es unter anderem ihrem Einfluß zu verdanken ist, wenn sich während der Hochkonjunktur in der Montanindustrie ein umfassendes System betrieblicher Sozialleistungen entwickelte und bei Betriebsstillegungen relativ vorteilhafte Sozialpläne aufgestellt wurden. Gleichwohl konnten dieselben Arbeitnehmervertreter in der Rezession von 1966/67 nicht verhindern, daß gerade in diesen Unternehmen der Abbau von Sozialleistungen ausgiebig praktiziert wurde. Auf betrieblicher Ebene sind die Mitbestimmungsrechte der Belegschaft sowohl in der Montanindustrie als auch in allen anderen Wirtschaftszweigen durch das Betriebsverfassungsgesetz geregelt (die „Mitbestimmung" auf Unternehmensebene gemäß BVG — ein Drittel der Aufsichtsratssitze für Belegschaftsvertreter, Wirtschaftsausschuß des Betriebsrats — erlaubt es der Belegschaft nur, sich über die Unternehmenspolitik zu informieren). Die „Mitbestimmung" des Betriebsrats ist eingegrenzt auf soziale und personelle Angelegenheiten. Ein Einfluß der Belegschaft auf den technischen Ablauf des Arbeitsprozesses, die Art der Arbeitsorganisation und die Auswahl betrieblicher Vorgesetzter ist im Gesetz nicht vorgesehen.

Das unmittelbare Interesse der Arbeiter, bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes selbst entscheiden und sich gegen unzweckmäßige oder willkürliche Anweisungen von Vorgesetzten zur Wehr setzen zu können, bleibt unbefriedigt.

Empirische Untersuchungen über die Einstellungen der Arbeiter zur Mitbestimmung haben ergeben, daß sie mit diesem Begriff nicht so sehr die bestehenden gesetzlichen Regelungen identifizieren, sondern darunter die Möglichkeit verstehen, ihre persönliche Lage zu verbessern, indem sie die Arbeitsbedingungen selbst kontrollieren und nach ihren Vorstellungen verändern können und die Lohnfindung beeinflussen.

Seit Beginn der 60er Jahre wurde der Akkumulationsprozeß des deutschen Kapitalismus (unter anderem) zunehmend durch die Knappheit an Arbeitskräften gehemmt. Für die Ware Arbeitskraft konnten auf dem Markt Knappheitsrenten erzielt werden, die (unter Bedingungen sich verschärfender internationaler Konkurrenz) zu Lasten der Profite gingen. Gewinnminderungen schlagen durch auf die private Investitionstätigkeit. Von deren Stetigkeit oder Veränderungen hängt es ab, wie ausgeprägt die konjunkturellen Schwankungen sind. Parallel zur Verlangsamung des gesamten wirtschaftlichen Wachstums kam es daher 1962/63 und 1966/67 zu deutlichen Rezessionen.

Unter diesen Umständen nahmen die Tarifauseinandersetzungen härtere Formen an. Die Unternehmer lehnten 1963 die Lohnforderungen der IG Metall strikt ab und ließen es auf einen Arbeitskampf ankommen.

Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze (1965) nahm die Verschärfung der politischen Konflikte vorweg, für die diese Gesetzesinstrumente vorausschauend geschaffen werden sollten. Sowohl in den Beschlüssen der Gewerkschaftstage wie in den von Betriebsfunktionären und Funktionären der unteren Ebene organisierten Demonstrationen drückte sich der Wille der Mitglieder aus, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse vor einer Remilitarisierung zu bewahren.

Die beiden genannten Ereignisse zeichneten vor, worauf sich die Gewerkschaftspolitik in den kommenden Jahren hätte konzentrieren müssen: auf die Tarifpolitik im allgemeinen und auf die tarifliche Absicherung von übertariflichen Zahlungen im besonderen; sowie auf die Fortsetzung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Stattdessen nahm die offizielle Gewerkschaftspolitik eine eigentümliche Wendung. Die Notstandsgesetzgebung wurde als zweitrangig behandelt. In der Tarifpolitik zeigten die Gewerkschaften Mäßigung und beugten sich den „volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten". Dafür rückte gegen Ende des Jahres 1965 eine Forderung in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit.

Je mehr sich die Lohnauseinandersetzungen im Verlauf des Jahres 1967 verschärften, je größer die Gefahr wurde, daß die Notstandsgesetze unter der Großen Koalition verabschiedet würden, desto weniger handelten die Gewerkschaftsführungen, desto mehr war von der Notwendigkeit der Mitbestimmung die Rede. Die Teilnahme an der staatlichen Einkommenspolitik der Konzertierten Aktion und die Zustimmung zum Lohnstop für das Jahr 1967 wurde von den Gewerkschaftsspitzen als Ausübung eines Mitbestimmungsrechts bei der Festlegung wirtschaftpolitischer Entscheidungen gerechtfertigt.

(Brenner: „Durch die konzertierte Aktion haben die Gewerkschaften eine Möglichkeit erhalten, in der Wirtschaftspolitik mitzuwirken".)

Die Ausweitung der Mitbestimmung wird in den gewerkschaftsoffiziellen Darstellungen mit Zielen in Verbindung gebracht, die aus der zweiten Hälfte der 20er Jahre und aus der Nachkriegszeit bekannt sind. Die „umfassende Mitbestimmung" soll zusammen mit einer planmäßigen Wirtschaftspolitik eine „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten" (DGB Grundsatzprogramm), „ein Mittel zu verantwortlichem Handeln aller Kräfte in der Wirtschaft" sein (Rosenberg) und die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht sicherstellen. Sie zielt „auf die Vermenschlichung des Betriebs, auf die Teilung der Verantwortung und auf die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft" (Rosenberg) und läßt die „gleichberechtigte Zusammenarbeit" (Brenner) an die Stelle der Betriebshierarchie treten.

Die mit der Unternehmensverfassung der Montanunternehmen gemachten Erfahrungen geben kaum Anlaß zu hoffen, daß mit der Verallgemeinerung der Mitbestimmungsrechte alle diese Blütenträume reifen werden.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn



Voltaire Flugschriften

Herausgegeben von Bernward Vesper

Die Tschechoslowakei 1945—1968
Zwischen Kapitalismus und Revolution
Reden, Dokumente, Analysen
Mit einem Vorwort von Ota Sik und einer Einführung von Hans Jürgen Krahl
Beiträge von Rainer Deppe, Rudi Dutschke, Michael Bärmann u. a.
Voltaire Flugschrift 26 ca. 4,— DM

Briefe an Rudi D.
Mit einem Vorwort von Rudi Dutschke
Herausgegeben von Stefan Reisner
Voltaire Flugschrift 19 5,— DM

Voltaire Handbücher

Agitationsmodell für eine Revolution

Interviews, politische Gespräche, Presseerklärungen und Aufrufe von und mit Daniel Cohn-Bendit
Herausgegeben von Samuel Schirmbeck
Voltaire Handbuch 3

Klau mich
Strafprozeßordnung der Kommune I
2. Auflage, 208 mehrfarbige Seiten
Voltaire Handbuch 2 10,— DM

Edition Voltaire 6 Frankfurt am Main Paul-Ehrlich-Straße 25

www.frankfurt-uni68.de

Ihr deutschen Väter und Mütter!

Ihr sollt dieses Blatt nicht eure Kinder lesen lassen, aber ihr selbst sollt es lesen um eurer Kinder willen; denn aus Liebe zu denen haben wir's geschrieben. Wir möchten sie euch behüten helfen vor schwerem Verderben. Nichts richtet sie an Leib und Seele so schändlich zu Grunde wie die Unzucht, wie könnt ihr sie vor derselben bewahren?
Ihr müßt die Ursachen derselben bekämpfen. Sittliche Schäden verhindern, ist viel leichter, als sittliche Schäden wieder gut zu machen.

1. Die Verweichlichung
Härte deine Kinder ab! Wasche sie vor dem Schlafengehen am ganzen Körper. Achtjährige Kinder können das schon selbst tun. Bald danach beginne der Schwimmunterricht. Das Wasser zum Wannenbad sei 24, zur Waschung höchstens 18 Grad warm. — Die Kleidung sei leicht, im Sommer Waschanzug ohne Unterkleider. Die Beinkleider dürfen nicht zu enge sein. — Laß deine Kinder auf bloßer Matratze schlafen und decke sie von Frühjahr bis Herbst nur mit einer Steppdecke zu. Laß sie nur müde zu Bett gehen. Dulde deshalb nach dem Abendbrot keine starke Aufregung des Gehirns mehr, wohl aber Bewegung im Freien, fröhliches Singen, Erzählen, Spiel und leichte Lektüre im Zimmer. Sofort nach dem Erwachen müssen die Kinder aus dem Bette springen.

2. Krankhafte Zustände
Durch besonders strenge Durchführung der Erziehungsregeln müssen erbliche Neigungen bekämpft werden. Vorübergehend erregend können Verstopfungen und Würmer wirken. Sie müssen durch geeignete Mittel, nötigenfalls unter ärztlichem Beistand, beseitigt werden.

3. Falsche Diät
Erhitzende, reizende Speisen und Getränke erhöhen die Sinnlichkeit außerordentlich. Darum laß deine Kinder nie Bier, Wein oder Branntwein trinken. Befiehl ihnen, es auch anderswo abzulehnen. Je länger du sie vor dem Alkohol (und auch vor dem Tabak) behütest, besonders auch in den Reifejahren, um so besser ist's für ihre körperliche und geistige Entwickelung. Fülle ihnen bei festlichen Gelegenheiten ihre Gläser mit verdünntem Himbeer-, Erdbeer-, Heidelbeer-, Johannisbeersaft oder dergleichen. Schließe auch starken Bohnenkaffee und ausländischen Tee, alle scharfen Gewürze wie Pfeffer und Ingwer, scharfen Meerrettig, sowie größere Mengen von Senf (Mostrich) und Sellerie von der Kindernahrung aus,

4. Örtliche Erregungen
Laß deine Kinder nie auf Schaukelpferden reiten, nicht auf Treppengeländern rutschen, nicht rittlings auf und nieder auf deinen Knien reiten. Hüte ihre Hände, zumal im Bett! Sie sollen sie im Sommer auf die Decke legen. Wache darüber, daß sie nicht unter der Decke spielen! Sage ihnen öfter recht ernst und besorgt, daß solches Spielen sehr gefährlich sei, weil es krank und schwach, oft sogar blödsinnig mache. Dulde nicht die schlechte Gewohnheit, die Hände in den Hosentaschen zu halten. Hüte sie vor Selbstbefleckung.

5. Einsamkeit und Langeweile
Laß deine Kinder möglichst nicht allein! Dulde nicht langes Verweilen auf dem Klosett, Einschließen in ein Zimmer.





6. Verführung
Überwache den Verkehr deiner Kinder! Lasse sie nicht mit wesentlich älteren Kindern unbeaufsichtigt verkehren, auch nicht mit gleichaltrigen, die du nicht ganz genau kennst. Sondere sie streng von jedem Kinde, das gemeine Reden führt und nicht schamhaft ist. Kannst du es verhindern, so lasse nicht zwei in einem Bett schlafen, auch etwa vom zwölften Jahre an Knaben und Mädchen in demselben Schlafzimmer. Überlaß deine Kinder nicht den Dienstmädchen.

7. Erregung der Phantasie
Laß deine Kinder nicht Liebesgeschichten lesen, auch nicht Zeit- und Sittenbilder, und wenn sie noch so ernst gemeint sind. Die junge Seele übersieht leicht die Schrecken und saugt das Sinnliche in sich hinein. Laß deine Kinder nicht die Zeitungen nach Gerichtsverhandlungen und Skandalgeschichten durchsuchen. Schließe deine medizinischen Bücher ein! Gestatte nicht ein einziges Mal den Zutritt zu zweideutigen Theaterstücken, Tingeltangels, Balleten, anatomischen Museen oder das Anschauen sinnlich erregender Bilder. Wähle solche Bücher und Kunstwerke für deine Kinder, welche die Phantasie in den Dienst des Heldenmutes, der Weltbeherrschung, der Treue, der Wahrhaftigkeit, des Glaubens und der Aufopferung stellen.

8. Mangel an Ekel, Scham- und Ehrgefühl
Der Ekel allein hat schon manchen Jüngling vor dem widerlichen Schmutz der Dirnen bewahrt. Darum gewöhne deine Kinder vom ersten Jahre an, das Schmutzige nur zu berühren, wenn es sein muß, und sich dann wieder sorgfältig zu säubern.
Das Schamgefühl muß gleichfalls vom ersten Jahre an entwickelt werden. Dulde nicht, daß sich deine Kinder völlig entblößen, das Hemd fallen lassen, bevor das neue überzogen oder das Badetuch umgeschlagen ist.

9. Unwissenheit
Die Klage hört man oft: „Warum hat man mir das nicht deutlich gesagt, wie die Sünde beschaffen sei, und den Menschen so elend mache?" Altersgenossen sorgen für die Aufklärung und — darin liegt die furchtbare Gefahr — preisen die Sünde. Auch ein gefallenes Kind kann wieder gefestigt werden, aber nur durch große Liebe und sorgfältige Überwachung. Du, Vater, sage deinem fortziehenden Sohne, daß er mit Frauen und Mädchen nie anders wie schamhaft und streng ehrbar verkehren soll, damit er einst mit gutem Gewissen ein unbescholtenes Mädchen heimführen könne, und daß er sich wie vor der Pest hüten soll vor jeder Dirne, schon deshalb, weil die Unglücklichen in der Mehrzahl verseucht sind
Du, Mutter, sage deiner Tochter, die du aus deinen Augen entlassen mußt, daß auch scheinbar brave Männer, besonders wenn sie getrunken haben, sich dazu fortreißen lassen, einem Mädchen die Ehre zu rauben.

10. Willensschwäche
Trotz aller Sorgfalt und Wachsamkeit wird dein Kind vielleicht hart an die Sünde streifen, vielleicht gar straucheln. Aber es wird die Schmach fühlen und sich aufraffen, wenn es kann. Darum stähle seine Willenskraft! Nach allem, was bisher gesagt ist, braucht hierzu nur noch ein Mittel genannt werden, das stärkste: die Gottesfurcht.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de